

Dokumentation

zu den

Ereignissen in Rostock:

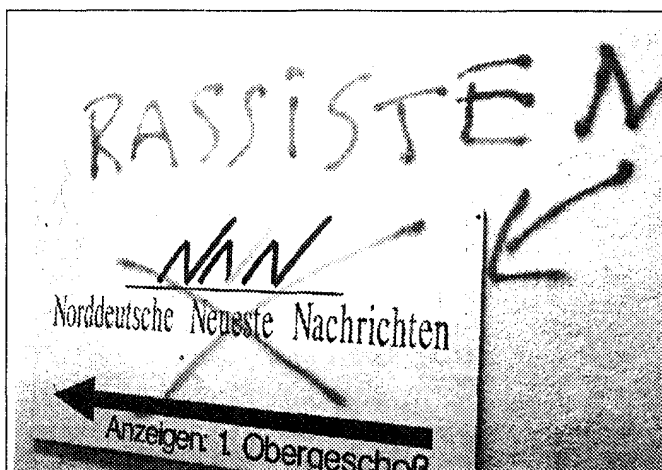
- Die Schüler Goebbels': Zusammenwirken von Nazis, Bonner Politikern und bürgerlicher Presse
- Proteste und Gegenwehr gegen Nazis



15 bis 20 000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration in Rostock am 29. August.



5,— DM



Zusammengestellt durch:

Buchladen Georgi Dimitroff

Koblenzer Str. 4 , 6000 Frankfurt/Main 1

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Vorbemerkung | 3 |
| Die Ereignisse von Rostock - eine knappe Chronologie | 4 |
| Die Schüler Goebbels' | 9 |
| - Bonner Politiker und "gutbürgerliche" Zeitungen: Verständnis für Pogrome | 10 |
| - Die Nazi-Presse: Neonazistische Mörderbanden und rassistische Pogrome als "Rezept für Deutschland" | 16 |
| - "BILD"-Zeitung - Brandstifter und Meisterdemagogen | 21 |
| - Die ungebrochene Tradition des Rassismus gegen Sinti und Roma: Ob "Spiegel", "Welt am Sonntag" oder "Süddeutsche Zeitung" - im Kern dieselbe rassistische Hetze! | 26 |
| - Eine zentrale Demagogie: Infame Gleichsetzung von gerechtem antinazistischen Kampf mit neonazistischen Pogromen | 30 |
| Proteste und Gegenwehr gegen Nazis | 33 |
| Anhang | |
| Kommunistische Stellungnahmen aus Westdeutschland | 49 |
| - Aus der Programmatischen Resolution der 1. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung": Prüfsteine des Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus innerhalb Westdeutschlands | 50 |
| - Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus: Dahinter steckt System! | 52 |
| - Neonazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der "Abschreckung" verkünden: Pogrome! | 54 |
| - Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus: Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen! | 58 |
| Nichts vergessen, nichts vergeben! | |
| Eine unvollständige Chronik der Nazi-Morde | 60 |

Vorbemerkung

Die nachfolgende Dokumentation kann eine konkrete Auseinandersetzung mit den verschiedenen Abteilungen der Hetzpresse nicht ersetzen. Wir geben nur in Stichpunkten einige Hinweise, wie das Zusammenspiel von nur scheinbar verschiedenartigen Medien funktioniert.

Daher soll vorweg auf drei Dinge ausdrücklich hingewiesen werden:

1.

Die erste zentrale Methode, um direkt nazistische Parolen auszustreuen und unter die Leute zu bringen, ist in allen Medien der sogenannte "Originalton des Mannes auf der Straße": Das "Neue Deutschland" läßt einen angeblichen oder wirklichen "Arbeiter" zu Wort kommen, der seine nationalistischen Sprüche formuliert, die "Frankfurter Rundschau" irgendwelche "netten Jugendlichen von nebenan" - die aber nazistisch verhetzt sind -, der "Spiegel" den "Rentner" und so weiter.

So wäscht die Presse ihre Hände in Unschuld - sie gibt ja nur des "Volkes Stimme" wieder, das "gesunde Volksempfinden"! Das Resultat dieser Methode: In Wirklichkeit wird weiter die pogromartige Hetze gegen Asylbewerber geschürt.

2.

Ganz im Gegensatz dazu kommen Flüchtlinge als einzelne Personen gar nicht mehr zu Wort. Sie haben keinen Namen und keine Gefühle, kein persönliches Schicksal. Sie werden lediglich als anonyme Masse dargestellt.

Dies ist Kehrseite der Medaille, die Brandstifter als "Menschen wie Du und ich", die Opfer als namenloses Etwas. Mit dieser Methode werden die Brandanschläge auf Flüchtlinge zum kleinlichen Delikt heruntergespielt.

3.

Darüberhinaus aber ist der zentrale Punkt, daß all den verschiedenen Abteilungen der Propagandisten des west/deutschen Imperialismus eins gemeinsam ist:

Sie alle wollen - trotz mancher scheinbaren "Verurteilung" der Nazi-Angriffe - den Druck von staatlicher Seite auf die Flüchtlinge und Asylbewerber forcieren, Abschreckungspolitik betreiben.

Dem weitverbreiteten Slogan "....es sind zu viele, die da kommen" müssen wir in Wort und Tat den proletarischen Internationalismus entgegensetzen und klarstellen:

Die Ursache der weltweiten Völkerwanderung ist das System des Weltimperialismus, die Spaltung der Menschen in Arme, Unterdrückte, Ausgebeutete einerseits und Reiche, Unterdrücker und Ausbeuter anderseits.

Nur im gemeinsamen Kampf mit den "Verdammten dieser Erde", den Flüchtlingen aus aller "Herren Länder", im Kampf gegen Nationalismus und Rassismus können wir an der zentralen kommunistischen Losung "Proletarier aller Länder vereinigt Euch" festhalten, und sie Schritt für Schritt in die Praxis umsetzen.

Buchladenkollektiv

"Georgi Dimitroff"

Die Ereignisse von Rostock - eine knappe Chronologie

IN DER BÜRGERLICHEN PRESSE WIRD BEKANNT GEGEBEN:

AM SAMSTAG WIRD KRAWALL GESCHLAGEN!

Durch die bewußte und gezielte Pressehetze gegen die Flüchtlinge, gegen die Roma, wird die Rostocker Bevölkerung in Lichtenhagen durch Aufrufe zum Pogrom direkt animiert, gegen das Asylheim vorzugehen.

Die "Ostseezeitung" z.B. stellt ihre Seiten als Sprachrohr einer "Bürgerinitiative" zur Verfügung, die dazu aufruft, das "Asylproblem... selber in die Hand zu nehmen".

Der Zeitpunkt für den Sturm auf die Asylbewerber-Unterkunft wird in den "Norddeutschen Neuesten Nachrichten" verkündet.

Über diese "mobilisierende Rolle" der Lokalpresse berichtete die "Frankfurter Rundschau":

"Als sich am Samstagnachmittag, ANGELOCKT DURCH DEN ZEITUNGSARTIKEL, viele Bürger zum Protest versammelten, standen etwa dreißig Polizisten 150 Jugendlichen gegenüber...tausend Zuschauern."

Ein erster Sieg der Pogrome: Lichtenhagen wird unter der Begleitung der deutschen Polizei "flüchtlingsfrei" gemacht

Die Politiker beeilten sich, dem - zum großen Teil von ihnen selbst initiierten - Druck des neonazistischen Gesindels schon nach wenigen Tagen nachzugeben und die Flüchtlinge zu evakuieren.

Die wenigen Verhafteten aus den Reihen der aktiven Rassisten und Faschisten wurden sehr schnell wieder freigelassen - wohl damit sie die Flüchtlinge weiter angreifen konnten!

„Diese Lage war der Stadt und dem Innenministerium bekannt.“ Doch geschehen sei nichts, auch nicht, als die Anwohner sich zunehmend beschwert und mit Demonstrationen gedroht hätten. Außerdem sei am Mittwoch vergangener Woche ein anonymes Anruf bei einer Zeitung eingegangen, „daß am Samstag Krawall geschlagen werde“.

SZ 29.8.92

Als sich am Samstagnachmittag, angelockt durch den Zeitungsartikel, viele Bürger zum Protest versammelten, standen nur etwa dreißig Polizisten 150 Jugendlichen gegenüber, die aus einer Menge von etwa tausend Zuschauern immer wieder angriffen.

FR 25.8.92

Die Polizei überläßt Brandstiftern das Feld

Kurz bevor Montagnacht (gegen 22.00 Uhr) der erste Brandsatz auf das Flüchtlingsheim in Rostock fliegt, zieht sich die Polizei zum "Schichtwechsel" zurück.

Fast zwei Stunden lang kann das Nazi-Pack ungehindert das Wohnheim angreifen und verwüsten, in dem sich noch über 100 vietnamesische Arbeiter befanden.

*** AUGENZEUGENBERICHT *** AUGENZEUGENBERICHT ***

- SONNABEND, den 22.8.92 -

Seit etwa zwei bis drei Wochen werden die Flüchtlinge von der Stadt Rostock aus nicht weiterverteilt, daß Land MV schickt aber täglich neue. Somit blieb den Flüchtlingen, sie kommen größtenteils aus Rumänien, nur die Möglichkeit vor dem überfüllten Heim zu campieren, was in kürzester Zeit zu katastrophalen hygienischen Zuständen geführt hat.

Ende letzter Woche dann wurde über die lokale "Ostseezeitung" (OSZ) von der Bürgerinitiative dazu aufgerufen das "Asylproblem .. selber in die Hand zu nehmen". Erste Angiffe auf das Heim gab es bereits um den 20.8. herum. Für Samstag wurde über die OSZ zu einer Demonstration "Gegen das deutsche Ausländergesetz / Asylgesetz" aufgerufen. Es beteiligten sich an die 500 Personen, von denen im Anschluß an die Demonstration ca. 100 versuchten das Heim zu stürmen. Dies wurde zunächst jedoch durch militante Gegenwehr der Flüchtlinge und HeimbewohnerInnen erfolgreich verhindert. Die Polizei, lt. eigenen Angaben mit 100 Beamten vor Ort, hielt sich zurück und ließ Augenzeugen zufolge die Situation gezielt eskalieren. Bis zum Samstagabend versammelten sich dann 1500 - 2000 BürgerInnen, unter ihnen wurden etliche TeilnehmerInnen einer DVU-Veranstaltung vor ca. 8 Wochen wiedererkannt, und feuerten einem Mob von 400 - 500 Skinheads, Hooligans und Neofaschisten an. Jeder geworfene Molotowcocktail, jede eingeworfene Fensterscheibe, jeder verprügelte Polizist wurde mit frenetischem Beifall bedacht.

- SONNTAG, den 23.8.92 -

Am Sonntag herrschte eine fast identische Situation. Trotz der in der Nacht herbeigebrachten Verstärkung für die Rostocker Polizei begannen bereits in den Mittagsstunden an die 100 Jugendliche mit erneuten Angriffen auf das Heim. Bis zum Abend entwickelte sich das ganze zu einem volksfestähnlichen Spektakel, an dem nur noch ein Karussell, eine Pommesbude und ein Zuckerwartestand fehlten. Im Alter zwischen 10 und 70 Jahren war fast ganz Lichtenhagen auf den Beinen, um zu gaffen oder um die Angreifer zu unterstützen. Da wurden in unmittelbarer Nähe vor den Polizeiketten kistenweise Molotowcocktails abgefüllt, oder aus PKWs herbeigeholt.

- SONNTAGNACHT -

Rostocker AntifaschistInnen mobilisierten im Laufe des Sonntag mittag in alle norddeutschen Städte, HH/HL/B/KI.

Im Laufe des Sonntag abend gab es dann mehrere Versuche gegen den BürgerInnen- und Faschistenmob anzugehen, welche aber scheiterten, da es den Leuten unmöglich schien, mit 150 AntifaschistInnen gegen 2000 aufgeputschte BürgerInnen einzugreifen.

Gegen 01.00 Uhr ist dann erneut ein Konvoi von ca. 200 Personen aus der Rostocker Innenstadt nach HRO-Lichtenhagen gefahren. Ein Teil der Leute hat eine Kundgebung abgehalten, ein anderer Teil hat auf andere Art und Weise versucht zu intervenieren.

Zwischenzeitlich wurde per Hubschrauber Bundesgrenzschutz aus HH und NdS nach HRO-

Lichtenhagen geflogen. Diese Verstärkung hatte dann nichts besseres zu tun, als 120 AntifaschistInnen festzunehmen. Sie wurden bei der Kundgebung verhaftet, zum Teil an den geparkten Autos erwartet oder auf dem Rückweg in die Innenstadt aus den Autos geholt. Alle sind lt. HRO-Ermittlungsausschuß ED-behandelt worden. Es wird ihnen u.a. Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. Die Zahl von 150 festgenommenen "Krawallmachern" ergibt sich aus 30 festgenommenen Rechten und 120 (!) AntifaschistInnen.

- MONTAG, den 24.8.92 -

Vom MV-Innenminister, Lothar Kupfer, war zu den Vorfällen am Wochenende zu hören, daß er die Rechten gut verstehen könnte, außerdem sei es längst beschlossene Sache, daß das Heim zum 1.9.92 geschlossen wird. Dann machte er sich die Meinung des Pöbels zu eigen, indem er es ebenfalls "unmöglich" fand, "das deutsche Polizisten gegen Deutsche eingesetzt werden, um Ausländer zu schützen".

Im Laufe des Montag wurde "das Heim geräumt", soll heißen die Flüchtlinge wurden in Sicherheit gebracht und auf vier bis fünf andere Lager in MV verteilt. Von halboffizieller Seite, Wachschutz des Heimes, hieß es, das Heim sei leer. Dies erwies sich im Laufe des Montagabend als falsch.

Gegen 21.00 Uhr griffen einige hundert Rechte, angestachelt durch ältere AnwohnerInnen, erneut das Haus an und setzten vier Wohnungen im Erdgeschoß in Brand. Die Polizei zog sich daraufhin zurück und überließ das Haus den Flammen, bzw. dem rechten Pöbel. Die Feuerwehr ließ sich nicht blicken.

Einem TV-Team vom ZDF gelang es, in das Haus zu gelangen, und sie mußten feststellen, daß sich noch 115 Menschen aus Vietnam im Haus befanden. Als sie über Funktelefon versuchten, die Polizei und Feuerwehr in HRO zu erreichen war nur "Kein Anschluß unter dieser Nummer" zu hören. Eine Verbindung war nur über HH und B herzustellen. Sie flüchteten mit den VietnamesInnen auf das Dach des Hauses und wurden erst in den Morgenstunden gerettet.

Bericht über das Wochenende 22.8.92 - 23.8.92 in der Hansestadt Rostock (HRO).

Quellen: eigene Beobachtungen, zugetragene Informationen - überprüfte und nicht überprüfte, Presseberichte vom 24.8.92 regional (Berlin) wie bundesweit.

zitiert nach: "Interim" Nr. 206

VERHAFTUNGEN AM 25./26.8.92

Auszüge aus einem Augenzeugenbericht

Die Festnahmesituation: 3 Autos mit AntifaschistInnen unterschiedlicher Herkunft aus Berlin und Umgebung befand sich in der Nacht von Dienstag/Mittwoch auf dem Nachhauseweg nach Berlin. Unsere Aufgabe, ausländische Menschen in den Rostocker Betongettos Lichtenhagen, Lüttenklein und Schmarl vor Rassisten zu schützen sahen wir für die Nacht als erfüllt an, da es ruhig war. Auf dem Rostocker Südring war die Straße blockiert für uns, unklar von wem, da alles dunkel war. Wir wendeten, sahen aber, daß Bullen unsere Verfolgung aufnahmen. Wir fuhren sofort an den Straßenrand, da auch vor uns plötzlich Bullenfahrzeuge auftauchten. Die Bullen, ein SEK aus Güstrow gingen gegen unsere Gruppe brutal vor. Alle bekamen brutale Plastikfesseln, die Autos wurden durchsucht, wobei einige unbedeutende Gegenstände (Gas, Knüppel usw.) sichergestellt wurden. Kurze Zeit später wurde noch ein Auto mit Hamburger AntifaschistInnen in der selben Sperre hochgenommen. Eine Frau wurde brutal mißhandelt und schwer im Gesicht verletzt. 30.

Danach wurden wir in die Gefangenenansammelstelle (GESA) in der Ulmenstraße gebracht, zunächst in ein abgewracktes Gebäude, ehemaliger Kuhstall, später Waffenkammer. Die Zellen waren offen, die Handfesseln wurden uns, als die Hände blau genug waren abgenommen. Ein paar Antifaschisten aus Rostock kamen noch zu uns, so daß wir rund 20 waren. Faschisten kamen reichlich in der Nacht, insgesamt ca 35 aus unterschiedlichen Städten. (Rostock, Hamburg, Frankfurt Oder, Eberswalde, Düsseldorf ...) Bei den Meisten wurden schwere Waffen, z.B. ein ganzer Sack voll nagelneuer Baseballschläger beschlagnahmt. Am nächsten Morgen kamen wir alle in die alte Turnhalle um die Ecke.

Die Vorwürfe der Justiz und deren Verhalten Faschisten/ Antifaschisten gegenüber:

Uns wurde, obwohl wir uns als Antifaschisten zu erkennen gegeben haben, schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen: wir hätten uns an den Ausschreitungen gegen das Asylbewerberwohnheim beteiligt. Die Perfidie des Vorwurfs liegt in der Gleichsetzung von uns mit den Faschisten, woraus logischerweise auch die räumliche Gleichsetzung mit den Faschisten folgte. Die 3 Leute aus Hamburg wurden in Untersuchungshaft gesteckt (sind mittlerweile frei). Wir sollten auch alle in U-Haft wegen schweren Landfriedensbruch. Ziemlich schnell wurde uns klar, hier sollen Erfolgsmeldungen mithilfe Verhafteter "Gewalttäter" produziert werden, damit die politischen Verantwortlichen für den 150-fach versuchten Mord Seiters, Seide und Kupfer, ihre Haut retten können. Dahinter steckte der in Fragen der Klassenjustiz bewährte Staatsanwalt Gottschalk. Von den etwa 30 Faschisten, die etwa parallel zu uns eingefahren waren, war zum Zeitpunkt unserer Freilassung/Verlegung außer Großmann nur noch einer übrig (Mike Sonneburg), der wegen versuchtem Mord am Bullen saß. Alle anderen Faschisten wurden immer wieder in atemberaubendem Tempo freigelassen, wobei die offensichtlich Organisierten (bei denen viel schweres Gerät beschlagnahmt wurde) im Durchschnitt noch schneller rauskamen als Betrunkene, Mitläufer und sonstige Deppen. Am Donnerstag nachmittag hatten wir dann Kontakt mit unseren Anwälten., später gings zum Haftrichter. Wir machten keine Angaben, außer, daß wir uns als Antifaschisten bezeichneten. Er machte klar, daß wir alle drinbleiben würden, zunächst nicht in U-Haft sondern in Unterbringungsgewahrsam. Dann ist mensch nicht in Haft, deshalb gibt es auch keine Rechte, wie z.B. Hofgang oder Duschen, das scheint ein altes DDR-gesetz analog des ASOG zu sein, gilt erst mal für eine Woche und kann dann wöchentlich auf bis zu sechs Wochen verlängert werden. O-Ton Haftrichter: "Sie bleiben zunächst solange in Haft, wie die Krawalle hier anhalten", d.h. im Endeffekt wir sind Geiseln der Faschisten, je mehr Randalie sie machen, desto länger müßen wir im Knast bleiben. Darüber waren wir zunächst fassungslos, das leute sich dann allerdings, schließlich leben wir 1992 in Deutschland in einer Gesellschaft, die jegliche gesellschaftlichen Werte verloren hat. Ein Teil von uns kam Donnerstag abend frei, die Auswahl erschien willkürlich. bzw. es wurde spät, und der Haftrichter wollte Feierabend haben. Die verbleibenden 7 wurden am Freitag zunächst in einen normalen Knast in Bützow verlegt, später in einen Sonderknast zwischen Warnemünde und Lichtenhagen auf einem militärisch aussehenden Gelände zwischen Schrottplätzen und Hafenanlagen, es soll sich um ein Arbeitslager aus dem Faschismus handeln. Die Bedingungen sollen dort noch schlechter sein.

zitiert nach: "Interim" Nr. 206



Plakate, Kleber und Streuzettel

**Die ungebrochene
Tradition**



zerschlagen!

Tod dem westdeutschen Imperialismus,
Revanchismus und Militarismus!

**Die ungebrochene
Tradition**



zerschlagen!

Karl Marx' Aufruf ist aktueller denn je:

Krieg den deutschen Zuständen!

"Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehen unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik, wie der Verbrecher, der unter dem Niveau der Humanität steht, ein Gegenstand des Scharfrichters bleibt. Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfs, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will."

Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert. Man muß jede Sphäre der deutschen Gesellschaft als den Schandfleck der deutschen Gesellschaft schildern, man muß diese verrottenen Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!"

[Karl Marx, "Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung", 1844, Marx-Engels-Werke, Band 1, S. 380/381]. * im Original: die parus honteuse



Die braune Pest



**geht von diesem Staat
aus!**

**Solidarität mit den Opfern
der Nazi-Anschläge!**

**Die Selbsthilfe
gegen den
Faschismus
organisieren!**

**Den staatlichen und
neonazistischen Terror
bekämpfen!**

**Gegen Chauvinismus
und Rassismus**



**Tod dem westdeutschen
Imperialismus, Militarismus
und Revanchismus**

Bestellungen an:

Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4,

6000 Frankfurt/Main 1

Die Schüler Goebbels

- Bonner Politiker und “gutbürgerliche” Zeitungen: Verständnis für Pogrome
- Die Nazi-Presse: Neonazistische Mörderbanden und rassistische Pogrome als “Rezept für Deutschland”
- “BILD”-Zeitung — Brandstifter und Meisterdemagogen
- Die ungebrochene Tradition des Rassismus gegen Sinti und Roma: Ob “Spiegel”, “Welt am Sonntag” oder “Süddeutsche Zeitung” — Im Kern dieselbe rassistische Hetze!
- Eine zentrale Demagogie: Infame Gleichsetzung von rechtem antinazistischen Kampf mit neonazistischen Pogromen

Bonner Politiker und "gutbürgerliche" Zeitungen: Verständnis für Pogrome

Die heuchlerischen Standardformulierungen des Bedauerns waren verbunden mit der Sorge über die "schlechten Exportchancen" (Kinkel) und das "schlechte Ansehen im Ausland" (Kohl); aber vor allem wurde Verständnis für die Täter und ihre angeblichen Motive bekundet - was faktisch eine weitgehende Rechtfertigung der Pogrome bedeutet.

Die Opfer werden zu Tätern gemacht, unter denen die deutsche Bevölkerung angeblich so sehr zu leiden hätte, daß Pogrome verständlich erscheinen.

In vielen Fernseh-Nachrichtensendungen, in den bürgerlichen Zeitungen wurde ständig den rassistischen Äußerungen und den widerlichsten Drecksargumenten (meistens auch noch unwidersprochen) breiten Raum gelassen - häufig wurden sogar diese rassistischen Äußerungen durch die Reporter (u.a. durch Betonung des angeblich "berechtigten Kerns" des Protestes) hoffähig gemacht.

Auch so wurde versucht, das Verständnis für die Pogrome "einleuchtender" und "nachvollziehbarer" zu machen.

In folgender Überschrift der "Welt am Sonntag" kommt konzentriert eine zentrale Methode der bürgerlichen Medien zum Ausdruck, wie sie für Verständnis für die Pogrome werben:

"Berichte Rostocker Bürger lassen erkennen, weshalb manche von ihnen zunächst mit den Radikalen sympathisierten. Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland:

JEDEN TAG KRIMINELLE AKTE, BELÄSTIGUNGEN UND BEDROHUNGEN"

(WaS 30.8.92)

So machen die bürgerlichen Medien aus den Akteuren der Pogrome, aus den Tätern, deren Motive sie "verständnisvoll nachvollziehen", scheinbare Opfer, die angeblich "jeden Tag... Belästigungen und Bedrohungen" ausgesetzt seien, darunter angeblich leiden müßten.

Nach dieser Verdrehung der Tatsachen (Täter werden zu Opfern) führen die bürgerlichen Medien dann jedes rassistisches Drecksargument faktisch als RECHTFERTIGUNG für die Pogrome an.

Ein rassistisches "Argument" nach dem anderen wird in allen bürgerlichen Zeitungen aneinandergereiht - häufig ohne den Hauch einer Kommentierung oder gar Zurückweisung.

Selbst die direkte Aufforderung zur physischen Vernichtung, zur Ermordung der Flüchtlinge bleibt häufig unkommentiert im Raume stehen (siehe FR vom 25.8.92).

Unter der vorgeblichen Fragestellung ("Warum Tausende in Rostock dem Krawall applaudierten", siehe FR 25.8.92) propagiert die bürgerliche Presse faktisch sämtliche rassistischen Äußerungen. Eine einzige Welle des "Verständnisses" für die "Gründe", für die "Hintergründe" der Pogrome, für die Pogrome selbst ergoß sich über die gesamte Bevölkerung.

Das kommt in der Wirkung einem Aufruf gleich, die angeblich armen, gequälten Deutschen sollten sich doch nicht mehr die "tagtäglichen Belästigungen und Bedrohungen" durch die Flüchtlinge gefallen lassen!

So werden nicht nur die bereits begangenen Pogrome verständnisvoll gerechtfertigt, sondern auch der Boden für die nächsten Pogrome propagandistisch bereitet!

Die "Welt am Sonntag" drückt dies so aus: "Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland". Die offene Nazi-"Nationalzeitung" propagiert noch direkter: "Fanal Rostock als Rezept für Deutschland".

**DROHUNG des Bundespräsidenten Weizsäcker:
"deutsche Lebensgewohnheiten achten"**

Der Bundespräsident sagt ihnen in die Kamera, was er abends auf einer Bürgerversammlung auch in Gartz an der Oder sagt:

Die Deutschen seien offen gegenüber Ausländern und in ihrer großen Mehrzahl gewiß nicht ausländerfeindlich. Der Zustrom der Ausländer geschehe jedoch in einer Zeit, in der sich vor allem die Menschen in den neuen Ländern Belastungen – wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und dem Niedergang ganzer industrieller oder landwirtschaftlicher Regionen – ausgesetzt sähen, die zu groß geworden seien. Daher dürfe man die Menschen nicht überfordern mit Problemen, die über ihre Kräfte gingen. Andererseits sei es nicht unmenschlich oder ausländerfeindlich, wenn man von den Asylbewerbern und Flüchtlingen erwarte, daß sie sich an die deutschen Gesetze hielten und deutsche Lebensgewohnheiten achteten und sich ihnen anzupassen versuchten. Toleranz könne nur dann geübt werden, wenn man sich gegenseitig menschenwürdig behandle.

FAZ 7.9.92

**Gerster/CDU:
"provokativer Mißbrauch des Gastrechtes"**

Künftig, so forderte Gerster, müsse die Ausweisung auch dann erfolgen, wenn ein Asylbewerber beim Versuch einer Straftat gestellt werde. Gerster sprach sich weiter dafür aus, aus dem teilweise aggressiven Verhalten von Asylbewerbern, die die Bevölkerung durch aufdringliches Betteln, durch Eindringen in die Wohnungen, durch Diebstahl und durch die Verwüstung von Gärten und ihre Verwandlung in Kloaken schockierten, rechtliche Konsequenzen zu ziehen. Bei derartig provokativem Mißbrauch des Gastrechtes müßten Möglichkeiten geschaffen werden, um die sofortige Ausweisung zu ermöglichen.

Gerster machte deutlich, daß er eine Reihe von neuen Bestimmungen für unabdingbar hält. Unter Bezugnahme auf die Verhältnisse in Rostock setzte sich Gerster dafür ein, daß die Gründe, die zu einer unverzüglichen Ausweisung eines Ausländers führen, ergänzt werden müßten.

FAZ 27.8.92

**Ministerpräsident Seite:
"Unmut verständlich"**

Auch Ministerpräsident Berndt Seite nimmt die Anwohner in Schutz: ihr Unmut angesichts der unbestreitbaren Belastungen sei verständlich gewesen. Verantwortlich für ihr anfängliches Beifallklatschen seien Politiker, die einer Änderung des Artikel 16 nicht zustimmen: „Sie treiben einen Teil unserer Bürger in eine Eskalation der Gefühle hinein.“

TAZ 29.8.92

**Innenminister Kupfer:
"berechtigter Zorn der Bevölkerung"**

Auch die Ausländer selbst hätten den berechtigten Zorn der Bevölkerung provoziert, indem sie „auf der Wiese campierten, das Umfeld verunreinigten und in den umliegenden Geschäften und Häusern kriminelle Handlungen begingen“.

TAZ 29.8.92

SPD-Vorsitzender Engholm:

Eng-
holm bekundete Verständnis
für „manches Ärgernis über das
Verhalten von Asylbewerbern“

TAZ 25.8.92

Ex-Bundeskanzler Schmidt (SPD):

„Kein Volk
erträgt
500 000
Ausländer
im Jahr“

Bild 5.9.92

**Kronawitter (SPD), Oberbürgermeister von München:
"auch in München böses Blut"**

KRONAWITTER: Wir haben in Mün-
chen 10 000 Obdachlose, rund 50 000
Sozialhilfeempfänger und 120 000 Men-
schen, die an der Armutsgrenze leben.

Ein Arbeitnehmer kann sich wegen der
irrsinnigen Mietenexplosion kaum noch
eine Wohnung leisten – und dann müs-
sen wir 8000 Asylbewerber kostenlos
unterbringen und ihnen auch noch Sozi-
alhilfe bezahlen. Das macht auch in
München böses Blut, nicht nur in Ro-
stock.

Spiegel 37/92

EIN BEISPIEL DER KUMPANEI MIT DEN NAZIS!

Ministerpräsident Stolpe (SPD) in Cottbus-

Es ist der einzige registrierbare Wider-
spruch Manfred Stolpes, der über zwei-
einhalb Stunden den Cottbusser Volks-
zorn moderiert, als ginge es darum, die
Hits der „Völkstümlichen Hitparade“ an-
zusagen. Auftritt eines DA-Mitglieds:
„Wir dulden keine Asylantheime in
Mitteldeutschland.“ Abmoderation Stolpe:
„Ich denke es war wichtig, den Mann aus-
reden zu lassen.“ Auftritt eines 55jähri-
gen Anwohners aus der Schopenhauer-
straße: „Wir werden als Cottbusser be-
schimpft, daß wir gegen Asylantheime sind.
Wir sind bloß gegen den Dreck der Asy-
lant.“ Überleitung Stolpe: „Solche Äu-

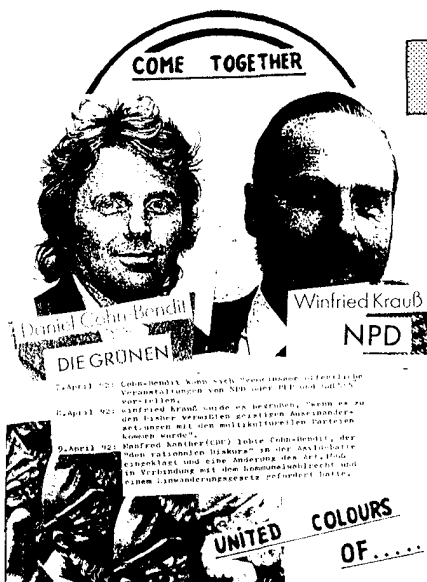
ßerungen sind wichtig.“ Auftritt einer er-
eiferten Anwohnerin aus der Hegelstra-
ße: „Es ist eine Frechheit von den
Medien, zu behaupten, daß wir ausländer-
feindlich sind. Es geht um die Zigeuner,
die dreckig sind.“ Kommentar Stolpe:
„Ein klares Wort und genaues Benennen
der Situation sind wichtig.“ Auftritt eines
Mitglieds der rechtsextremen Deutschen
Volksunion (DVU): „In der Zeit, in der
hier diskutiert wird, sind wahrscheinlich
schon wieder 2000 Illegale gekommen.
Deutsches Geld darf nur für deutsche In-
teressen verwendet werden.“ Zusammen-
fassung Stolpe: „Hier ist noch einmal
ganz zugespitzt gesagt worden, worin die
Empörung besteht.“

FR 4.9.92

Auch in anderen Städten wurden die Nazis hoffähig gemacht:

- 7. April 92: Cohn-Bendit kann sich "gemeinsame öffentliche
Veranstaltungen von NPD oder REP und GRÜNEN"
vorstellen.
- 8. April 92: Winfried Krauß würde es begrüßen, "wenn es zu
den bisher vermißten geistigen Auseinander-
setzungen mit den multikulturellen Parteien
kommen würde".
- 9. April 92: Manfred Kanther (CDU) lobte Cohn-Bendit, der
"den rationalen Diskurs" in der Asyldebatte
eingeklagt und eine Änderung des Art. 16 GG
in Verbindung mit dem Kommunalwahlrecht und
einem Einwanderungsgesetz gefordert hatte.

entnommen aus: Antifa-Info Frankfurt/Main, Nr. 4/92



NACH "ROSTOCK" AUCH DAS NOCH: das Märchen "Deutsche sind nicht ausländerfeindlich"

Bundespräsident Weizsäcker posaunt:

Deutsche sind nicht ausländerfeindlich

Richard von Weizsäcker zu Besuch an der Müritz

Waren – Die Deutschen sind nicht ausländerfeindlich, diese Ansicht vertrat Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Sonnabend bei seinem Regionalbesuch in Waren. Hier hatte die Asylpolitik neben wirtschaftlichen Themen breiten Raum in den Gesprächen eingenommen.

SVZ 7.9.92

EIN BESONDERS WIDERLICHES BEISPIEL FÜR DIE WESTDEUTSCHE JOURNALLE:

„Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“

Berichte Rostocker Bürger lassen erkennen, weshalb manche von ihnen
zunächst mit Radikalen sympathisierten.

Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland

Von HANS-JOACHIM NÖH

Rostock/Hamburg
Rostock-Lichtenhagen, wenige Tage nach Ausbruch der Krawalle gegen das Asylantenheim: Schreiner reparieren angebrannte Fensterrahmen, Glaser ersetzen zerborstene Scheiben, und städtische Arbeiter räumen Pflastersteine vom Schlachtfeld. Die äußeren Spuren der Gewalt sind bald getilgt. Geblieben ist der ohnmächtige Zorn vieler Anwohner auf „die Politiker“.

„Heiler Wahnsinn“ sei es gewesen, in einem Wohngebiet mit fast 40 Prozent Arbeitslosigkeit ein Asylantenheim einzurichten, sagt der Rentner Johannes Schucht, ein Nachbar der inzwischen geraumten Unterkunft. Man habe seit anderthalb Jahren den Rostocker Senat und die Landesregierung vor dem sozialen „Sprengstoff“ und den Folgen gewarnt. „Als dann noch in Scharen die Zigeuner kamen, wurde das Leben hier zur Hölle. Aber niemand hat uns geholt“, klagt Schucht.

Was er und andere Anwohner des elfstöckigen Hochhauses, in dem die Asylanten untergebracht waren, vor allem über die letzten acht Wochen berichten, löst bei zahlreichen Zuhörern ungläubiges Kopfschütteln aus. Eine junge Frau erzählt, sie sei auf dem Weg zum Supermarkt von drei Zigeunerjungen angebettelt worden. „Als ich nichts geben wollte, hielten zwei von ihnen mich an den Armen fest, der dritte hat mich angepöbeln.“

Der Zustrom von Zigeunern aus Rumänien setzte mit den warmen Temperaturen ein. Als das Rostocker Asylantenheim mit seinen 300 Plätzen überfüllt war, campierten sie zu hunderten auf dem Rasen vor und hinter dem Wohnblock. Viele der Zigeuner wurden offenbar illegal eingeschleust. Rentner Schucht schildert, was er eines Nachts von seinem Balkon aus beobachtete: „Vor dem Haus hielt ein Lkw. Der Fahrer stieg aus, sah sich um, und als die Luft rein

war, öffnete er den Laderaum, aus dem 40 Zigeuner kamen.“

Tagsüber mußten sich die Anwohner mühsam ihren Weg durch die Lagernden bahnen, wurden dabei wie einige berichteten, als „Nazi-Schweine“ beschimpft, bespuckt und bisweilen tatlich angegriffen. „Während die Kinder umherzogen und bettelten, lagen die Erwachsenen auf dem Rasen und tranken Alkohol“, sagt eine Hausfrau. Und: „Die ließen ihren Abfall einfach neben sich liegen, und mitten drin verrichteten sie auch noch ihre Notdurft.“

Wegen der Hitze habe es „bestialisch gestunken“, sagt ein arbeitsloser Schiffbauer und empört sich, daß die Stadt den Müll

Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an

nur selten beseitigt habe. „Einmal wurde hier gründlich sauber gemacht, als der CDU-Politiker Schäuble die Werft in Warnemünde besuchte und hier vorbeifahren mußte. Er sollte die Zustände wohl nicht sehen.“

Eine junge Mutter berichtet, ihren Kindern seien Fahrrad und Roller gestohlen worden. Andere Anwohner erzählen, häufig seien nachts Autos aufgebrochen und um die Häuserblocks Rennen gefahren worden.

Ein Nachbar des Asylantenheims erwischte eines Nachts 15 Zigeuner in seinem Keller, den sie aufgebrochen hatten. „Bei einem Kontrollgang durch die Wohnungen“, sagt er, „wurde eine Gruppe von Zigeunern angetroffen, die über einem Feuer auf dem Küchenfußboden Mäwen grillten.“ Das Essen, das ihnen täglich auf Staatskosten gebracht wurde, hatten sie aus dem Fenster geworfen. „Und manchmal kam, wohl aus Protest, noch eine Plastiktüte voll Urin hinterher.“

Immer wieder versichern die Menschen in Lichtenhagen, kei-

neswegs fremdenfeindlich zu sein. Sie erinnern daran, daß sie immerhin seit mehr als zehn Jahren Tür an Tür mit Ausländern leben, mit Vietnamesen, Angolanern, Mosambikanern und Kubanern. „Die sind gepflegt, hilfsbereit und benehmen sich eben wie Gäste“, sagt Sieglinde Harbrecht, Inhaberin eines kleinen Schmuckgeschäfts. Das Auftreten der Zigeuner hingegen sei unzivilisiert und unzumutbar.

Stammkunden eines „Sparr-Supermarktes“ berichten: „Als eines morgens die Türen aufgeschlossen wurden, stürmte eine Gruppe Zigeuner ins Geschäft. Ein paar Frauen verrichteten vor Warenregalen ihre Notdurft, um die Mitarbeiter abzulenken. Währenddessen stopften sich andere Zigeuner die Taschen voll“, erzählt eine Hausfrau. Robert Forstner, Vertriebsleiter von „Spar“ in Mecklenburg-Vorpommern: „Wir mußten eine private Wachmannschaft engagieren, um unsere Beschäftigten, Kunden und Waren zu schützen.“

Der Betreiber eines Hähnchen-Grill-Standes neben dem Supermarkt erzählt, mehrfach hätten Zigeuner von ihm verlangt, gefrorene Enten und Hähnchen zu grillen, die sie selber mitgebracht hätten. „Arm können die im übrigen auch nicht sein“, sagt er, „denn manchmal wollen die bei mir 1000-Mark-Scheine wechseln.“

...

Welt am Sonntag

30. AUG. 1992

Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an

Sieglinde Harbrecht, Inhaberin eines kleinen Schmuckgeschäfts. Das Auftreten der Zigeuner hingegen sei unzivilisiert und unzumutbar.

Schlachtfeld. Die äußeren Spuren der Gewalt sind bald getilgt. Geblieben ist der ohnmächtige Zorn vieler Anwohner auf „die Politiker“.

Warum Tausende in Rostock dem Krawall applaudierten

nen. Den Satz von Rostocks SPD-Innen-senator Peter Magdanz zum Beispiel. Werner E. hat es nun aus berufenem Politikermunde schwarz auf weiß, wie ungerecht die Welt ist: Zehn Mark, hatte der Sozialdemokrat den Lesern der Lokalzeitung erläutert, erhalte jeder Asylbewerber am Tag, für drei Mark aber könnten die meisten daheim leben.

alles ist teuer. Und der kleine Mann muß löhnen. Da ist man schnell wieder bei den zehn Mark, „die die schwarze Brut“ da Tag für Tag „in den Rachen geschmissen bekommt“, bei freier Wohnung und haufenweise gespendeten Klamotten, versteht sich.

nahmen. Das änderte sich auch nicht, als man, noch zu tiefen DDR-Zeiten, Vietnamesen einquartierte, in jenen Block in der Mecklenburger Allee, der nun zur Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber umfunktioniert wurde. Das änderte sich erst, als „die Zigeuner kamen“.

„wenn denn nur endlich mal das Volk entscheiden könnte. In den Güterzug mit den und ab nach Rumänien“. Ein paar Schritte weiter erzählt der 14jährige Sven seinen Kumpels, was sein Vater so alles an Varianten parat hat: „Zumauern den ganzen Block und einen Betondeckel drauf, bis die da drinnen ersticken.“
Volkes Stimme ist laut geworden im, wie nicht wenige Einwohner stolz sagen, „schönsten Rostocker Stadtteil“ — dem

Die Scherben werden weggekehrt, der Ruf ist nicht zu kitten

Das schöne saubere Viertel, die Freuden und die Lebensqualität: Warum Tausende in Rostock dem Krawall applaudierten

Von Axel Vornbäumen (Rostock)

„Asylanten? Spekulant?“ Werner E. hat sein Urteil gefällt. Der grauhaarige Mann, der seinen Namen lieber nicht in der Zeitung lesen will, weil ihn die für einen Außenstehenden schwer verständliche Furcht umtreibt, daß dann vielleicht die Skinheads kommen, deutet auf seine Wohnungstür im neunten Stock des Plattenbaus im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen. Eichelturnier mit Türspion. Er hat sie einbauen lassen, vor gar nicht allzu langer Zeit. „Aus Sicherheitsgründen.“ Drinnen, im Wohnzimmer, stapeln sich die Ausschnitte aus den örtlichen Zeitungen. Werner E. hat sie gesammelt, weil das Problem, das darin beschrieben wird, auch das seine ist — das „Asylantenproblem“. Nur einen Block weiter befindet sich die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) für Mecklenburg-Vorpommern, seit Monaten schon Grundständiger „Bürgerproteste“.

Nicht alles, was so geschrieben steht, gefällt dem Rentner, etwa die Passage

werda genannt werden wird. Die zersplitterten Scheiben des Asylbewerberheims, die zwei zerstörten Polizeiautos, der Polizeieinsatz überhaupt mit den eigens aus Hamburg und Schleswig-Holstein angereisten Beamten und Bundesgrenzschutz-Männern, die zu Bruch gegangenen Schaufenster einer Supermarktliale — alles ist teuer. Und der kleine Mann muß löhnen. Da ist man schnell wieder bei den zehn Mark, „die die schwarze Brut“ da Tag für Tag „in den Rachen geschmissen bekommt“, bei freier Wohnung und haufenweise gespendeten Klamotten, versteht sich.

315 Mark kostete der Kindergartenplatz für seinen Enkel im benachbarten Stadtteil Lütten-Klein, erklärt ein Rentner vor dem Eingang zum Asylheim, und reißt den vielleicht vierjährigen Bub am Arm. Die Eltern können sich das nicht leisten. Nun hat der Opa ihn. Der für die Familie nicht aufzubringende Betrag hat das Weltbild des alten Mannes zutiefst ge-

wohner hochgezogenen Plattenbaukomplex Lichtenhagen. „Großzügig“ war's. Und „sauber“. Und das war den Lichtenhagenern wichtig. Die nahe Ostsee und ein paar Springbrunnen und Blumenrabatten taten ihr übriges, daß die Bewohner das Gefühl von Lebensqualität in ihre teils verlinkerten Plattenbauten mitnahmen. Das änderte sich auch nicht, als man, noch zu tiefen DDR-Zeiten, Vietnamesen einquartierte, in jenen Block in der Mecklenburger Allee, der nun zur Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber umfunktioniert wurde. Das änderte sich erst, als „die Zigeuner kamen“.

Er ist laut geworden, der Bürgerprotest, doch man hätte ihn auch schon vorher hören können, im Rostocker Rathaus. „Instinktos ohnegleichen“ sei es gewesen, die ZAST mitten in ein Wohngebiet zu legen, dreiften sich die ersten, kaum, daß das Asylbewerberheim seine Tore aufgemacht hatte. Was folgte, waren täglich eingehende Protestbriefe an die Poli-

rin, die sich noch in den frühen Morgenstunden des Montag im Rücken einer Polizeikette die Krawalle vor dem Asylbewerberheim anschaut. Einer Frau sei auf den Hintern geschlagen worden, ergänzt ein anderer. Man hat sich nicht mehr aus dem Haus getraut, abends. Lichtenhagen verlor an „Lebensqualität“.

All das ist beschrieben worden in den Protestbriefen an den Rostocker Senat. Und blieb ungehört. Auch als die Norddeutschen Neuesten Nachrichten am Mittwoch vergangener Woche die Ankündigung eines anonymen Anrulers abdruckten, die Nacht vom Samstag auf Sonntag werde „eine heiße“ werden, eine „Interessengemeinschaft Lichtenhagen“ werde das Problem auf „eigene Weise lösen“, blieb es bei Verlautbarungen: Man kenne die Interessengemeinschaft nicht, nehme die Dinge aber ernst.

Nicht ernst genug. Als sich am Samstagmittag, angelockt durch den Zeitungsartikel, viele Bürger zum Protest versammelten, standen nur etwa dreißig Polizisten 150 Jugendlichen gegenüber, die aus einer Menge von etwa tausend Zuschauern immer wieder angriffen. Es gab mehrere Verletzte, zwei Polizeifahrzeuge brannten aus. Nur acht Randalierer konnten festgenommen werden. „Tausend brave Bürger klatschten“, überschrieb die Mecklenburger Morgenpost ihren Bericht. „Gaffler“ nannte die Bild-Zeitung die neugierige Menge, hinter der sich die Jugendlichen verschanzten konnten.

Kai, 19 Jahre, aus Lichtenhagen, glaubt seitdem den Medien nicht mehr. „Tausend? Es waren mindestens 4000, die zugeguckt haben.“ Auch Kai ist am späten Sonntagabend wieder da. Einen Pfisterstein in der Hand, wartet er auf den nächsten Angriff. Eigentlich wollte er mit seiner Schwester nach Lütten-Klein ins Kino; „Die Hand an der Wiege“. Doch als die beiden merken, daß sie die einzigen Besucher waren, führen sie erneut nach Lichtenhagen.

Alle sind sie wieder da, am Sonntagabend, angereist aus Güstrow, Lübeck, Schwerin, Hamburg und Berlin. Ein paar Skinheads. Ein paar Autonome. Ein paar Hooligans. Mit den Einheimischen zusammen ergeben sie eine geschätzte Zahl von etwa 500 Randalierern. Ganz gut haben die Rostocker Taxi-Unternehmen an diesem Abend verdient, die die Randalierer aus der Stadt und dem Umland in den nördlich gelegenen Vorort brachten. „Überregional“ sei das wohl geplant worden, mutmaßt der Leiter des Landeskriminalamtes, Siegfried Kordus. Die Polizei ist auf die zweite Krawallnacht weit besser vorbereitet. Sie braucht dennoch bis in die frühen Morgenstunden, bis Ruhe in Lichtenhagen eingekehrt ist. Noch in der Nacht bringen Busse zahlreiche Asylbewerber in die umliegenden Kreise. Bis zum 1. September, verspricht Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lothar Kupfer (CDU), werden alle nach Hinrichshagen verlegt, in eine ehemalige Kaserne, ein bißchen ab vom Schuß. Tatsächlich aber ist die Unterkunft schon am Montagmorgen leer. Die ersten Proteste von Kleinpartnern, die um ihre gezeichneten Kaninchen fürchten, gibt es bereits. Sie bleiben bislang ungehört.

In Lichtenhagen aber, wo man am Montagmorgen die Spuren des Protestes zusammenkehrt und es zutiefst ungerecht findet, „daß wir als Rechtsradikale verschrien sind“, blickt man bereits in die Zukunft. „Saubere“ soll es wieder werden, in diesem „schönsten Rostocker Stadtteil“. Wie zum Beweis fährt am Montagmorgen ein Kleinlastwagen einer Glaserei vor dem demolierten Asylbewerberheim vor, um die eingeworfenen Scheiben auszuwechseln. In der Menge ist man unsicher, ein bißchen früh sei das ja schon.



Erste Hilfe für einen Verletzten der Sonntagnacht. Die Randalierer konnten sich immer wieder hinter den Neugierigen verschanzten. (Bild: AP)

über die „multikulturelle Welt“, von der ein Kommentarschreiber träumt. Doch vieles findet er richtig wiederzugeben. Und manches hat er sogar rot unterstrichen. Den Satz von Rostocks SPD-Innen-senator Peter Magdanz zum Beispiel. Werner E. hat es nun aus berufenem Politikermunde schwarz auf weiß, wie ungerecht die Welt ist: Zehn Mark, hatte der Sozialdemokrat den Lesern der Lokalzeitung erläutert, erhalte jeder Asylbewerber am Tag, für drei Mark aber könnten die meisten daheim leben.

Das ist der Stoff, aus dem der Sozialneid ist. Es ist überhaupt viel vom Geld die Rede, an diesem sonnigen „Montagmorgen danach“, dem Tag, von dem an Rostock-Lichtenhagen künftig in einem Atemzug mit dem sächsischen Hoyers-

prägt. Es ist, berechnet er, fast exakt das Geld, das jedem Asylbewerber zusteht. Da drängt sich der Eindruck auf, das leben weiche „auf Kosten des Volkes“, des deutschen Volkes. So also ist der Enkel beim Opa — und bekommt kostenlos Unterricht in Problemlösungsstrategien, „wenn denn nur endlich mal das Volk entscheiden könnte. In den Güterzug mit den und ab nach Rumänien“. Ein paar Schritte weiter erzählt der 14jährige Sven seinen Kumpels, was sein Vater so alles an Varianten parat hat: „Zumauern den ganzen Block und einen Betondeckel drauf, bis die da drinnen ersticken.“

Volkes Stimme ist laut geworden im, wie nicht wenige Einwohner stolz sagen, „schönsten Rostocker Stadtteil“ — dem zwischen 1974 und 1978 für 20.000 Ein-

tiker, „endlich etwas zu tun“. Die Klagen hatten sich gehäuft, daß die seit Wochen kommenden vornehmlich Sinti und Roma den Platz um das Asylbewerberheim verschandelten, Passanten belästigten, in der nahen Kaufhalle Lebensmittel mitgehen ließen oder auch schon mal zwischen die Regale urinierten. Immer mehr trafen ein und kampierten vor dem Plattenbau, weil die 320 Heimplätze nicht ausreichten. In diesen Tagen prägte Innen-senator Magdanz die Formel, je mehr Platz man schaffe, desto mehr kämen auch.

In Lichtenhagen kennen viele einen, der einen kennt, dem etwas „mit den Zigeunern passiert ist“. Ihrer 14jährigen Schwester sei „zwischen die Beine gegriffen worden“, erzählt eine Lichtenhagene-

"Neues Deutschland" (Zeitung der PDS) eifert den "gutbürgerlichen" Zeitungen nach:

Hauptschlagzeile eines Artikels:

Rostocker Pogrom: „Fahrlässige Komplizenschaft“ Politiker-Rechtsradikale

Bonner Asylpolitik gescheitert

In einem anderen Artikel läßt das "Neue Deutschland" einen "Arbeiter" zu Wort kommen: "die Politiker haben versagt, die hätten verhindern müssen, daß so viele Fremde herkommen"

AUCH HIER DAS "GESUNDE VOLKSEMPFINDEN" – beim "Neuen Deutschland" sogar auf der ersten Seite!

Kommentarios wird im ND rassistische Hetze zum besten gegeben: "Uns stören ja nicht die Asylanten an sich, aber diese Zigeuner"

"LIVE dabei" - Eine heiße Nacht - spannender als SAT 1" - so lautet der widerliche "Aufmacher" des "Neuen Deutschland" über den Pogrom von Rostock!

ND-Reporter erfuhrt am Morgen danach auf dem Schlachtfeld von Rostock-Lichtenhagen:

Eine heiße Nacht, „spannender als SAT 1“

An der verrußten Eingangstür steht am Morgen noch ein Postsack (mit Hakenkreuz!) voller Bierbüchsen. Die Meute hatte demnach noch viel vor. Aber dann war ja doch noch – gleichsam pünktlich zu spät – die Polizei gekommen.

Der Regen schraffiert die Tristesse in den Neubaulöcken zwischen Rostock und Warnemünde. Grau, grauer, grausig: „Nun haben auch wir unser L.A.“, sagt Polizeieinsatzleiter Göhrke, „Lichtenhagener Ausschreitungen!“ In kleinen Grüppchen patrouillieren Polizei und Bundesgrenzschutz um die Zentrale Aufnahme- und Asylbewerberstelle für Asylbewerber. Die Steine vor dem Haus sind weggeräumt, aber Gardinen hängen schwarz wie Trauerflor hinter scheibenlosen Fenstern. Drinnen knietief Löschwasser. Keine Zuschauer mehr vor dem Haus in der Mecklenburger Allee 19. Die kommen wohl immer erst nachts. Viele, sagt Kopfschüttelnd Feuerwehrmann Klaus Berger, sogar mit Fotoapparat. Ein Polizist berichtet, am Wochenende hätten sich die ersten Schaulustigen bereits um 15 Uhr auf den höchsten Punkten des Geländes versammelt.

In Brand gesteckt worden war in der Nacht zum Dienstag das Haus neben jenem Asylbewerberheim, das der Senat am Vortag, nach den Übergriffen vom Wochenende, hatte räumen lassen. Bis zur 6. Etage ist es ein Gewerbehau, darüber wohnen Vietnamesen. Monika Möller von der Physiotherapeutischen Praxis im Hause: „Ich weiß nicht, was die Randalie gegen die Vietnamesen sollte. Mit denen sind wir immer gut ausgekommen. Uns stören ja nicht die Asylanten an sich, aber diese Zigeuner... Unsere schöne Rasenfläche haben die zu einer Müllkippe gemacht, frech sind sie auch, und die Patienten beschwerten sich; monatelang fürchteten wir um unsere Kundschaft. Gemeinsam mit Dr. Kovacz, dem Zahnarzt über uns, machten wir Eingabe über Eingabe. Und nun?“

Bürgerkrieg statt Papierkrieg. Im Grunde wiegeln sich die Hilfloren gegenseitig auf. Vorn die Söhne

mit den Brandflaschen, hinten die Väter mit den Brandreden. Und am Morgen danach feiern die einen irgendwo ihren Sieg und basteln neue Molotow-Cocktails, die anderen liegen mit Rauchvergiftungen im Krankenhaus, und besagte Zuschauer gehen trotz nächtlichem Spektakel – deutsch ist schließlich deutsch – pünktlich zur Arbeit. Wenn sie welche haben.

„Das ist spannender als SAT 1“, sagt Gerd Neubert, etwa 55 Jahre alt, „nein, ich bin nicht zynisch! Aber die Politiker haben versagt, die hätten verhindern müssen, daß so viele Fremde herkommen. Ich wohne in der Eutiner Straße hier um die Ecke, habe 30 Jahre in der Werft gearbeitet, bin arbeitslos und versorge eine schwerbehinderte Frau, ich kann meine Miete bald nicht mehr bezahlen, und die kriegen noch 10 Mark am Tag und versauen die Häuser.“

Hans-Jürgen Ratzow (47), er arbeitet als Repräsentant eines Werkes: „Das ist das Ergebnis von politischer Strategie und Konzeptionslosigkeit. Das ist schon Krieg, der sich aber gegen die Falschen richtet. Der Hauptfehler war, ein Asylbewerberheim mitten in einem Wohngebiet zu errichten.“

Fritz Guttman (44), Telekom-Mitarbeiter: „Ich habe an Händen und Füßen gezittert. Schlimm, die Gewalt vor der Haustür zu haben. Der Protest sollte sich nicht gegen die Heimbewohner, sondern gegen die Politiker richten.“

Aber der „Protest“ richtete sich nicht gegen die Politiker, sondern eben gegen etwa 100 Vietnamesen. Gemeinsam mit einem Fernsehteam, das zu Interviews im Haus war, brachen sie unterm Dach einen Notausgang mit Brechstangen auf, um sich vor Qualm und Flam-

men zu retten. Kinder schrien. Die draußen schrien lauter.

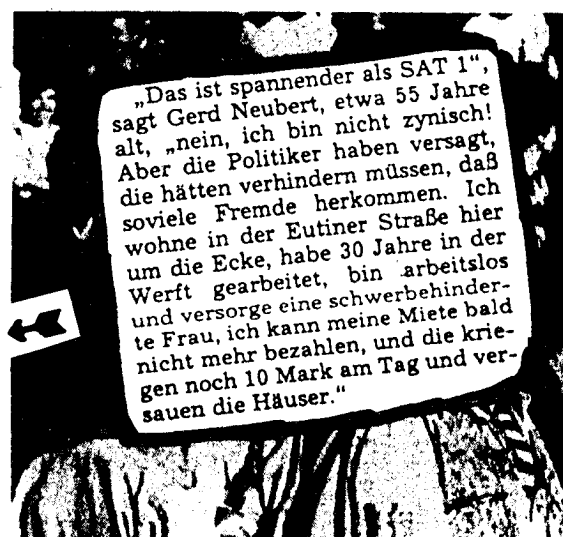
In der Einsatzzentrale Lütten-Klein zeigt auch Innenminister Kupfer seine kleinen, übernachteten Augen: „Ich lehne einen Rücktritt ab.“ Siegfried Kordus, Chef der Rostocker Polizeidirektion: „Unsere Einsatzkräfte hatten wir gesplittet, ein Teil bewegte sich in Richtung Groß-Klein, wo sich ein Schotterstein-Lager befand. Zudem mußten wir zwei Hamburger Hundertschaften, die seit zwei Tagen im Einsatz waren, auswechseln. In diese Lücke stießen die Randalierer und Straftäter.“ Zudem sei der Mob von den Zuschauern kaum zu unterscheiden gewesen. „Dadurch konnten wir keine Leute festnehmen. Während sich die Beamten nach vorne gegen die Angreifer verteidigten, Brandsätzen auswichen, wurde von hinten durchgehend an irgendeine „deutsche Haltung“ appelliert. Gleichzeitig kamen von dort immer wieder Aufforderungen wie „Macht die Bullen fertig!“ Rostocks Bürgermeister: „Ich bin ratlos. Wir werden weiter nach Ursachen forschen müssen.“ Und Innenminister Magdanz: „Ich bin nur Informationsempfänger.“ – Früher nannte man das Befehlsempfänger.

Fazit: Der schwarze Peter ist auf Wanderschaft. Das ist das, was Fachleute noch immer Politik nennen. Wolfgang Richter, Auslandsbeauftragter des Rostocker Senats: „Beschämend!“

Mecklenburg-Vorpommern hat 2,76 Prozent der Gesamtzahl der nach Deutschland einreisenden Asylbewerber aufzunehmen. Das sind schätzungsweise in diesem Jahr 14 000. Gegenwärtig leben im Land 11 400 Asylbewerber in 100 Heimen. 6200 davon, meist Sinti und Roma, kommen aus Rumänien, etwa 1000 aus Jugoslawien.

Den älteren Mann, der vor der Kaufhalle in Lichtenhagen die „Hansa-Revue“ für den gestrigen Oberligakampf der Rostocker gegen Eintracht Braunschweig verteilt, interessiert das alles nicht.

HANS-DIETER SCHÜTT



Live dabei am Montag in Rostock-Lichtenhagen

Foto: dpa

Die Nazi-Presse: Neonazistische Mörderbanden und rassistische Pogrome als "Rezept für Deutschland"

Nach jahrelanger faschistischer Hetze schlägt sich die "Nationalzeitung" zwar auf den ersten Blick überraschenderweise nicht offen auf die Seite der neonazistischen Mörderbanden, aber macht sich um so mehr zum Anwalt der "von Scheinasylanten bis aufs Blut gereizten Einheimischen", der "bis aufs Blut ausgesaugten deutschen Steuerzahler", der angeblich "zahlreichen deutschen Opfer der Ausländerkriminalität" usw.

Der "Verständnis-Journalismus", der aus den Tätern Opfer macht, ist schon bekannt von der bürgerlichen Presse. Aber die "Nationalzeitung" geht eben noch einen Schritt weiter, indem sie systematisch die weitere Eskalation propagiert. "Gewalt gegen Ausländer - Rezept für Deutschland" heißt es in der Überschrift; daß danach noch ein Fragezeichen steht, ist reine Makulatur. Die Drohung gegen die Menschen aus anderen Ländern ist offensichtlich. Denn es war ja die "Warnung von Rostock", die nur einen "Vorgeschmack" gibt "auf das, was die ganze Bundesrepublik erwartet".

Im Rahmen der faschistischen Hetze gegen Menschen aus anderen Ländern und Asylbewerber ("Deutsche Kinder müssen sterben... doch Scheinasylanten machen Kasse") haben die rassistische Hetze gegen Sinti und Roma ("Zigeunerinvasion") und die antisemitische Hetze ("Freie Einreise für Juden, nicht für Deutsche") einen festen Platz.

Die „Asyl“-Mafia

Ausländerkriminalität explodiert **Seite 4**

Deutsche

R 2295 C

National-Zeitung

Nr. 36 / 42. Jahrgang
28. August 1992

1,80 DM / 12,- D

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich

DSZ-Verlag - D-8000 München 60

Ägypt. 3,50 EG £ / Arg. 1,- US-\$ / Austr. 1,50 \$ A / Belg. 40 br / Dän. 10 dkr / Finn. 5,- Fmk / Griech. 150 Dr. / Holl. 2,50 M / Ital. 1000 Lit. / Kan. 1,40 \$ / Port. 200 Esc. / Span. 160 Ptas / Rumän. 180 Pts / Südaf. 3,- R / Türk. 1800 TL / USA 1,20 \$

Gewalt gegen Ausländer Rezept für Deutschland?

Zeltstädte für Asylbewerber



Der Asylanstrom nach Deutschland hat unter der Kohl-Regierung Ausmaße erreicht wie nie zuvor. Besonders Entgegenkommen gegenüber Asylbewerbern zeigt aber die rot-grüne niedersächsische Landesregierung. Im Bereich von Hannover-Innenstadt wurde auf einem Gelände des Bundesgrenzschutzes eine Zeltstadt für 1300 Asylbewerber aufgebaut. Die Ausländer leben in über 70 großen Zelten,

die für unbestimmte Zeit errichtet worden sind. Sanitäre Anlagen und Versorgungseinrichtungen wurden in kürzester Zeit genehmigt und aufgebaut. Es stört die etablierten Politiker offenbar nicht, daß sich in unmittelbarer Nähe Wohnhäuser befinden. Die deutsche Wohnbevölkerung klagt bereits über erhebliche Belästigungen, zumal in der Zeltstadt zahlreiche Nationalitäten untergebracht sind, die sich in die Lebensgewohnheiten der Deutschen nicht einfügen. Auch eine ehemalige BGS-Kaseme ist voll mit Ausländern belegt. In Göttingen und anderen Orten wird Bewohnern städtischer Häuser wegen „Eigenbedarfs“ gekündigt. Deutsche müssen ausziehen, um für Asylbewerber Platz zu machen.

Helfen Sie mit, daß Deutschland nicht untergeht, und werden Sie Mitglied der DVU. Unterstützen Sie die gerechte deutsche Sache auch durch Abonnement und

Die Warnung von Rostock

Straßenkämpfe in Rostock vor dem Zentralen Aufnahmehelm für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern. Hunderte gewalttätiger Jugendlicher vor einer Kullisse tausender gegen kriminelle Scheinasylanten bis aufs Blut ge-

reizter Einheimischer im Kampf gegen zuletzt starke Einheiten von Polizei und Bundesgrenzschutz. Dutzende verletzter Polizisten, brennende Autos, schwerer Sachschaden, mehr als 150 Festnahmen. Wer trägt die Schuld?

Zigeuner-Invasion

Gerade wer Ausländerfeindlichkeit und Gewaltanwendung entschieden und bedingungslos ablehnt wie wir, kann die wahren Ursachen der schrecklichen Misere nicht minimalisieren oder vertuschen: Die Politiker der alten Parteien in Bonn haben auf der ganzen Linie völlig versagt und lassen es zu, wie ein immer gigantischer anschwellender Strom von zumeist kn-

innellen Ausländern sich über die Bundesrepublik Deutschland ergießt. Seit vielen Jahren wird die deutsche Bevölkerung mit endlosen und zumeist sinnlosen, ja widersinnigen Debatten unfähiger und gescheiterter Politiker der Altparteien hinteres Licht zu führen versucht. Das deutsche Volk ist nicht bereit, die galoppierende Invasion vor allem von Zigeunern und die mit Schein-

Fortsetzung auf Seite 2

National-Zeitung
Das Gewissen der Nation

Die Warnung von Rostock

Hunderte gewalttätiger Jugendlicher vor einer Kullisse tausender gegen kriminelle Scheinasylanten bis aufs Blut ge-

reizter Einheimischer im Kampf gegen zuletzt starke Einheiten von Polizei und Bundesgrenzschutz.

Deutsche Wochenzeitung
Für nationale Politik
Kultur und Wirtschaft

Bitte einsenden an: DSZ, Paasstraße 2, 8000 München 60

Deutsche

R 2295 C

National*Zeitung

Nr. 37 / 42. Jahrgang
4. September 1992

1,80 DM / 12,- US

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich

DSZ-Verlag · D-8000 München 60

Ägypt. 3,50 EG £ / Arg. 1,- US-\$ / Austr. 1,50 \$ A / Belg. 40 bfr / Dän. 10 dkr / Finn. 5,- Fmk / Griech. 150 Dr. / Holl. 2,50 H / Ital. 1000 Lit. / Kan. 1,40 \$ / Port. 200 Esc. / Span. 160 Ptas / Kanaren 180 Ptas / Südaf. 3,- R / Türk. 1800 TL / USA 1,20 \$

Das Fanal von Rostock

Die wahren Schuldigen

Doch die Bundesrepublik gewährt jedem, der das Wort „Asyl“ stammelt, Aufnahme, Unterkunft und Unterstützung. In diesem Jahr werden es schätzungsweise 15 Milliarden Mark sein, die der bis aufs Blut ausgesaugte deutsche Steuerzahler hierfür zur Verfügung stellen darf.

Polizeibeamte bei der Festnahme eines Randalierers in Rostock. Wer Krawall um jeden Preis sucht und wenn es nur um die Auseinandersetzung mit der Polizei geht, schadet dem Anliegen schwer, dem er angeblich dienen will. Lesen Sie im nebenstehenden Artikel über die tiefen Ursachen der Vorkommnisse von Rostock und die wahren Schuldigen der Misere.

Wenn Sie sich den regelmäßigen Bezug von Hintergrundinformationen über das politische Geschehen sichern wollen, von denen der Normalbürger nicht einmal etwas ahnt, sollten Sie jetzt die NATIONAL-ZEITUNG bzw. die DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG abonnieren. Bestellen Sie sich bitte das Abonnementbestellungsformular.

Bezahlter Hitlergruß

Rostocker Bürger und auswärtige Fotoreporter berichten, Fernsehjournalisten aus den USA und Großbritannien hätten Rostocker Kindern Geld dafür gegeben, daß sie vor laufender Kamera den Hitlergruß erweisen. Mit solchen gestellten Bildern wird dann in aller Welt Propaganda gegen Deutschland gemacht.

National*Zeitung
Das Gewissen der Nation

wiesen. Angebotene Zelte wurden von dem fahrenden Volk abgelehnt, sie campierten lieber im Freien. Solche Zigeunerlager muß man selbst erlebt haben, um sich die Wut der deutschen Anwohner erklären zu können. Überall Müll und Unrat. Die Gärten der Bürger umfunktioniert zu Scheißhäusern. Niemand wagt mehr, Garagen, Haus- oder Kellertüren unverschlossen zu lassen. Zigeuner betteln aggressiv, klauen

und die Deutschen ausländerfeindliche Rassisten, die aus Vergangenheit nichts gelernt und aus purem Vergnügen auf Menschen anderer Haut- und Sprache machen? Liest die Berichte bundesdeutscher und internationaler Presse und hört man die Kommentare in Rundfunk und Fernsehen sich mit den Vorkommnissen das Asylbewerberheim in Lichtenhagen befassen, stellt sich einem diese Frage regelrecht auf. Doch die Berichterstattung der Medien gibt ein völlig verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Die Probleme sind wesentlich vielschichtiger und die Ursachen tieferliegend, als sich dies von antideutschen Gefühlen geleitete primitive Kommentatoren vorstellen können.

Wie konnte es dazu kommen, daß Tausende an sich gesetzestreue deutsche Bürger einigen hundert gewalttätigen Jugendlichen Beifall zusprechen, die das Zentrale Asylbewerberheim in Rostock mit Steinen aller Art und sog. Brandbomben unvoreingenommen Motivsuche herangeht, erkennt rasch, daß hier nicht etwa dumpfer Haß auf Ausländer zum Ausbruch kam, sondern daß die betroffenen Bürger Rostocker Stadtteils Lichtenhagen so Schlimmes durchgemacht haben müssen, daß sie bis aufs Blut gereizt waren.

Die Stimmung schlug um

Doch die Stimmung schlug rasch um, als sich herausstellte, daß es gegen Demonstrationen nur um den Krawall und nur um die Auseinandersetzung mit der Polizei ging. Keine Frage: Gewaltanwendung, gegen wen auch immer, muß auf die entschiedene Ablehnung eines jeden anständigen Menschen stoßen. Allerdings trägt das ablatende Vorgehen von Chaoten gegen die Polizei auch ganz deutlich die Handschrift linker Gewalttäter, die ein

baut. Ein anderer: „Wir haben nichts gegen Ausländer, auch nichts gegen Asylbewerber, wohl aber gegen die Zustände hier.“

Katastrophale Zustände

Und diese Zustände haben sich in der Tat katastrophal zugespitzt. Dem mit 200 Personen bereits überbelegten Aufnahmeheim wurden täglich neue Asylbewerber, hauptsächlich Zigeuner aus Südosteuropa, zugewiesen. Angebotene Zelte wurden von dem fahrenden Volk abgelehnt, sie campierten lieber im Freien. Solche Zigeunerlager muß man selbst erlebt haben, um sich die Wut der deutschen Anwohner erklären zu können. Überall Müll und Unrat. Die Gärten der Bürger umfunktioniert zu Scheißhäusern. Niemand wagt mehr, Garagen, Haus- oder Kellertüren unverschlossen zu lassen. Zigeuner betteln aggressiv, klauen Handtaschen, lassen in den Geschäften alles mitgehen. Entsetzte deutsche Hausfrauen werden beim Einkauf mit Zigeunern konfrontiert, die in Warzen

gale unnieren. Minderjährige deutsche Mädchen wagen sich nachts nicht mehr auf die Straße. Zigeuner bedrängen sie mit einer in Deutschland unbekannten sexuellen Heftigkeit. Und das geht schon viele Wochen so...

Wer sich dagegen wehrt, daß sein Lebensbereich von fremden Menschen zugrunde gerichtet wird, ist nicht ausländerfeindlich, er will sich nur nicht sein Leben kaputt machen lassen. Angenommen, irgendwelche deutschen Gruppen würden sich in Rostock so auführen wie diese Zigeuner, sie müßten mit der gleichen entschiedenen Ablehnung durch die Einheimischen rechnen. Wahrscheinlich würden sie irgendwann einmal, wenn sie sich nicht belähnen lassen, Prügel beziehen. Oder ein anderes Beispiel: Deutsche würden sich im Ausland so benehmen wie Zigeuner in Deutschland. Die gleiche Presse, die jetzt von der Ausländerfeindlichkeit der Deutschen phantasiert, wäre voll des Entsetzens darüber und hätte sicher alles in die Tat umzusetzen.

Nur ein Vorgeschmack?

Dabei gibt Rostock möglicherweise nur einen Vorgeschmack auf das, was die ganze Bundesrepublik erwartet.

Wer unvoreingenommen und ehrlich an die Motivsuche herangeht, erkennt rasch, daß hier nicht etwa dumpfer Haß auf Ausländer zum Ausbruch kam, sondern daß die betroffenen Bürger Rostocker Stadtteils Lichtenhagen so Schlimmes durchgemacht haben müssen, daß sie bis aufs Blut gereizt waren.

Wird und trete deshalb der überparteilichen INITIATIVE für AUSLÄNDERBEFREIUNG (IAB) bei. Mitgliedsbeitrag DM 3,-. An: DSZ-Verlag, D-8000 München 60.

Deutsche

R 2295 C

Seite 3

National*Zeitung

Nr. 38 / 42. Jahrgang
18. September 1992

1,80 DM / 12,- US

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich

DSZ-Verlag · D-8000 München 60

Ägypt. 3,50 EG £ / Arg. 1,- US-\$ / Austr. 1,50 \$ A / Belg. 40 bfr / Dän. 10 dkr / Finn. 5,- Fmk / Griech. 150 Dr. / Holl. 2,50 H / Ital. 1000 Lit. / Kan. 1,40 \$ / Port. 200 Esc. / Span. 160 Ptas / Kanaren 180 Ptas / Südaf. 3,- R / Türk. 1800 TL / USA 1,20 \$

Zigeuner-Gefahr

Was Deutschland droht



FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT
FRANKFURT AM MAIN E.V. «FWF»
Demokratie – Demokratie – Demokratie – Demokratie – Demokratie
Wir lehnen jede Diktatur von links und rechts ab.
Info-Telefon täglich von 18.00 bis 21.00 Uhr, Telefon (069) 585420

AUSLÄNDERFLUT IN FRANKFURT

BALD DEUTSCHE MINDERHEIT?



150.000 Ausländer leben in Frankfurt. Das sind etwa 25% aller Einwohner!
25.000 arbeitslose deutsche Frankfurter und trotzdem jedes Jahr Zuzug von weiteren 15.000 Ausländern aus aller Welt!

EXPERTEN
BEFÜRCHTEN SCHLIMMSTES!

Mitte der neunziger Jahre werden weit über 50% der Kinder in Frankfurter Schulen Ausländer sein! Dadurch sinkt das Unterrichtsniveau auf einen katastrophalen Stand.

Die Kriminalitätsrate der Ausländer ist im Bundesgebiet mehr als zweieinhalb mal so hoch wie bei Deutschen! Und sie steigt weiter! In Frankfurt sind rund zwei Drittel aller Untersuchungshäftlinge Ausländer! Durch die Scheinasylantenflut kommt eine große Zahl von Drogenhändlern und anderen Kriminellen nach Frankfurt!

Scheinasylanten ausweisen –

Sofortiger Ausländerstopp!
Wirtschafts- und Scheinasylanten sofort ausweisen, keine neuen Arbeitsbewilligungen erteilen.

Kriminelle und illegale Ausländer raus!
Wer das Gastrecht mißbraucht, hat bei uns nichts mehr zu suchen.

Förderung der Rückkehrbereitschaft!
Hilfen für ruckkehrwillige Ausländer und für deren Heimatländer.

Arbeitsplätze und Wohnungen erst für Deutsche!
Der Staat muß zuerst für seine eigenen Bürger sorgen.

FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT
FRANKFURT AM MAIN E.V. «FWF»

Wer nicht weiß,
woher links



IN DEN RÖMER
Informationsgutschein

Name: _____ Alter: _____

Anschrift: _____

Einreichen an FWG e.V., 6000 Frankfurt, 1. 10.
Postfach 50016
V.i.S.d.P. Bernd Gerhold Frankfurt am Main
Druck: Elendruck

Nazi-Flugblätter

Deutscher Freundeskreis

Jürgen Schwab, Georg-Stang-Ring 10, 8762 Amorbach

Deutsche in der Stadt und im Landkreis Aschaffenburg!

Um unser deutsches Kultur- und Gedankengut vor den hereinstürzenden Fluten der Asiaten und Kaffern zu schützen, muß das deutsche Volk zusammenstehen. Deshalb fordern wir die Unterstützung unserer Forderungen:

- sofortige Zurückführung aller Wohlstandsschmarotzer! Diese heuchlerische Brut saugt das deutsche Volk heute so aus wie das Judenpack vor 60 Jahren!
- gegen die Vermischung deutschen Bluts mit den ausländischen, minderwertigen Rassen!
- Arbeitsscheue, Drogensüchtige und ähnliches Gesindel ins Arbeitslager!
- Kennzeichnung und Sterilisierung von Aidskranken, Homosexuellen und Krüppeln! Behandlung in eigens eingerichteten Krankenstationen ohne Kontakt zu normalen Patienten!
- Frauen raus aus der Politik! Deutsche Frauen müssen an den Herd und für die Fortpflanzung der arischen Rasse sorgen!
- Aufbau und Unterstützung von mobilen, organisierten Eingreif-Kommandos zum Schutze des deutschen Volkes! Die Kameraden in Hoyerswerda und Greifswald sind ein Beispiel für uns!

Wenn die deutschen Grenzen erst offen sind, hilft nur noch die faschistische Revolution!

Unterstützen Sie unsere faschistische Revolution durch Spenden!

Rettet unser Vaterland!

Wir stehen gerne Rede und Antwort:

Falco Schüssler (FAP), Kauschroben 1 Großostheim Tel. 06026/3750
Axel Schunk (WJ), Ballenbergring 17 Stockstadt Tel. 06027/1549
Uwe Schyla (Dt. Liga, NPD), Obernburg Tel. 06022/4484

Unterstützer: Klaus Deier (NPD), Frank Schulz (NO),
Stefan Brodowski

Zusätzliche Informationen am Donnerstag 20. Nov., 18. Uhr, Treffpunkt "Herrstallturm".

Mit kameradschaftlichen Grüßen

gez. Jürgen Schwab

"BILD"- Zeitung — Brandstifter und Meisterdemagogen

Kaum ein Tag vergeht, ohne daß die "BILD"-Zeitung neue Hetzartikel gegen Flüchtlinge verbreitet. Der Einfluß der "BILD"-Zeitung sollte nicht unterschätzt werden, sie hat die größte Auflage in Westeuropa. Mit Schlagzeilen wie "Wohnraum beschlagnahmt - Familie muß Asylanten aufnehmen" oder "Asylantenheim sucht deutsche Putzfrau" betreibt sie rassistische, chauvinistische Hetze.

Schaun wir uns mal einen Artikel genauer an:

"Wohnraum beschlagnahmt - Familie muß Asylanten aufnehmen." Daß die "BILD"-Zeitung diese Meldung ausgerechnet zur Zeit der Rostocker Pogrome auf der Titelseite veröffentlicht, hat einzig und allein die Funktion, die Pogromatmosphäre gegen Flüchtlinge noch weiter zu verschärfen.

Dann wird mit der zweiten Überschrift zum Artikel "Was kann der Staat mir alles wegnehmen" DAS Horrorszenario der "deutschen Familie" entworfen: Man sitzt gemütlich beim Essen in der Küche, es klingelt und dann wird einem die Wohnung weggenommen.

Daß sich zum Schluß dann herausstellt, daß es sich bei "Familie Stegmanns" Wohnung um ein Obdachlosenhaus handelte, in dem - entsprechend der "normalen" Praxis - auch noch weitere Familien untergebracht werden, ist dann auch egal. Hängenbleiben soll nur: das kann jedem passieren!

Wie selbstverständlich wird im Artikel "Asylantenheim sucht deutsche Putzfrau" nicht die rassistische Heimleiterin angeprangert, die eine "deutsche Putzfrau" will, weil "die am meisten Dreck wegschaffen". Der Gedanke, daß eine deutsche Putzfrau in einem Asylbewerberheim arbeitet, scheint so undenkbar, daß "BILD" es für die "unglaublichste Stellenanzeige Deutschlands" hält.

Mit solchen rassistischen und chauvinistischen Hetztiraden werden bewußt die nächsten nazistischen Pogrome vorbereitet und gerechtfertigt.

Systematische DEUTSCHNATIONALE Aufhetzung durch die Verbreitung von Horrorgeschichten

Wohnraum beschlagnahmt

Dienstag, 8. September 1992 Nr. 318/27 60 Pf

Bild
UNABHÄNGIG · ÜBERPATEILICH
FRANKFURT

Familie muß Asylanten aufnehmen

Von EVA SCHNEIDER
Es steht auf dem Tisch. Es steht neben ihnen. Die beiden schauen verlegen. Sie haben Angst. Es sind Asylanten. Ein Roma-Ehepaar aus Polen. Die Gemeinde in Deutschland. Welche Rechte Sie haben, wenn Familie Siegnann eingewiesen - Ihre Wohnung beschlagnahmt wird. Seite 7

Von Wohnwagen bis Zweitwohnung Was kann der Staat mir für Asylanten wegnehmen?



Betroffene Gesichter im Wohnzimmer: Malik (17), Tina (18), Mutter Marianne (37), Anja (18) und Vater Karl.



Jonas und Anneli in ihrem neuen Zuhause. Die beiden Paare wurden bei Familie Siegnann zwangseingewiesen.

Von ROLF BIER
„DIE WOHNUNG IST UNVERLETZLICH.“
Artikel 13 Grundgesetz.
● Dürfen Behörden meine Wohnung beschlagnahmen? Laut Grundgesetz dürfen Eingriffe ... nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot ... vorgenommen werden. Die Gemeinde Wiernheim bei Pforzheim im Amtsblatt 50/89: Sollte kein Raum vorhanden sein, muß von der Polizei evtl. ein Raum beschlagnahmt werden.
● Was ist mit Zweitwohnung oder Einliegerwohnung? Beschlagnahme möglich, wenn sie leerstehen und wenn die Gemeinde kein anderes Quartier (Motelzimmer, Container,

Turnhallen) findet.
● Und bei Ferienwohnungen, Ferienhäusern? Sind grundsätzlich geschützt, wenn sie genutzt werden. Auch gelegentliche Übernachtung am Wochenende gilt als Nutzung. Wenn nicht: Einweisung von Asylanten möglich.
● Dürfen Behörden in meine normal bewohnte Wohnung Asylanten einquartieren? Die Rechtsabteilung des Städte- und Gemeindebundes: „Nein, Ausnahme: Man lebt in einer Notunterkunft ohne Mietvertrag, z. B. Obdachlosenasyll.“
● Dürfen Asylanten meine Küche mitbenutzen? In diesem Fall ja.
● Wie lange muß ich Asylanten aufnehmen? Bis Gemeinde Ersatzquartier findet.
● Wieviel Miet kriege ich? Die ortsübliche Miete.
● Wenn ich nein sage? Hilft nichts. Gegen Zwangseinweisung Widerspruch bei Behörde oder Klage beim Verwaltungsgericht.
● Gartenlauben? Gelten nicht als Wohnraum, wurden bislang (noch) nicht mit Asylanten belegt.
● Können in meinem Garten Zelte aufgebaut werden? Nein.
● Dürfen die Asylanten meinen Wohnwagen benutzen? Nein.

Zwangseinweisung: Man sagt sich „Guten Tag“ und „Guten Abend“

Fortsetzung von Seite 1
Imfrühe bei Diepholz (nahe Bremen). Ein zwelstöckiges Vierfamilienhaus, weiß gestrichelt.

Eine Glashütte in der Panzerwohnung. Vier Zimmer, WC/Dusche, 80,07 m², 528 Mark Miete. Hier lebten die Siegnanns - bis vorlage Woche allein.

Vater Karl Siegnann (42) arbeitet als Maurer (3500 Mark netto). Mutter Marianne (37) ist Hausfrau, Sohn Malik (17) arbeitet als Landwirt auf einem Bauernhof, Tochter Anja (18) lernt Friseurin, ihre Zwillingsschwester Tina ist Verkäuferin.

Die Geschichte mit der Zwangseinweisung beginnt vor anderthalb Jahren.

Die Siegnanns mußten damals aus ihrer Wohnung in Mail bei Bremen - der Vermieter hatte Eigenbedarf angemeldet. Die Gemeinde wies den Obdachlosen eine neue Wohnung zu. Siegnanns sind glücklich.

Dann der 1. Dezember 1991. Ein Schreiben des Gemeinde-Direktors: „Durch die Ihnen sicherlich bekannte Situation bei der Unterbringung von Asylbewerbern bin ich gezwungen, die Zuweisung von Wohnräumen auf das Mindestmaß zu beschränken.“

Das Mindestmaß wird mitgeteilt: 5 m² pro Person. Dazu der Satz: „Der Raum vorne links steht zur Unterbringung weiterer Personen zur Verfügung.“ Klartext: für Asylbewerber. Unterschrift, Aktenzeichen 32.96.01.

Der neue Alltag der fünf Siegnanns und der beiden Roma:

Vor dem Bad warten morgens 6 Personen

Im engen Flur stehen Papptanks. Vor dem Bad warten morgens sechs Personen. Drei Geschwister schlafen in ihrem Zimmer.

mer auf dem Boden - kein Platz für Betten. Ihre Mutter: „Es sind doch erwachsene Menschen!“ Die Asylanten aus Polen heizen mit einer zweiflamrigen Kochplatte. Man sagt sich „Guten Tag“ und „Guten Abend“.

Die Roma sprechen kaum deutsch. Die Familie hat Widerspruch eingelegt - auch wegen drohender Feuergefahr. Gemeinde-Direktor Peterling: „Die Paare bleiben drin.“ Die Siegnanns zahlen jetzt 574 Mark Miete.

Auf dem Hof einer Grundschule bei Hamburg werden heute Container für 100 Asylanten aufgestellt - trotz empörter Eltern-Proteste.

Asylantenheim sucht deutsche Putzfrau

Von M. SOYKA und M. RADLOFF
Deutschlands unglaublichste Stellenanzeige: Das Asylantenheim Usingen sucht eine deutsche Putzfrau, sieben Stunden am

Tag! Die 120 Asylbewerber, meist Jugoslawen und Pakistani, müssen eigentlich selbst putzen – wie alle anderen Asylanten. Heimleiterin Jutta Leber: „Wir haben

einen Putzdienst eingestellt, aber die lassen das neue Haus verkommen.“ Warum aber unbedingt eine deutsche Putzfrau? „Die schaffen am meisten Dreck weg!“

Mittwoch, 2. September 1992

Die deutschnationale "BILD"-DEMAGOGIE nach dem Rostocker Pogrom: die Deutschen werden zu "armen Opfern" gemacht, die sich gegen das "PRÜGELNDE" Ausland zusammenschließen sollen!

Ausland schimpft Ihr Deutschen seid Nazis

Von SVEN GÖSMANN
Jetzt prügeln sie auf uns rum: „Nazis“, „Kri- stallnacht“.

„Ausländerfeinde“. Unsere europäischen Nachbarn beschimpfen uns

alle nach den Rostocker Krawallen als die „Häßlichen Deutschen“.

Wie sie schimpfen, und wie sie es selbst mit den Asylanten halten – Seite 2.

Freitag, 28. August 1992

Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein

England

„Zeit, daß jemand den Deutschen bringt, daß wir sie satt haben.“
(„Daily Star“, London)
So machen Sie's mit den Asylanten: 45 000 Asylbewerber, nur jeder zehnte wurde anerkannt. Abgeschoben wird rücksichtslos. Die Queen erläßt 1992 ein neues Asylgesetz: Noch mehr Soldaten in die Höfen und Flughäfen, um Asylbewerber sofort zurückschicken zu können. Ausländerhaß: Die Skinheads der „National Front“ machen Jagd auf Farblige, Pakistani und Indier; drei Tote/1991.

Österreich

„Ein bißchen Nazi-gewalt gibt es nicht. Auch keinen kleinen Hitler, sondern immer nur das volle Programm.“
(„Kurier“, Wien)
So machen Sie's mit den Asylanten: Eines der schärfsten Asylgesetze weltweit. Mit „Niederlassungsquote“ (25 000 Einwanderer/Jahr) und Ausweisung innerhalb 14 Tagen nach abgelehntem Asylantrag. Nur 200 DM Sozialhilfe/Monat, die Suppenküchen für Asylbewerber wurden geschlossen. Fremdenfeindlichkeit: Haiders rechte FPÖ liegt schon bei 25 %.

Italien

„Es ist schwierig, die Welle von Ekel zu unterdrücken, die beim Lesen von den rassistischen Tumulten in Rostock in einem hochsteigt.“
(„Corriere della Sera“, Mailand)
So machen Sie's mit den Asylanten: Innenminister Scotti über die Flüchtlingschiffe von Bari: „In 5 Tagen haben wir 17 466 Albaner zurückschickt.“ Dabei leben nur 963 000 Ausländer (Deutschland: 5 Mio.) in Italien. Einwanderungsgesetz. Seit 1990 Grenzen „zu, für Nicht-EG-Bürger ohne Visum. 1991 zehn Bomben gegen Asylheime.

Frankreich

„Die Deutschen machen die Ausländer zum Sündenbock.“
(„L'Yonne Republicain“, Frankreich)
So machen Sie's mit den Asylanten: 47 000 Asylbewerber 1991. 80 % abgewiesen. 15 387 mit Polizeigewalt abgeschoben (Deutschland: 2467 Maf). Asylkontrollen schon am Flughafen: Asylbewerber werden erkenntungs-dienstlich behandelt, nur 15 DM/Tag, keine Sozialleistungen. Ausländerhaß: Jean-Marie Le Pen's rechte „Front National“ bekam z. B. in Marseille 35 % wg. Asyl.

Holland

„Deutschland zeigt sein häßliches Gesicht. Wann wird das nächste Heim angegriffen?“
(„Telegraaf“, Amsterdam)
So machen Sie's mit den Asylanten: 21 615 Asylbewerber/1991. Seit Januar Asylrecht verschärft: Nur 1000 Asylanten anerkannt, 4006 abgeschoben. Die ersten 30 Tage in um-zäunte Sammel-lager mit Wächtern und Meldepflicht. 1113 DM für Asylbewerber, die freiwillig wieder gehen (bis Mai '92: 142). Lt. Volksmund: „Verpöb-Dich-Prämie.“ Ausländerhaß: 20 Neonazis-schläge auf Asylheime.

Schweiz

„Leider läßt die rasche Umquartierung der Asylbewerber den Eindruck entstehen, die deutschen Behörden geben dem Druck der Straße nach.“
(„Basler Zeitung“)
So machen Sie's mit den Asylanten: 41 700 Menschen boten 1991 in der Schweiz um Asyl. Nur 3 % anerkannt. Es gibt eine „Sichere-Länder-Liste“ (z. B. Rumänien, Polen werden nicht als verfolgte anerkannt). 25 810 Asylbewerber abgeschoben, meist nach Deutschland. Neue Umlagen. Nur 40 % der Schweizer mögen Ausländer.

Dänemark

„Nein, nein und noch mal nein. So denken Menschen außerhalb Deutschlands beim Anblick der Fernsehbilder aus Rostock, wo der neofaschistische Pöbel Asylbewerber angriff.“
(„Det fri Aktuelt“, Kopenhagen)
So machen Sie's mit den Asylanten: Asylbewerber werden Fingerabdrücke abgenommen von ihnen werden Fotos gemacht. Einreiseverbot für Familienangehörige von Asylbewerbern aus Sri Lanka. Mittlerweile nur noch 7000 Asylanten/Jahr anerkannt.

"BILD"-Schlagzeilen: DIREKTE, tägliche HETZE!

Dienstag, 1. September 1992 Nr. 204/74 C 5545 A 60 Pf



☎ Leser-Telefon 069/29 20 41 ☎

Asylanten jetzt auf Schulhöfe

Neue Welle! Und bis Weihnachten kommen noch 400 000

Wohnen mit den Asylbewerbern? Nirgendwo ist mehr Platz. Die Städte haben schon die meisten Pensionen angemietet, Turnhallen beschlagnahmt, selbst neue Reihenhäuser werden belegt. Jetzt entstehen die ersten Wohncontainer, auch auf Schulhöfen, z.B. in Hamburg. Eltern und Kinder protestieren mit Schulstreik. „Bis Weihnachten werden weitere 400 000 bis 500 000 Asylbewerber kommen“, schätzt der CSU-Abgeordnete Klaus Rose. Die Gemeinden sind ratlos, sie haben weder Platz noch Geld. Seite 2.

Freitag, 11. September 1992 Nr. 213/37 C 5545 A 60 Pf



☎ Leser-Telefon 069/29 20 41 ☎

Notstand!

Asylanten-Zeltdorf im Hessenpark

VON JAN FINKEMEIER
Neu-Anspach - Besuchen Sie doch die Wochenende schnell nochmal den „Hessenpark“! Unser berühmtes Freizeitmuseum im Hochtaunus: Historische Fachwerkhäuser, Schmieden, Ställe. Und am „Ziagaleg“ frische Milch, frischer Käse. Jede Menge. Sie tut nat., denn bald kommt was völlig Neues dazu: Ein Asylanten-Zeltdorf für 500 Menschen!
Neuester Geniestreich von Kreis erlufen von den Blau- Staatsministerin Iris Blaul (Grüne). Die im Landtag gerade mit Ach und Krach einen Abwahl- Antrag überstand. Die wegen ihres Asylanten-Kuddelmuddels sogar von eigenen Mitarbeitern Soares Bekom (BILD-berichte) und die nach Frankfurt weitere 500 Asylanten abschieben möchte. Nachbargemeinden, der herrscht tolles Chaos.
Der Ministerin ganz egal. Sie ließ die 40 Zelte gleich gestern aufstellen. Auf dem „Not-Platz“, neben dem Gelände. Sogar die eigenen politischen Freunde sind entsetzt. „Von wegen Not-Platz!“, erobert sich der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Hartherz. „Bei starkem Andrang wird der gebraucht. Zelt mit Besuchern vorprogrammiert!“
Frau Blauls Büro zu BILD: „Wir haben nunmal Asylanten-Notstand, müssen die Kapazität auslasten. Betriebum Hessenpark wird nicht gestört.“
218 006 Besucher im Jahr können's nur helfen.

Empörung im Taunus Asylanten-Dorf im Hessenpark

Die Flut der Asylbewerber steigt unaufrührlich, die Unterbringung wird immer schwieriger. Jetzt muß sogar das Freizeitmuseum „Hessenpark“ im Taunus dranglauben. Für 500 Asylanten baut Ministerin Iris Blaul (Grüne) dort ein Zelt-Dorf. Die Empörung ist groß. Was Betroffene sagen - Seite 7.

STÄNDIG und SYSTEMATISCH wird das Handeln der Bonner Politiker (d.h. die Verschärfung des staatlichen Terrors gegen die Menschen aus anderen Ländern) von der Bild-Zeitung angemahnt - mit der Androhung von Pogromen: "SONST wird die Straße zum Tatort!"

Asylrecht-Änderung: Später, später Vielleicht im nächsten Jahr

Von ULRICH ROSENBAUM
15 Stunden stritten die 40
Vorstandsmitglieder der
SPD am Wochenende im

Maritim-Hotel Bad Salz-
lun, dann hatte Parteichef
Björn Engholm - vorläufig -
gewonnen: 31 Vorstands-

stimmen für seinen
Schwenk in der Asylpolitik,
nur 9 dagegen. Allerdings
Endgültig

wird erst auf dem Sonder-
parteitag in Bonn (16./17.
November). Bis dahin pos-
siert nichts. Keine Ver-

handlungen mit der Bonner
Regierung über eine An-
derung des Asylrechts. Im
Klartext: "Frühestens im

nächsten Jahr wird der
Asylmißbrauch gestoppt
werden können.
Bericht auf Seite 2

BILD 14. 9. 92

BILD-Kommentare

Rostocker Krawalle

Darum sind wir so wütend

Von PETER BOENISCH

Nicht nur zornig, sondern wütend sind viele Menschen in Rostock. Die Chaoten nützen das aus. Die Randalierer beklatzchen, sind keine Neonazis - manche von ihnen nicht einmal Ausländerfeinde. Sie verstehen die Sprüche und Widersprüche unserer Politiker nicht. Wie soll auch ein Kranführer verstehen, daß bei 1,1 Mio. Arbeitslosen in den neuen Ländern in seiner Schicht von vier Kränen drei von Rumänen gesteuert werden - für Dumpinglöhne. Drei Deutsche gehen stempeln und drei Rumänen arbeiten bei uns für ein Butterbrot. So wird Ausländerfeindlichkeit nicht bekämpft, sondern gezüchtet.



BILD • Frankfurt, 14. September 1992

BILD • Frankfurt, 27. August 1992

BILD-Kommentare

Asyl

Es dauert alles viel zu lange



Von PETER BOENISCH

So geht es nicht weiter. Die Probleme werden immer drängender, die Politiker immer langsamer. Die SPD-Bürgermeister wissen nicht, wohin mit den Asylanten. Trotzdem Sonderparteitag erst im November. Lösung also im nächsten Jahr.

Diese Behäbigkeit ist unverantwortlich.

Aber nicht nur die Opposition, auch die Regierung kann und darf nicht im alten Trott den Dingen hinterherlaufen.

Die Entscheidungsprozesse müssen verkürzt werden. Der Kanzler muß seine Politik sichtbar machen.

Regierungsentscheidungen - auch in Sachen Asyl - sind auch gegen die Opposition möglich. Die Wartezeit für Bonn ist um. Es ist Tatzeit.

Sonst wird die Straße zum Tatort.

BILD-Kommentare

Asyl-Mißbrauch

Jetzt schieben wir ab



Von Innenminister
RUDOLF SEITERS (CDU)

Gestern habe ich in Bukarest ein Abkommen unterzeichnet, das eine schnelle und unbürokratische Abschiebung von Rumänen ermöglicht. Ich strebe entsprechende Abkommen mit anderen Hauptherkunftsländern an. Mit der Tschechoslowakei sind die Verhandlungen bereits im Gang. Gespräche mit Bulgarien, das an dritter Stelle der Problemländer mit Null-Anerkennungsquote liegt, werden folgen.

Eins ist ganz klar: Auf Dauer kann der massenweise Mißbrauch unseres Asylrechts nur mit einer Änderung des Grundgesetzes gestoppt werden. Ich appelliere an die SPD, keine wertvolle Zeit mehr zu verlieren und mit uns unverzüglich - noch vor dem SPD-Parteitag im November - konkrete Gespräche darüber aufzunehmen.

BILD 24. 9. 92

Asyl - der größte Irrsinn!

Behörden müssen sogar Anträge von Schweizern, Engländern, Italienern und Amerikanern bearbeiten

Die Bundesregierung hat sich auf dem Weg gemacht, um das Asylrecht zu reformieren. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber die Reformen werden nicht ausreichen, um den Asylmißbrauch zu stoppen. Die Bundesregierung muss sich für eine grundlegende Reform des Asylrechts einsetzen. Sonst wird die Straße zum Tatort.

Der Artikel 18 des deutschen Grundgesetzes lautet: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Dieser Grundsatz ist ein Kernstück unserer Demokratie. Er muss geschützt werden. Die Bundesregierung muss sich für eine grundlegende Reform des Asylrechts einsetzen. Sonst wird die Straße zum Tatort.

Die Bundesregierung hat sich auf dem Weg gemacht, um das Asylrecht zu reformieren. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber die Reformen werden nicht ausreichen, um den Asylmißbrauch zu stoppen. Die Bundesregierung muss sich für eine grundlegende Reform des Asylrechts einsetzen. Sonst wird die Straße zum Tatort.



BamS 20. 9. 92

Die ungebrochene Tradition des Rassismus gegen Sinti und Roma:

Ob Bonner Politiker, ob "Spiegel", "Welt am Sonntag" oder "Süddeutsche Zeitung" — Im Kern dieselbe rassistische Hetze!

Die systematische Völkermordpolitik der deutschen Imperialisten während der Nazi-Zeit hat über 500 000 Sinti und Roma das Leben gekostet. Bereits vor der Nazi-Diktatur hatten Diskriminierung, Hetze und Pogrome gegen Sinti und Roma eine jahrhundertealte Tradition in Deutschland, die auch nach dem 8. Mai 1945 ungebrochen fortgesetzt wurde.

Die Roma aus Rumänien, die angesichts der dortigen pogromartigen Verfolgungen hierher fliehen mußten, sind nicht nur Zielscheibe von Behörden-Schikane, Polizei-Abschiebung und Medien-Hetze des west/deutschen Imperialismus, sondern auch Opfer der neonazistischen Mordbanden und der beifallkatschenden deutschen Bevölkerung.

Die Politiker des west/deutschen Imperialismus haben sich in ihrer allgemeinen Hetzkampagne gegen Asylbewerber und Menschen aus anderen Ländern in den letzten Monaten vor allem auf Roma aus Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern "eingeschossen". Dabei können die Tintenkulis, damals wie heute, auf die primitivsten Lügen und plumpesten Vorurteile aus dem Arsenal des tiefverwurzelten deutschen Chauvinismus und Rassismus zurückgreifen.

Natürlich gibt es im Spektrum dieser Hetze die verschiedensten Nuancen: von der offenen Nazi-Hetze der "Nationalzeitung" ("Zigeunerinvasion - Deutschland in großer Gefahr") bis zur intellektuell bemäntelten Hetze des "SPIEGEL" ("nonkonformistischen, schwer integrierbaren Nomadenvolk" mit "archaisch anmutenden Verhaltensweisen"), von der im Nazi-Jargon vorgetragenen Hetze des CDU-Fraktionsvizechefs Rehberg ("zu deutsch Zigeuner") zur "Feststellung" des SPD-Sozialministers Heinemann, daß die Roma die Pogrome durch "Fehlverhalten" selbst provoziert hätten!

Aber die Auswahl zeigt einmal mehr: Ob Bonner Politiker, ob Spiegel, Welt am Sonntag, Süddeutsche Zeitung - es ist im Kern immer dieselbe rassistische Hetze gegen Sinti und Roma!

R.Rose prangert an:

Am vergangenen Freitag erklärten Politiker im Schweriner Landtag ihr „Verständnis“ für die seit 1945 nicht mehr dagewesene Menschenverachtung, Gewalt und Brandstiftung. Mit Pauschal-Diffamierungen bezeichneten sie die rumänischen Asylbewerber als „kriminelle Zigeuner, die in Rostock auf der Wiese kampiert und das Umfeld verunreinigt“ hätten. Damit wollten sie den rechtsradikalen Mob in absurder Weise rechtfertigen und lassen so einen Flächenbrand von Pogromen entstehen.

FR 3.9.92

DIE HETZE IN DEN BÜRGERLICHEN ZEITUNGEN

Welt am Sonntag:

"Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an"

„Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“

Berichte Rostocker Bürger lassen erkennen, weshalb manche von ihnen zunächst mit Radikalen sympathisierten.
Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland

Von HANS-JOACHIM NÖH war, öffnete er den Lederraum. Rostock/Lübeck. „Zug dem 40 Zigeuner kamen.“ Tagelagerer mußten sich die An- ge nach Ausbruch der Krie- wohnen mußten ihren Weg walle gegen. Schreiner gebrannte! der eracten ben, und zu met. P. Schlechte ren der Ge- Geblichen Zorn viele Politiker.“ „Hier Wohnen... sen, in einem Wohngebiet mit hat 40 Prozent Arbeitslosigkeit. ein Asylantenheim einrichteten, sagt der Rostocker Johannes Schuch, ein Nachbar der in der neuen gemeinsamen Unterkunft. Man hat seit Ende des Jahres den Rostocker Senat und die Landesregierung vor dem auslie- len „Sprennstoff“ und den Fol- gen gewarnt. „Als dann noch in- Scherme die Zigeuner kennen, wurde das Leben hier auf Hilfe.

Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an

Wagen der Rote habe es, be- züglich gestunken, sagt ein an- betionale Schutzbauer und im- pör sich, daß die Stadt den Müll

Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an

30.8.92

Frankfurter Allgemeine Zeitung:

"Es sind Kriminelle"

Etwa 60 Prozent der Asylbewerber in Sachsen sind Rumänen, die zum großen Teil über die Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik kommen. Ein Teil von ihnen „benimmt sich nicht, wie man das von Bewerbern um politisches Asyl erwarten sollte“, sagt Eggert. Es sind Kriminelle; meist sind es Vermögensdelikte, die sie begehen, auch Vergewaltigungen sind vorgekommen. Solches nimmt die Bevölkerung pauschal gegen Asylbewerber und andere Ausländer ein.

27.8.92

"Neues Deutschland"-Hetze (Leserbrief):
"den kleinen Mann der PDS"

Glaubt Ihr, daß Deutschland diese alle aufnehmen kann? Genauso unsinnig, wie gute Deutsche und böse Ausländer ist die Umkehrung dieser „Schwarz-Weiß-Malerei“! Fragt doch mal den kleinen Mann der PDS, welche Erfahrungen er mit „Roma und Sinti“ in Glauchau gemacht hat, die neben ihren Wohnwagen Merce-

des und Volvo stehen hatten? Ist das Armut?

Kurzum, die unbegrenzte Einwanderung wird von der Mehrheit der Bevölkerung nicht mitgetragen. Eine derartige Politik wird die PDS isolieren und, was viel schlimmer ist, die Menschen in die Arme der Rechtsradikalen und konservativen Parteien treiben.

ND 22.9.92

Süddeutsche Zeitung:

"Diebstähle.. zugenommen"

Und tausendfach dieselbe Klage: Seit ein paar Monaten, seitdem in die Asylaufnahmestelle überwiegend Roma aus Rumänien kommen, herrschen um das Heim chaotische Zustände. Roma lagerten wochenlang – Männer, Frauen und Kinder – im Freien auf dem Rasen oder auf herbeigeordneten Matratzen, verrichteten im Freien ihre Notdurft, lehnten die Bereitstellung von Zelten ab. Einzelne Bürger berichten von Erlebnissen etwa der Art, daß sie einen der Männer im Supermarkt beobachtet hätten, wie er in ein Warenregal uriniert habe, oder daß Frauen vom Roma belästigt worden seien. Diebstähle im Supermarkt haben zugenommen, auch anderswo wurde geklaut, ein ganzes Viertel ist in heller Wut – und keiner, der da Widerrede führte.

25.8.92

SPIEGEL:

"Antiziganismus" – "zigeunerten" –
"nonkonformistisches Nomadenvolk"

Roma und Sinti, meist aus Rumänien, sind in Deutschland die zur Zeit meistgehaßten Ausländer. Wohin sie auch kommen, flackert Antiziganismus auf, klagen Bürger über Diebstähle, Belästigung, Radau, Bettelei und Chaos.

Um die Roma herum zigeunerten ständig deutsche Jugendliche, die, so Frank Häbler, Chef der Jugendpsychiatrie in der Rostocker Nervenklinik, seit langem unter der „gähnenden Leere“ in ihrem Viertel litten.

36/92

Keine andere Zuwanderergruppe provoziert zugleich so viel Widerwillen in der Bevölkerung, von offener Ablehnung bis zu blankem Haß, wie die „Tigan“, wie sie in Teilen Rumäniens heißen. Ausgerechnet dieses nonkonformistische Nomadenvolk, die wohl am schwersten integrierbare aller Zuwanderergruppen, stellt mittlerweile das größte Kontingent in der ohnehin angefeindeten Notgemeinschaft der zu Tausenden anreisenden Asylbewerber.

Das teilweise noch archaisch anmutende Verhalten der Einwanderer kollidiert allerorten mit dem Normenkodex deutscher Normalbürger.

37/92

POLITIKER DES WEST/DEUTSCHEN IMPERIALISMUS HETZEN GEGEN DIE ROMA:

Innenminister Kupfer:

"provokatives und kriminelles Verhalten"

Die Widerstände gegen das Heim, zu denen „das zum Teil provokative und kriminelle Verhalten besonders der rumänischen Asylbewerber“ beigetragen hätten, „konnten beim besten Willen von niemandem vorhergesehen werden“. Die Presse müsse sich fragen, ob sie „Rostock nicht mit ein Stück herbeigeschrieben“ habe.

SZ 29. 8. 92

CDU-Fraktions-Vizechef Rehberg:

"zu deutsch Zigeuner"

Noch rassistischer als der Innenminister argumentierte CDU-Fraktionschef Eckhardt Rehberg, der von seinen Parteifreunden viel Applaus erntete. „Daß die Ausländer unsere Sitten und Gebräuche nicht kennen und vielleicht gar nicht kennen wollen, stört die Befindlichkeit unserer Bürger.“ Insbesondere den Sinti und Roma — „zu deutsch Zigeuner“ — unterstellt er kriminelle Energie, die sein Parteifreund Reinhard Thomas später konkretisiert: ständige Angriffe auf Frauen und Mädchen, Diebstähle, und „nachts wird der Parkplatz zum Umschlagplatz für Hehlerware“. Für ihn steht fest: „Wer unlösbare Integrationsprobleme ignoriert, schafft ein nicht mehr kontrollierbares Konfliktpotential, das Links- und Rechtsextremen den Weg ebnet.“ TAZ 29.8.92

CDU-Generalsekretär Reul:

"Vergiftung des öffentlichen Lebens durch Roma"

Der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Herbert Reul mokierte sich vorige Woche öffentlich, wer die Vergiftung des öffentlichen Klimas durch Roma und Sinti nicht wahrhaben wolle, lebe offenbar „auf einem anderen Stern“.

Spiegel 37/92

Sozialminister Heinemann:

"Klima vergiften"

In Düsseldorf hieb der sozialdemokratische Sozialminister Hermann Heinemann auf die Zuwanderer vom Balkan: Der Aufruhr gegen die Asylbewerber sei „eindeutig durch das Fehlverhalten bestimmter Einwanderungsgruppen verursacht worden, die das Klima vergiften haben“.

Spiegel 37/92

SPD-Abgeordneter Eppler:

"die sind bewaffnet"

Zwischen den Uniformierten und den Vermummten läuft ein Mann in schwarzer Lederweste: Erwin Eppler, (SPD-Abgeordneter) in der Rostocker Bürgerschaft, der in Lichtenhagen wohnt. „Das hat sich seit Jahren so entwickelt“, sagt er, „und jetzt bricht der Haß aus.“ Schon als in demselben Haus DDR-Vertragsarbeiter gewohnt hätten, wäre es den Deutschen nicht recht gewesen. „Und jetzt sind die Anwohner hier seit Monaten mit den Zigeunern konfrontiert. Das sind doch keine Asylbewerber. Die kommen mit Schlepfern hierher.“ Ganz im Sinne der übrigen Lichtenhagener erzählt er, daß sich sogar Diebesgut in dem Flüchtlingswohnheim befinde. „Aber niemand wagt sich da rein, denn die sind bewaffnet.“

TAZ 25.8.92

Offene Volksverhetzung:

Die 7 Geheimnisse der Sinti & Roma

Von SVEN GÖSMANN

Verachtet, verfolgt – und voller Geheimnisse: Sinti und Roma, früher Zigeuner genannt.

Scheinbar ziellos zogen sie bisher mit ihren Wohnwagen durch Europa. 6 Millionen gibt es, 10tausende treffen sich einmal im Jahr in Saint-Marles-de-la-Mer (Südfrankreich) in einer Kapelle der Schwarzen Madonna.

Jetzt haben wir ein weniger romantisches Bild: Ca. 30 000 Sinti und Roma strömen 1992 vom Balkan nach Deutschland, weil sie dort verfolgt werden. Asylbewerber. Alte Vorurteile brechen wieder auf.

7 FRAGEN.

Woher stammen die Zigeuner?

Aus dem Norden Indiens. Vor ca. 1000 Jahren Vertreibung durch arabische Stämme. Hunger, Flucht nach Westen.

Was bedeutet Roma, Sinti, was Zigeuner?

Roma von „Rom“ = Mensch (aus Roma-Sprache Romani). Sinti: von Sint = früher das Land Pakistan. Zigeuner: vom byzantinischen „atsinganoi“ = „der Unberührbare“. Zigeunersprache Romani wird nur gesprochen.

Haben sie Geheimnisse?

Ja. Z. B.: In der Kirche von Chartres (Frankreich) verehren sie einen Fleck auf dem Boden, weil da nur einmal im Jahr zu einer bestimmten Minute ein Sonnenstrahl darauf fällt. Sie haben Geheimzeichen, z. B.: 3 Kreise = guter Lagerplatz.

Sind Zigeuner besonders kriminell?

Sie sind selbstverständlich genauso wenig kriminell wie andere Menschen. Historisches Bild lt. „Spiegel“: „Mundraub und Bettelei gehörten zu ihrer Überlebensstrategie.“ – Sie waren meist ärmer als die Menschen, die irgendwo sesshaft waren. Richtig ist, daß heute viele Sinti und Roma in Westeuropä betteln, falsch ist, daß sie öfter straffällig werden.

Warum werden sie nicht sesshaft?

Flucht seit 1000 Jahren. Aus Not wurde Weltanschauung: Im Winter im Süden, im Sommer im Norden (andere Hygienebegriffe: weder Duschschüssel noch Toiletten).

Warum kommen jetzt so viele?

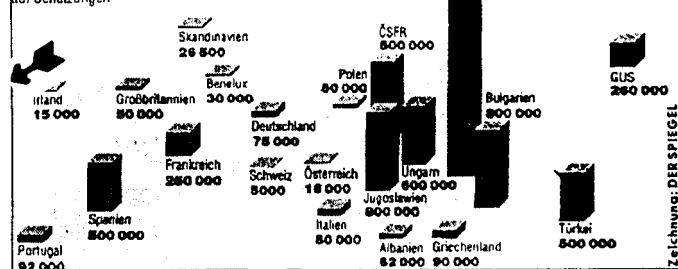
Früher wurden sie in den kommunistischen Staaten auf dem Balkan nicht beachtet. Mit dem Aufkommen des Nationalismus werden sie jetzt wieder verfolgt, oft sehr grausam. In Rumänien stürmten aufgehetzte Bergarbeiter Roma-Siedlungen, vergewaltigten Frauen, zündeten sie an.

Gibt es den Zigeuner-König?

Ja. Ion Cioba (57) aus Hermannstadt (Rumänien). Roma-Vertreter in der UNO. Analphabet. Häuser, 3 Mercedes, 6-Kilo-Goldkrone.

BALLUNG AUF DEM BALKAN

Verteilung der Sinti und Roma in Europa. Die Zahlenangaben beruhen größtenteils auf Schätzungen.



Asyl: Geheim-Abkommen mit Rumänien Bonn schiebt 43 000 ab

Von RICHARD VOELKEL

„Bundesregierung macht Ernst im Kampf gegen den Asyl-Mißbrauch: 13 000 illegale rumänische Asylanten sollen ab November in ihr Heimatland abgeschoben werden. Die bisher größte Abschiebe-Aktion hat Innenminister Seitzers (CDU) nach monatelangen vertraulichen Verhandlungen mit Rumänien vereinbart.“

Auch die SPD-Opposition ist inzwischen für eine schärfere Einschränkung des Asylrechts. Gestern forderte SPD-Vize Oskar Lafontaine: „Das individuelle Recht eines jeden Erdobürgers auf Asyl in Deutschland können wir praktisch nicht mehr garantieren.“ Man müsse sich zu der Entscheidung durchringen, das es Länder gebe, wo einfach keine politische Verfolgung mehr stattfindet. Damit ist Lafontaine als erster führender Sozialdemokrat für die Abschaffung des individuellen Asylanspruchs.

Allein bis Ende August beantragten in der Bundesrepublik über 43 000 Rumänen (vor allem Sinti und Roma) Asyl – nicht mal 0,2 % wurden anerkannt.

Das Problem: Viele haben ihre Ausweise verbrannt, weggeworfen. Sie können nicht abgeschoben werden, weil Rumänien – wie die meisten anderen Länder – Rückkehr nur aufnimmt, wenn ihre Staatsangehörigkeit zweifelsfrei geklärt ist. Das soll jetzt anders werden.

Heute in einer Woche unterschreibt Minister Seitzers in Bukarest

das Abschiebe-Abkommen. Es tritt am 1. November in Kraft. Rumänien verpflichtet sich, alle rumänischen Staatsangehörigen, die sich illegal bei uns aufhalten, wieder aufzunehmen – selbst dann, wenn sie keine gültigen Ausweise besitzen. Minister Seitzers zu BILD: „Der Vertrag ist ein wichtiger Erfolg in meinen Bemühungen, abgelehnte Asylbewerber rasch zurückzuführen. Unsere beharrlichen Verhandlungen haben sich gelohnt.“ Abgelehnte rumänische Asylbewerber müssen künftig mit einer schnelleren Abschiebung rechnen. Ich erwarte, daß die neue Regelung für Schleuser und Geschleuste abschreckende Wirkung zeigt.“ Ein Asylexperte: „Wer nicht freiwillig zurück will, wird mit Bahn, Bus oder Flugzeug abgeschoben.“



Kleine Roma-Kinder spielen auf kaltem Pflaster im Hamburger Hauptbahnhof, sitzen teilnahmslos auf einer Campingliege. Ihre Mutter hat Hab und Gut in einer Plastiktüte verstaut. Asyl-Szene, Deutschland 1992.

Eine zentrale Demagogie: Infame Gleichsetzung von gerechtem antinazistischen Kampf mit neonazistischen Pogromen

Natürlich gibt es innerhalb der Hetze gegen den antifaschistischen Kampf Abstufungen - aber das Ziel ist dasselbe: die Diffamierung und Schwächung des militanten antifaschistischen Kampfes.

Ganz offene und plumpe Hetze ist man ja von der "FAZ" schon gewöhnt. So wundert es nicht, wenn da zu lesen ist: "Autonome, die ihren gewalttätigen Antifaschismus ebenso unvermeidlich Seite an Seite mit den Faschisten gegen die Staatsgewalt richten werden". Hier wird der antifaschistische Kampf mit den Neonazi-Pogromen nicht nur gleichgestellt, sondern die infame Lüge eines "gemeinsamen Kampfes" von Nazis und Antifaschisten aufgetischt.

Ins gleiche Horn bläst die "Frankfurter Rundschau" mit ihrem eher "liberalen Image": "Alle sind sie wieder da ... Ein paar Skinheads. Ein paar Autonome. Ein paar Hooligans. Mit den Einheimischen zusammen ergeben sie eine geschätzte Zahl von etwa 500 Randalierern".

Und auch das "Neue Deutschland" reiht sich in die Hetzkampagne der west/deutschen Medienarmee ein. Unter dem Titel "Krawalle in mehreren Städten" werden faschistische und antifaschistische Aktionen in einen Topf geworfen. Die erfolgreiche Verhinderung der Teilnahme des Obernazis Christian Worch an einer SAT 1-Sendung, damit er seinen faschistischen Dreck nicht auch noch im Fernsehen loswerden kann, wird faktisch gleichgesetzt mit den Naziangriffen auf Flüchtlingsheime.

Ob "FAZ", "TAZ", "Neues Deutschland" oder andere, alle versuchen, den gerechten antifaschistischen Kampf zu diffamieren. Bei Gewaltanwendung heißt die Formel "Rechts = Links", zwischen gerechter antifaschistischer Gewalt und der reaktionären Gewalt der Nazis wird nicht unterschieden.

Die bürgerliche Medien-Hetze gegen den militanten antifaschistischen Kampf

Frankfurter Allgemeine Zeitung: "Seite an Seite"

; das ruft unvermeidlich auch die „Autonomen“ der linksradikalen Szene auf den Plan, die ihren gewalttätigen „Antifaschismus“ ebenso unvermeidlich Seite an Seite mit den „Faschisten“ gegen die Staatsgewalt richten werden. Neben den rechtsradikalen Parolen „Deutschland den Deutschen“ oder „Ausländer raus“ war in Rostock auch schon der Ruf „Deutsche Polizisten, Mörder und Faschisten“ zu hören, der zum linksradikalen Kulturgut gehört.

30.8.92

In Rostock randalieren nun die „Autonomen“

27.8.92

Neues Deutschland: Alles "Krawalle"

Krawalle in mehreren Städten

Berlin (AFP/Reuter/ND). Während es nach fünf Krawallnächten in Rostock-Lichtenhagen in der Nacht zu Freitag erstmals wieder relativ ruhig geblieben war, deutete sich in anderen ostdeutschen Städten die für das Wochenende befürchtete Welle von Krawallen an. In Berlin wurden Teilnehmer einer Fernsehdiskussion aus Rostock, die über die Ausschreitungen in der Ostseestadt debattierten, am Donnerstagabend tätlich angegriffen, teilte die Polizei mit. 80 bis 100 Personen hätten den Bus aus Rostock bei An- und Abreise mit Flaschen und Steinen beworfen. Zwei Täter seien wegen Landfriedensbruchs festgenommen worden. Obwohl die Randalierer in den Innenbereich des Geländes eindran-

Frankfurter Rundschau: "Alle... Randalierer"

Alle sind sie wieder da, am Sonntagabend, angereist aus Güstrow, Lübeck, Schwerin, Hamburg und Berlin. Ein paar Skinheads. Ein paar Autonome. Ein paar Hooligans. Mit den Einheimischen zusammen ergeben sie eine geschätzte Zahl von etwa 500 Randalierern. Ganz gut haben die Rostocker Taxi-Unternehmen an diesem Abend verdient, die die Randalierer aus der Stadt und dem Umland in den nördlich gelegenen Vorort brachten. „Überregional“ sei das wohl geplant worden, mutmaßt der Leiter des Landeskriminalamtes, Siegfried Kordus.

25.8.92

gen, sei die SAT-1-Sendung „Einspruch“ ohne Störungen abgelaufen.

Unterdessen randalierten in Stendal (Sachsen-Anhalt) rund 40 junge Männer, die mit eisenbesetzten Holzknüppeln und Schlagkeulen ausgerüstet waren, vor einem Asylbewerberheim. Die Störer, darunter mehrere Skinheads, hatten sich am Donnerstag gegen 22.00 Uhr vor der Unterkunft versammelt und wollten in das Flüchtlingsheim eindringen. Die Polizei habe sofort eingegriffen. In Oschersleben (ebenfalls Sachsen-Anhalt) verübten in der selben Nacht Unbekannte einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim. Zu Straßenschlachten zwischen rechts- und linksgerichteten Ju-

gendlichen kam es in Potsdam und in Frankfurt/Oder (Brandenburg). Die Polizei nahm mehrere Personen vorläufig fest und beschlagnahmte Messer, Schreckschußpistolen und Baseballschläger.

Nach Rostock, wo nach wie vor starke Polizeikräfte zusammengezogen sind, traf auch das Land Brandenburg Vorkehrungen gegen Krawalle und bietet zusätzliche Sicherheitskräfte auf. Potsdams Innenminister Ziel (SPD) räumte aber ein, daß eine Wiederholung der Rostocker Vorfälle in seinem Land nicht ausgeschlossen werden könne. In Brandenburg gebe es mehr als 1000 Skinheads, „von denen mehr als die Hälfte eindeutig gewaltbereit ist“.

(Betrachtung Seite 2)

29.8.92

Das widerliche Hirngespinnst in der TAZ: Pogrome = Traumsituation

„Die Traumsituation jeder militanten Avantgarde“

Dany Cohn-Bendit, grüner Multikulturdezernent der Stadt Frankfurt/Main, zu den Krawallen in Rostock und zur SPD-Wende von Petersberg

25.8.92

Pressespiegel

1/92
Februar 1992

Pressespiegel

2/92
Mai 1992

Pressespiegel

3/92
Juli 1992

**Unter uns keine Sklaven,
über uns keine Herr'n!**

Über die tagtägliche rassistische
und deutsch-chauvinistische Hetze
und Politik in Westdeutschland

(März - Mai 1992)

☐ Berichte
☐ Informationen
☐ Dokumente

Alle Nummern ab 1/91 noch erhältlich
(je 1,— DM + Porto)

Zusammengestellt durch:
Buchladen Georgi Dimitroff

1,— DM

Weitere Literatur zum Thema:

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Nr. 57 Oktober 1991 2 DM

Aus dem Inhalt:

♦ Über den Zusammenhang von Völkerwanderung, demokratischem Asylrecht und proletarischem Internationalismus

- I. Das imperialistische Weltssystem ist die Ursache der "modernen Völkerwanderung"!
- II. Verhindert Abschiebung und Massenausweisung von politisch Verfolgten, die ihr demokratisches Recht auf Asyl fordern!
- III. Kampf gegen Chauvinismus und Rassismus - es lebe der proletarische Internationalismus!

NR. 38 August 1986 4 DM

Ob Ausländerfeindlichkeit oder Judenhetze —
Deutscher Chauvinismus und Rassismus leben ungebrochen

DEN ERSTARKENDEN ANTISEMITISMUS BEKÄMPFEN!

Eine Linie vom deutschen Faschismus
zum westdeutschen Imperialismus heute

Bitburg und das Getrommel des großdeutschen Chauvinismus

Streiftichter und Standpunkte u.a. zu:

- DIE REHABILITIERUNG DER WAFFEN-SS UND DER FASCHISTISCHEN WEHRMACHT
- MITSCHULD DAMALS UND HEUTE
- DIE VERBRECHEN DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS, MILITARISMUS UND REVANCHISMUS BEKÄMPFEN
- ZUR DEMAGOGIE DER WEIZSACKER-REDE AM 8. MAI 1985
- DIE HALTUNG ZU POLEN - EIN PRÜFSTEIN
- DEN ERSTARKENDEN ANTISEMITISMUS BEKÄMPFEN
- ZIELE DER REVOLUTION

Proteste
und
Gegenwehr
gegen Nazis

Aktion von Antifaschisten gegen ein Neonazi-Treff in Rostock

Wir haben am 23.8. während des Pogroms in Rostock den von Rechtsradikalen genutzten Jugendclub "MAX" in Rostock-Lichtenhagen abgefackelt.

Der Club befand sich 200 m neben dem ehemaligen AusländerInnenwohnheim entfernt. Trotz der Anwesenheit von Hunderten von Neofaschisten, des rassistischen Mobs und etlicher Bullen war die Durchführung der Aktion problemlos, da wir in dem Gewühl nicht auffielen.

Wir verfolgten damit folgende Ziele: 1. Vergeltung zu nehmen für die Pogrome, 2. den Faschisten einen ihrer Treffs zu nehmen, 3. allen AntifaschistInnen aufzuzeigen, daß sie auch dann handeln können, wenn die Kräfte von Faschos, Mob und Bullen stärker sind als die unsrigen. Die Aktion war nur ein kleines Mosaiksteinchen dessen, was notwendig ist. Wir sehen weder für uns noch für alle anderen AntifaschistInnen einen Grund, sich deshalb auf die eigenen Schultern zu klopfen.


Kommando für Amadeu Antonio.

zitiert nach: "Interim" Nr. 206

Keine Duldung von Nazis in den Reihen der antifaschistischen Demonstration!

Samstag den 29.8.1992 in Rostock - Lichtenhagen:

Seit Stunden warten wir auf die Ankunft unserer GenossInnen und FreundInnen. Wir schauen uns ein wenig um, um vielleicht das ein oder andere bekannte Gesicht zu entdecken. Entdecken (?) tun wir dabei auch 4 junge Männer, die sich anscheinend recht gut amüsieren. Zufällig schnappen wir einige Gesprächsfetzen ihres "lustigen" Gesprächs auf: so z.B. über "linke Zecken", das Aussehen von ausländischen Demo-TeilnehmerInnen etc.

Stutzig geworden, fragen wir einige RostockerInnen, ob sie die Typen vielleicht kennen. Und sie da, sie kannten: Unsere 4 jungen Männer waren allesamt stadtbekannt Faschos. Wie Gunar Reuter, ^{der} in der Mitgliedsliste der DA vom April '91 (s. INTERIM nr. 178)  Stelle 260 aufgeführt ist!

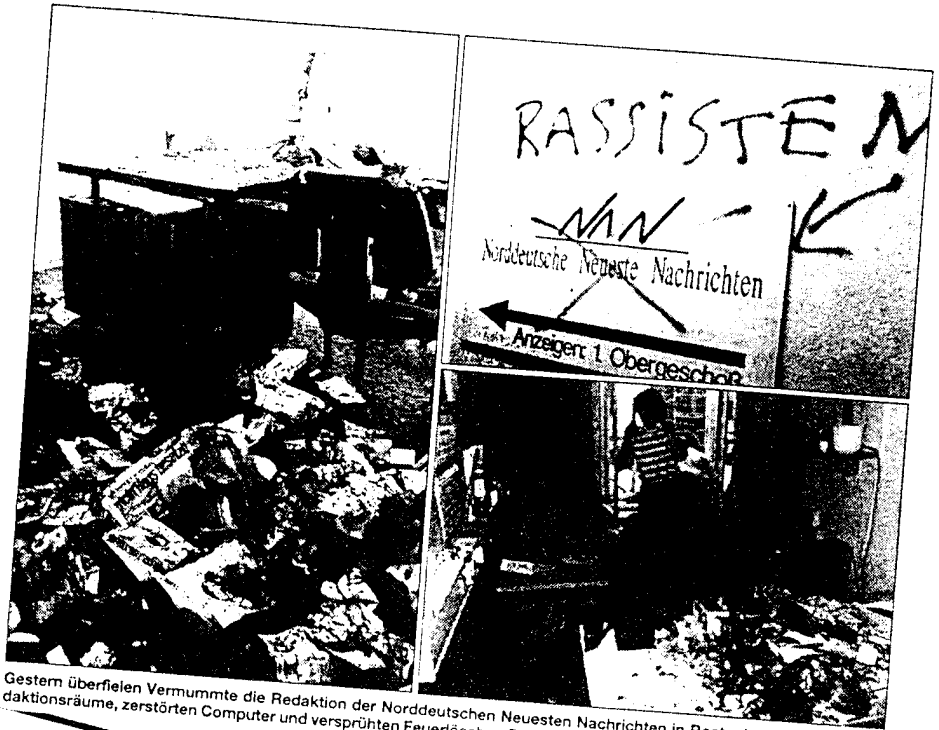
Inzwischen kamen auch die berliner Busse an und es entstand ein wenig Hektik, die sich unsere 'Freunde' zu nutzen machen wollten, in dem sie unter die Demo-TeilnehmerInnen tauchten.

Da wir die Anwesenheit von Faschos als Provokation empfinden, halfen wir Ihnen beim Verlassen tatkräftig nach: DREI von ihnen wurden von uns VERPRÜGELT, darunter auch G.R..

Einige 'linke Zecken' und lustig-aussehende AusländerInnen.

zitiert nach: "Interim" Nr. 206

Die Antwort der Anti-Nazi-Kräfte auf die Schürung der Pogrome durch Presse und Medien:



Gestern überfielen Vermummte die Redaktion der Norddeutschen Neuesten Nachrichten in Rostock, verwüsteten Redaktionsräume, zerstörten Computer und versprühten Feuerlöscher. Personen wurden nicht verletzt. Fotos: Arppe, Graf

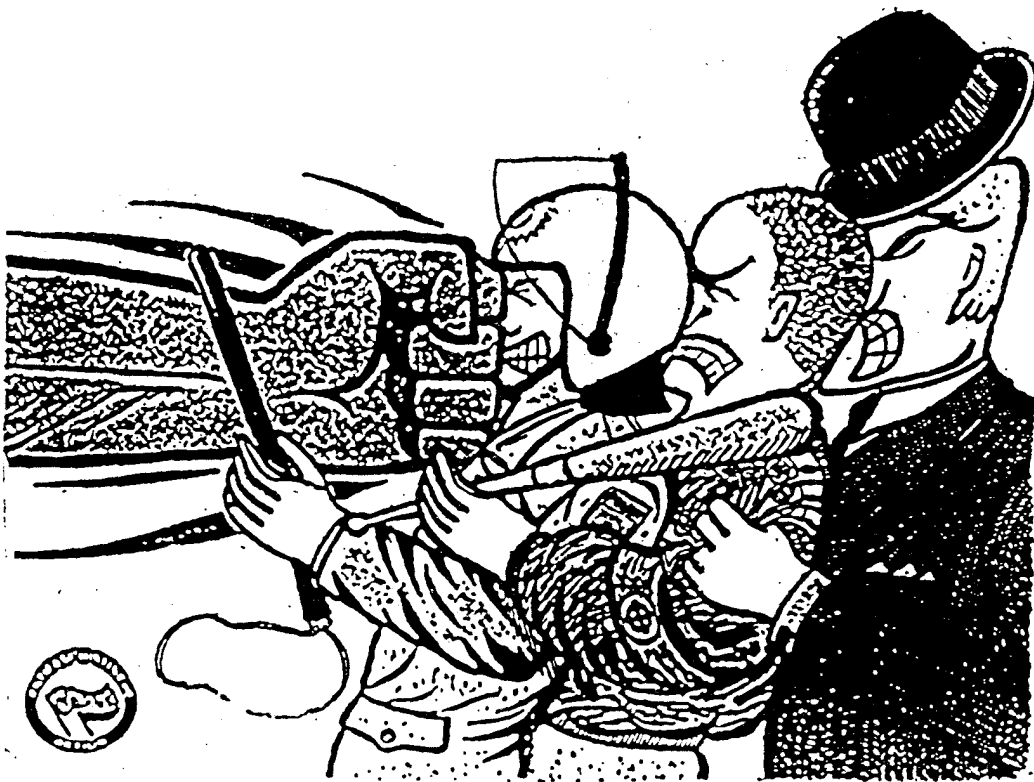
Live-Sendung von Sat. 1 fand ohne Neonazi statt
 Demonstranten verhinderten Auftritt des Hamburger Neonazis Worch / Er gilt als einer der Hintermänner von Rostock.

**Erkennt die
 hetze, Lügen
 und
 Verdrehungen**



JETZT REICHT'S!

HERAUS GEGEN RASSISMUS UND KRIEG



AM FREITAG, DEM 28. AUGUST 1992
UM 10.00 Uhr

SCHÜLERINNEN DEMONSTRATION
AM OPERNPLATZ

KONTAKT: STADTSCHÜLERINNENRAT FRANKFURT/MAIN; TELEFON: 069 / 242-35281 !!!

Hoyerswerda, Mannheim, Rostock die Progrome gegen Ausländer hören nicht auf. Die seit nunmehr einem Jahr ständige Rassistische Hetze in Politik, TV, Zeitungen hat voll gewirkt, so das die Faschisten die gezielt Ausländerheime angreifen sogar den Beifall der "Normalen" Bevölkerung erhalten, anstatt von ihnen vertrieben zu werden. Dem Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern und dem Innensenator Rosstocks war seit Mittwoch vergangener Woche bekannt, daß ein Angriff auf das Ausländerheim geplant wurde. Jedoch war die Polizei angeblich "völlig überrascht" und "total unterlegen". Alle Antifaschisten wissen was für ein massives und brutales Polizeiaufgebot gegen sie aufgebracht wird wenn sie demonstrieren aber bei den mordlustigen Brandbombenwerfern ist es angeblich nicht möglich "Aufzuräumen". Der Gipfel war, daß obwohl sich noch Menschen in dem Haus befanden, die Polizei einfach zurückgezogen wurde und dem rassistischen Mob das Haus zum "abfackeln" freigaben. Nur durch ein Wunder ist dabei niemand ums Leben gekommen. Das sind keine "Fehler" und "Mißverständnisse" mehr, wenn Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lothar Kupfer (CDU): "Verständniß für die Rechtsradikalen" hat. Und Politiker der verschiedensten Parteien die "Asylanten" für die Pogrome verantwortlich machen und die Rassen entschuldigen. Björn Engholm (SPD) sagte er habe verständniß für "manches Ärgerniß über das verhalten von Asylbewerbern". Sie alle machen die Ausländer zum Problem, das Problem aber ist der Rassistische Mob, der "auf der Wiese campieren", als Rechtfertigung für seine Mordversuche ansieht. Das Problem ist vor allem die Regierung. Sie erhöht die Steuern, sie betreibt Sozialabbau, sie baut keine Wohnungen, sie fordert Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerungen, sie entläßt Lehrer, schließt Schulen und streicht Lernmittel. Das alles tut sie und sie nimmt es den Deutschen genauso wie den Ausländern, aber in den Medien ist nur von Asylproblemen und "Sozialschmarotzern" zu hören. Das einzige was die Regierung uns anzubieten hat ist dem Rassismus weiter vorschub zu leisten, indem sie gegenüber den Rechtsradikalen "nachgibt" und nicht konsequent gegen sie vorgeht. Sie hat uns noch etwas weiteres anzubieten: Fast gleichzeitig mit der rassistischen Hetze nach Innen wird die militärische Expansion nach Außen vorbereitet (Bundeswehreinsätze in aller Welt).

Deshalb alles auf die Straße !!!

Wir fordern:

- Kein weiterer Abbau demokratischer Rechte !
- Rücktritt von Innensenator, Innenminister und Polizeiführung Mecklenburg Vorpommerns !

**Hoch die internationale Solidarität!
Für Völkerfreundschaft und Frieden!
Mehr politische und soziale Rechte für AusländerInnen und Deutsche!**

*** Veranstaltungshinweis ***

1.9.92 um 17.00 Uhr DGB Antikriegstags Veranstaltung
Fachhochschule/Nibelungenplatz anschließend Demonstration

*Ki.Sd.P. StadtSchülerInnenRat Frankfurt Varrentrappstr. 36
6000 Frankfurt 90 Tel. 069-272-35287*

Rund 5000 Schüler und Studenten demonstrierten nach den Gewalttaten von Rostock

„Politiker schüren Rassismus“

Vorwurf an CDU und SPD

Gegen „den staatlich geschürten Rassismus“, der seinen gewalttätigen Ausdruck bei den heftigen Ausschreitungen rechtsradikaler Randalierer in Rostock gefunden hat, protestierten am Freitag rund 5000 Schüler in der Innenstadt. Aufgerufen zum Generalstreik an den Schulen und dem dreistündigen, friedlich verlaufenen Protestzug, der sich vom Opernplatz aus in Bewegung setzte, hatte der Stadtschülerrat. Die in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisierten Lehrer solidarisierten sich bei der Abschlussskundung auf dem Römerberg mit dem Protest der Schüler.

„Unser angeblich so demokratischer Rechtsstaat, der sonst nie dem Druck der Straße weicht“, kritisierte Marcel Bathis vom Stadtschülerrat in einer Rede am Opernplatz, „ist offensichtlich nicht in der Lage, den Mob festzusetzen“, der seinen blanken Haß bei den Krawallen in der Hansestadt entladen habe. Doch es reiche nicht, das passive Verhalten der Polizei zu verurteilen. Vielmehr müsse darauf hingewiesen werden, daß „die Hauptverantwortlichen in der CDU und neuerdings auch in der SPD“ zu finden seien. Gemeinsam mit den Medien sei von den Politikern der Ausländerhaß absichtlich geschürt worden, monierte Bathis. Schließlich sei es „für die Herrschenden nützlich, wenn sich der Zorn nicht gegen sie, sondern gegen Ausländer richtet“.

Zugleich habe der Ausländerhaß noch eine andere Dimension, erklärte der Schüler im Hinblick auf die künftige Rolle der Bundeswehr, denn „nur mit einem rassistischen Volk kann man Kriege führen“. Eine Position, die sich Liebigschüler durch den Stadtschülerrat „nicht auf-



Rund 5000 Schüler haben am Freitag in der Innenstadt gegen die Krawalle in Rostock demonstriert. Die Demonstranten protestierten gegen einen von Politikern und Medien „geschürten Rassismus“.

(FR-Bild: Günther)

drängen“ lassen wollten: Mit dem Thema Bundeswehr, sagte Thomas Kosmidis, werde der Protest gegen die Krawalle in Rostock „einfach überfrachtet“. In den Chor der Politiker eingestimmt haben nach Ansicht der Demonstranten auch die Berichterstatter: Vor dem Rundschauhaus an der Großen Eschenheimer Straße bezeichnete es ein Redner als „Frecheheit“, daß in Berichten aus Rostock linke Autonome und rechtsradikale Randalierer in einem Atemzug genannt worden seien. Ein paar Meter weiter, vor dem

Frankfurter Büro der Bild-Zeitung in der Brünnerstraße, kritisierten die Demonstranten, daß „die Schreibtischhüter gemeinsam mit Politikern fast aller Parteien das sogenannte Ausländerproblem erst geschaffen haben“. Sie forderten die Politiker auf, die Hände vom Asylrecht zu lassen und „offene Grenzen für alle Menschen“ zu schaffen. „Ein Aufschrei“ der Schüler, wie Peter Gingold von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) auf dem Römerberg sagte, den „es damals nicht gegeben hat“. Als

die Nazis Juden und Andersdenkende verfolgten, habe niemand protestiert und gesagt: „Das lassen wir nicht zu.“

Die Demonstration hat nach Ansicht von Schuldzernentin Jutta Ebeling gezeigt, „daß die Frankfurter Schüler sich engagieren und wachsam sind, wenn es brennt“. Gerade in Frankfurt, wo 38 Prozent der Schüler ausländischer Herkunft seien, ließ die Stadträtin über ihren persönlichen Referenten Michael Damian mitteilen, „ist es wichtig, daß gegenseitiges Verständnis wächst“.

ing

Frankfurter Rundschau Samstag, 29. August 1992,



3.000 Menschen demonstrieren in der Rostocker Innenstadt gegen Rassismus

29.8.92 ■ die tageszeitung

ZUM POGROM IN ROSTOCK IN DER VORHERGEHENDEN NACHT.

Heute nacht sind etwa 150 Menschen, Flüchtlinge, vietnamesische GastarbeiterInnen und einige Journalisten, nur knapp dem Tod in dem brennenden Sammellager in Rostock entgangen.

Nach zwei Tagen Straßenschlachten hatte sich die Polizei zurückgezogen und das Haus mit seinen BewohnerInnen schutzlos den Angriffen des Mob überlassen.

Daß so etwas passiert ist entweder bodenlose Dummheit oder politisches Kalkül.

Die Polizei hat zuletzt anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in München bewiesen, daß sie organisatorisch in der Lage ist Tausende von Polizisten binnen kurzer Zeit überall in Deutschland zusammenzuziehen und taktisch gewitzt genug ist auch große Versammlungen aufzulösen.

Die Dummheit ist - auf dieser Ebene - also auszuschließen.

D.h. gestern nacht wurde von der politischen Einsatzleitung der Polizei der mögliche, sogar wahrscheinliche Tod von 150 Menschen bewußt in Kauf genommen. Denn nur durch einen Zufall gelang es den im Gebäude Eingeschlossenen und von Erstickung Bedrohten im letzten Moment auf das Dach des Hauses zu fliehen. Feuerwehr traf erst nach eineinhalb Stunden ein.

Das politische Kalkül liegt nahe bei einem Landes-Innenminister Kupfer, der am Tag zuvor Verständnis für den Pogromversuch der Bevölkerung äußerte und die Schuld für die Ereignisse in der Anwesenheit der betroffenen AusländerInnen sucht, die als solche eine Zumutung für die deutsche Bevölkerung seien. Damit befindet er sich auf einer Linie mit fast der gesamten politischen Klasse dieses Landes.

Von Seiters bis Engholm, der am Wochenende Termingerechtheit das Ja der SPD zur GG-Änderung durchzuboxen versuchte, wurden Verständnis für den "Unmut" der Bevölkerung geäußert und als direkte Konsequenz aus den Ereignissen schnellere Abschiebungen und Grundgesetzänderung gefordert. Mit diesem rhetorisch nur mühselig verpackten "Ausländer raus" heizen sie die Pogromstimmung weiter an, um sie dann als Legitimation für ihre immer rassistischer werdende Politik zu benutzen. In solcher Politik kommen AusländerInnen nur noch als Objekte und fiktive Bedrohung des vereinigten "deutschen Volkstums" vor.

Entsprechend ist die gesamte Unterbringungs- und Zuweisungspolitik der Bundes- und Landesregierungen flächendeckende Vorbereitung von Pogromen. In überfüllten Großlagern werden unhaltbare Zustände geschaffen, die dann als empirischer Beleg für die "Asylantenflut" und dafür, daß "dringend etwas geschehen" müsse dienen. Gleichzeitig werden in solchen Sammellagern die Flüchtlinge als ideale Zielscheibe für rassistische Angriffe präsentiert. So wurden in Rostock wochenlang mehrere hundert Roma gezwungen, auf offener Straße zu leben.

Wir rufen auf zur Gründung von lokalen antirassistischen Komitees in allen Städten und Orten, insbesondere da, wo rassistische Tendenzen bereits Überhand gewonnen haben.

Für die volle rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von AusländerInnen.

Organisieren wir uns, verhindern wir Pogrome.

Hoch die internationale Solidarität!

AKTUELLE TERMINE:

Freitag, 28.8.92, 10 Uhr: Schülerdemonstration, Aufruf: Stadtschülerrat

Samstag, 29.8.92, 13 Uhr, Rostock: bundeseitige Demonstration, Abfahrt Ffm:

Freitag 23 Uhr, Treffpunkt Universität, vor AStA (Jügelstr. 1), Karten: 50,- DM, Verkauf: AStA, Freitag ab 10 Uhr, Tel-Nr. s.u.

KAMPF DEM RASSISMUS !

Seit Samstagabend belagert und bedroht eine bis zu 3000 Beteiligte zählende Lynchmeute die 200 Frauen, Männer und Kinder, die im Rostocker Zentralen Aufnahmelager für Flüchtlinge untergebracht sind. Dieser entsetzliche rassistische Pogrom sprengt die Dimension von Hoyerswerda bei weitem: vom beifallklatschenden Voyeur zum mordlustigen Schläger ist der "Schritt" vom deutschen Bürger gemacht, in noch größerer Anzahl und brutaler als z.B. vor zwei Monaten in Mannheim/Schönau.

Diese rassistischen TäterInnen handeln nicht, weil sie Hoyerswerda schon vergessen haben, sondern weil ihnen dieser Pogrom und dessen gesellschaftliche Bestätigung durch Parteien, Medien und Volksstimmung erst Appetit gemacht hat.

Diese Deutschen sind keine unschuldigen Opfer sondern TäterInnen, die sich nicht auf soziale Existenzängste berufen, sondern auf ihr "Deutschsein", und mit diesem Nationalismus beziehen sie sich auf das Vernichtungspotential, daß das deutsche Volk im Nationalsozialismus mit der Vernichtung der europäischen Juden und Sinti und Roma demonstrierte.

Dieser rassistische Pogrom und dessen Beteiligte, die "Campieren auf der Wiese" zum Anlaß nehmen, Menschen lynchen zu wollen, verdienen kein Verständnis und keine Berechtigungserklärung, sondern unversöhnlichen Haß und Konfrontation.

Es ist vorhersehbar, daß die Ereignisse in Rostock/Lichtenhagen nicht allein bleiben werden. In Maintal-Bischofsheim drohten vor zwei Wochen Skinheads auf einer Bürgerversammlung unwidersprochen mit einem "zweiten Hoyerswerda", wenn dort eine Flüchtlingsunterkunft errichtet würde. Sie haben darin offensichtlich breite Unterstützung in der Bischofsheimer Bevölkerung.

Angesichts dessen sollten sich alle die Schweigen, Wegschauen, Entschuldigen und Verharmlosen fragen, ob die Lebenslüge einer zivilisierten Gesellschaft und multikultureller Harmonie der Wirklichkeit standhält. Die Übernahme rechtsextremer Programmpunkte durch die Sozialdemokratie am gleichen Wochenende (Abschaffung des Grundrechts auf Asyl) verdeutlicht, daß wer populär sein will und ist, den rassistischen Konsens mitträgt und füttert.

SOLIDARITÄT MIT DEN FLÜCHTLINGEN !

SAMSTAG 29.08.

KEIN VERGEBEN KEIN VERGESSEN!

13 UHR DEMO, ROSTOCK

BUSPLÄTZE: ASTA UNIVERSITÄT 77575

Antifaschistische und antirassistische Gruppen (Infotelefon 069/703337)



1938:

nationalsozialistische
Ausländerpolizeiverordnung

1965:

BRD-Ausländergesetz

1990:

Verschärfung des Ausländergesetzes

Gesetzlich verordneter
Rassismus in ungebrochener
deutscher Tradition.

Weg mit den Sonder- gesetzen gegen Ausländer- Innen

Wenn Deutsche ihre Einheit feiern und jubeln "Wir sind das Volk", ist nur ein Teil der hier lebenden Bevölkerung gemeint.

Denn das ist die Fanfare zur Eröffnung der Hatz auf alle "Nichtdeutschen", auf alle Andersdenkenden. Dann kennen sie wieder, wie vorm 1. Weltkrieg, "keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche" — eine "Volksgemeinschaft" vom Spiegel-Herausgeber Augstein bis zu REP-SSchönhuber.

Faschismus kommt nicht über Nacht von kleinen braunen Männchen aus dem All. Faschismus ist das Ergebnis von Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus im Dienst des Kapitals.

Nie wieder Deutschland!

BLEIBERECHT FÜR ALLE

Antifa-Westberlin



Deutschland, uns graut vor Dir!

Tausende rassistische Gewalttaten in den letzten Jahren
bis hin zu Rostock ...

Frauen. greift ein gegen die nationale Hetze und den Terror und
alle rassistischen Gewaltformen.
Leistet Widerstand gegen die Vergiftung des geistigen Klimas,
die von der Regierung und PolitikerInnen (fast) jeder Couleur
betrieben wird und nicht nur in den kleinbürgerlichen Wohnzimmern
auf fruchtbaren Boden fällt!
Wehrt Euch gegen eine Politik, die „Ausländer“ zu Sündenböcken
für nicht gelöste Probleme macht!

**Steht auf!
Jetzt!**

**Bevor es zu spät ist!
Nie wieder Faschismus!!!**

Autonomes 2. und 4. Hamburger Frauenhaus, die Mitarbeiterinnen
und Bewohnerinnen, Initiative 5. Hamburger autonomes Frauenhaus

STOPPT DIE POGROME!

**bundesweite Demonstration in Rostock
am Samstag, dem 29.8.92, 13 Uhr**

Es liegt an uns, Widerstand gegen die Verbreitung von Rassismus zu entwickeln, der sich schließlich in menschenverachtendem Haß Bahn bricht.

Es liegt auch an den BewohnerInnen von Lichtenhagen, ob ein menschenwürdiges Leben für alle erkämpft wird, oder ob diese Gesellschaft sich bei weitergehendem rassistischem Terror auf dem Weg in einen neuen Faschismus befindet.

Werdet aktiv gegen Faschismus und Rassismus!

Wir dürfen uns nicht auf PolitikerInnen oder die Medien verlassen.

Wir demonstrieren am Samstag mit Rostockerinnen und Rostockern, die mit uns ein Zeichen gegen Rassismus setzen wollen!

Wir demonstrieren gegen die menschenfeindliche Politik, die mit ihren Verlautbarungen und Maßnahmen eine Pogromstimmung provoziert!

Wir fordern:

Sofortige Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses, mit dem Ziel, die verantwortlichen Brandstifter in Politik und auf der Straße zur Rechenschaft zu ziehen!

Bleiberecht und menschenwürdige Unterbringung für alle Flüchtlinge!

Abfahrtszeiten der Autos und Busse:

Berlin 8.30 Uhr Asta-TU hinter dem Mathegebäude, Straße des 17. Juni, Info-Tel: 392 7030 - Hamburg 7.00 Uhr U-Bahn-Station Feldstr. Info-Tel: 040-431587 - Hannover 6.00 Uhr Uni-Hauptgebäude Hannover - Neumünster 7.30 Uhr, Kleinflecken - Rendsburg 7.30 Uhr, Teestube Stadtpark - Bielefeld 4.00 Uhr Kesselbrink - Wuppertal/Köln 24.00 Uhr, Hans-Böckler-Platz in Köln, Tel: 0221-4702992 oder 730365 - Kiel 7.00 Uhr, Merhaba, Harmsstr. 17 - Nürnberg 24.00 Uhr, zentraler Omnibusbahnhof - Göttingen 4.00 Uhr, Blauer Turm (Campus-Gelände) - Lübeck 9.00 Uhr, Wallhalbinsel 27 (Alternative)

Treffpunkt in Rostock-Lichtenhagen, Güstrower Straße (vor dem verwüsteten Flüchtlingsheim), S-Bahnhof Lichtenhagen

Bundesweites Informationstelefon: 030- 8314008, Fax: 030-8314536

Antirassistisches Aktionsbündnis

Staatlich geduldeter Pogrom

Wir, die Überlebenden und die Nachgeborenen des Holocaust haben die Pflicht, Mahner und Rufer zu sein

**Gegen Pogrome + Rassismus
Heute Paulskirche**

17⁰⁰

JUDISCHE ELTERNINITIATIVE GEGEN ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS FRANKFURT/M

Dieses Flugblatt wurde von uns als Bürgerflugi für die Demo in Rostock geschrieben. Wir fordern zur Nachahmung und/oder Kritik auf!

Die Zeit der Entschuldigungen ist vorbei!

Stoppt die Pogrome!

Hier in Rostock-Lichtenhagen haben in dieser Woche mehrere hundert Leute die "Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber"(ZAST) und das danebenliegende Wohnheim für vietnamesische VertragsarbeiterInnen angegriffen. Dabei wurde der Tod von Flüchtlingen und ImmigrantInnen zumindest in Kauf genommen, wenn nicht sogar gewollt. Die Angreifer waren zum Teil organisierte Faschisten, aus verschiedenen Städten angereist und angeleitet von ihren Führern wie Christian Worch aus Hamburg. Der andere Teil waren "Kinder dieser Stadt", wie stolze Eltern der Presse mitteilten. Darum herum standen tausende von "ordentlichen" BürgerInnen, die die rassistischen und faschistischen Angreifer bejubelten und unterstützten. Die Polizei wollte anscheinend nicht ernsthaft eingreifen, sondern setzte Teile ihrer Kräfte dafür ein, AntifaschistInnen festzunehmen, die die bedrohten BewohnerInnen der angegriffenen Häuser unterstützen wollten. Obwohl die Angriffe auf die ZAST angekündigt worden waren, wurden die Sicherheitskräfte angeblich davon überrascht, daß sie stattfanden. Die PolitikerInnen fast aller Parteien verurteilten zwar nach der Vertreibung der Flüchtlinge und ImmigrantInnen die Anwendung von Gewalt, äußerten aber ihr Verständnis für den "Ausbruch" der Gewalt angesichts des "unkontrollierten Zustroms" von Flüchtlingen. Das überrascht nicht, denn die herrschende Politik macht Flüchtlinge und ImmigrantInnen wider besseren Wissens seit Jahren zu den Sündenböcken für die Probleme dieser Gesellschaft. Das entschuldigt aber nicht die Täter und GafferInnen des Pogroms der letzten Woche.

ES DARF KEIN VERSTÄNDNIS UND KEINE ENTSCULDIGUNGEN FÜR RASSISTISCHE UND FASCHISTISCHE ANGRIFFE GEBEN!

Es gibt keine Legitimation dafür, Flüchtlinge und ImmigrantInnen von hier oder anderswo zu vertreiben. Diese Menschen haben ihre Heimat nicht freiwillig verlassen, sondern sind vor Krieg, Bürgerkrieg, politischer Verfolgung, Armut oder Not(großenteils von der Bundesrepublik mitverursacht!) geflohen. DAS IST IHR GUTES RECHT! Die Leute, die sich von den Flüchtlingen und ImmigrantInnen so gestört fühlen, weil diese ihnen angeblich die Wohnungen und Arbeitsplätze wegnehmen, haben allesamt ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen. WER DAFÜR SORGT, DAß FLÜCHTLINGE UND IMMIGRANTINNEN NICHT MEHR HIERHER KOMMEN DÜRFEN, SORGT AUCH DAFÜR, DAß SIE WOANDERS GETÖTET WERDEN ODER VERHUNGERN - was mit abgeschobenen Flüchtlingen passiert, wird nicht im Fernsehen gezeigt.

Was in Rostock-Lichtenhagen und früher bereits in Hoyerswerda, Mannheim-Schönau und anderen Orten in West- und Ostdeutschland geschehen ist, ist das Ergebnis von Rassismus, von dumpfem Haß gegen Unschuldige und von dem politischen Kalkül, die Betroffenen von sozialen und ökonomischen Problemen gegeneinander auszuspielen. Dabei weiß jeder Mensch, daß es im Grunde genommen kein Problem sein müßte, wenn in Lichtenhagen 300 Flüchtlinge leben. Das Problem wird geschaffen - nicht von den Flüchtlingen, sondern von den Behörden: Die Flüchtlinge werden von den Behörden gezwungen, in oder gar vor der "Zentralen Aufnahmestelle" zu leben und dort abzuwarten, welcher Aufenthaltsort ihnen zugewiesen wird. Es ist eine menschenunwürdige Situation, wie in Lichtenhagen vor verschlossenen Türen zu stehen, draußen campieren zu müssen, die Toiletten nicht benutzen

zu dürfen und in die Büsche scheißen zu müssen. Aber warum wurde den Opfern dieser Verhältnisse, den Flüchtlingen, nicht geholfen, erträglichere Lebensbedingungen zu schaffen? Statt dessen wurden sie angegriffen. Aber jeder Mensch weiß, daß keines der in den neuen Bundesländern existierenden sozialen und ökonomischen Probleme gelöst sein wird, wenn die hier lebenden Flüchtlinge und ImmigrantInnen vertrieben werden, weil sie für das Entstehen dieser Probleme nicht verantwortlich sind.

WER WIRKLICH ETWAS VERÄNDERN WILL, SOLLTE SICH IN GRUPPEN ORGANISIEREN UND GEGEN DIE MIßSTÄNDE UND DIE FÜR DIE MIßSTÄNDE VERANTWORTLICHEN VORGEHEN - AM BESTEN GEMEINSAM MIT FLÜCHTLINGEN UND IMMIGRANTINNEN!

Es hilft nichts, gegen Sündenböcke vorzugehen. Jede und jeder weiß, wer die Verantwortlichen für die sozialen Mißstände sind: die großen Unternehmen, die Treuhand, die Hausbesitzer, die PolitikerInnen. Es ist nicht einfach, sich erfolgreich zu wehren, aber es gibt viele Möglichkeiten, etwas für wirkliche Veränderungen zu tun:

- Gegen Wohnungsnot und zu hohe Mieten gab und gibt es Hausbesetzungen und Mietstreiks. Die Wohnungsnot kann nur durch die Enteignung der Hausbesitzer beseitigt werden.
- Gegen Betriebsstillegungen kann mensch versuchen, durch Selbstorganisation, Streik und Betriebsbesetzungen den Betrieb selbst in die Hand zu nehmen.
- Im Kapitalismus wird es immer viele Arbeitslose geben, ob nun viele ImmigrantInnen und Flüchtlinge unter uns leben oder nicht. Deshalb ist es nötig, gegen den Arbeitszwang und für bessere soziale Sicherung der Arbeitslosen zu kämpfen.

DIE ZEIT DER ENTSCHULDIGUNGEN IST VORBEI!

Die sozialen und ökonomischen Probleme der in Rostock-Lichtenhagen und anderswo lebenden Menschen rechtfertigen in keiner Weise, gegen Menschen, die "unerwünschten" Minderheiten angehören, vorzugehen. Wer Beifall klatscht, dabei steht oder auch nur wegschaut, macht sich mitschuldig an der Ausbreitung eines politischen Klimas, das von Rassismus, Gewalt und Dummheit bestimmt wird, und in dem Faschisten die Leitung von Pogromen in die Hand nehmen können. Sich darauf zu berufen, als ehemaliger DDR-Bürger oder ehemalige DDR-Bürgerin besonderen Problemen ausgesetzt zu sein, ist ebenfalls keine Entschuldigung dafür, rassistischen Pogromen auch nur zuzusehen.

JEDE UND JEDER MUß SICH ENTSCHEIDEN, AUF WELCHER SEITE SIE ODER ER STEHEN WILL - AUF DER DER FASCHISTEN, RASSISTEN, DER OFFIZIELLEN POLITIK UND DES BRUTALEN NATIONALISMUS, ODER AUF DER SEITE DERER, DIE SICH ZU MENSCHEN WIE MENSCHEN VERHALTEN. DAZWISCHEN GIBT ES NICHTS.

Stoppt die rassistischen Pogrome!

Schließt Euch zusammen gegen Rassismus und Faschismus!

Solidarität mit den Flüchtlingen!

Offene Grenzen und Bleiberecht für alle!

ANTIRASSISTISCHE GRUPPEN

Rostock: das Ergebnis großdeutscher Politik

Im Oktober 1991 hat die GDS [] ein Blatt mit dem Untertitel Pogrome veröffentlicht. Es wird auf folgende Mordaktionen der Faschisten hingewiesen: Nihat Yusufoglu, Alexander Selchow, Jorge Gomondai, Agostinho, ein 54-jähriger Sinto, Samuel Kofi Yeboah sowie auf zahlreiche Anschläge. Die Antifa-Zeitschrift aus Köln veröffentlichte eine Nachricht über einen Fascho-Angriff auf das Asylantenlager in Lampertheim-Ludwigsburg am 31.1.92, der den Tod einer dreiköpfigen Familie aus Sri Lanka zur Folge hatte. Der "Rote Morgen" Nr. 6 veröffentlichte auf Seite 6 die Nachricht über die Ermordung von Torsten Lambrecht am 10.5.92 in Magdeburg durch Faschos. Die "Antifaschistischen Nachrichten" aus Berlin berichteten über einen Angriff von 25 Faschos auf ein Asylantenheim, bei dem der Rumäne Dragomir C. ermordet wurde. Laut einer Statistik aus dem "Arbeiterkampf" Nr. 341 wurden bisher von Faschisten 325 Anschläge auf Asylantenheime, 187 Angriffe auf Personen und 1561 Aktionen mit Materialschaden begangen.

Diese verbrecherischen Aktionen sind zum Alltag in Großdeutschland geworden. Der Polizei-Apparat steht fast immer auf der Seite der Faschos. (Siehe die Demo in Halle und die FAP-Demo in Göttingen).

Polizeigewalt gegen linke antifaschistische Gruppen ist jedoch zum Alltag geworden, z.B. Hausdurchsuchungen in Göttingen, Hamburg, Bremen und Berlin, die Anklage gegen 14-17-jährige Antifaschisten, die das FAP-Zentrum in Mackenrode angriffen, die Verhaftung von 142 Demonstranten in Mannheim am 6.6.92 und viele andere Polizeiaktionen - und die Verurteilung Gerhard Bögeleins (69) zu lebenslang Gefängnis, der 1947 mutmaßlich einen Wehrrichter ermordet haben soll (dieser Richter hat zwischen 1943 und 1945 mehr als 120 AntifaschistInnen, KommunistInnen zum Tode verurteilt). Die faschistische Parole "die Gefahr steht auf der linken Seite" wird von der Staatsgewalt praktiziert. Die Morde an Asylanten wurden nicht von "normalen" Randalieren ausgeführt, wie von Polizei und Medien verbreitet wird, sondern es sind gezielte organisierte Verbrechen rechtsradikaler Parteien, die teilweise in den Länderparlamenten vertreten sind. Dazu gehören: Republikaner, DVU, FAP, NPD, ND, NL, JND und DL. Sie versuchen, durch die "GDNF"-Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front die NSDAP wieder aufzubauen. Es gibt mindestens 150 solcher Gruppierungen in der BRD. Der Film "Wahrheit macht frei" zeigt die internationalen Beziehungen zwischen diesen Gruppen, ihre militärische Ausbildung und ihre Aktivitäten im Europaparlament durch Harald Neubauer.

Diese Parteien sind auf Wahlebene aktiv. Sie haben in Baden-Württemberg 15% und in Schleswig-Holstein 10% der Stimmen gewonnen.

Die Industriellen spielen wie im 3.Reich ihre Rolle bei der Unterstützung, z.B. Peter Kistner, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Baden-Württemberg, der das Ergebnis der Wahl als "folgerichtige Quittung für eine verfehlte Politik in der Vergangenheit" begrüßte (aus Antifa-Nachrichten Köln, Nr. 9).

Auch die Siemens-Stiftung in München spielt eine wichtige Rolle. Ihr Leiter Heinrich Meier unterstützt rassistische und faschistische Propaganda wie die Schülerzeitung "im Brennpunkt" und hat Beziehungen zu NR und faschistischen Schriftstellern wie Harald Tomas, Bernd Kalina und Rudolf Enslin von der NL (R.R Nr. 6, März/April '92).

Starke Kräfte wie die rechten konservativen Parteien CDU, CSU, FDP, SPD u.v.a. stärken die faschistischen Parteien, indem sie Asylanten zum Wahlkampfthema machen. So ruft Glogowski zur Beschleunigung des Asylverfahrens auf, die CSU betrachtet Asylanten als Gefahr für deutsche Kinder, die CDU in Braunschweig propagiert, daß 95% der Asylbewerber

versuchen, durch Fälschung ihren Status zu erhalten. Sinti und Roma beantragen angeblich Asyl, um auf Wanderschaft bleiben zu können und Menschen aus Westafrika würden Asyl beantragen, um Drogenhandel zu führen (Antifa-Nachr. Nr. 8).

Der Umweltminister Bayerns, Peter Gauweiler, sieht in Asylbewerbern "Schädlinge für die Natur" (Pressespiegel Nr. 1, GDS).

Im Bereich der Geschichtsschreibung führt der britische Historiker Irving eine Kampagne zur Verleumdung von Auschwitz. Auch Dr. C. Thomas, Amtsrichter in Hildesheim, CDU-Mitglied und stellvertretender Vorsitzender im BdV, vertritt die Meinung, daß Polen keinesfalls überfallen wurde (R.R Nr. 8/90).

Wir brauchen keine Zweifel zu haben über versteckte Beziehungen zwischen faschistischen Parteien und den rechten, konservativen und reformistischen Parteien. So waren z.B. nach 1945 von 20 Richtern in Schleswig 19 im Nazi-Regime tätig (Antifa-Nachr. Nr. 1/92). Drei Nazis, die 1958 für die CSU kandidierten, waren Führer der SS. In den sechziger Jahren sind noch 800 Nazis als Richter und Staatsanwälte tätig. 200 Nazis im Außenministerium und 300 in leitenden Positionen bei der Polizei (Mario Krebs, Ulrike Meinhof, S. 51-53).

Die Industriellen F. Flick und A. Krupp, die durch das Nürnberger Gericht zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden, wurden vorzeitig entlassen (ebenda). Der Chef des BND von 1955-68, Reinhard Gehlen, war auch ein ehemaliger SS-Offizier (R.R Nr.10/91).

Auch die deutsche Außenpolitik ist deutlich im Interesse faschistischer Regimes und Militärdiktaturen aktiv, z.B. Unterstützung der Regimes im Irak, der Türkei, Südafrika, Kroatien, offener Anspruch auf eine Wolgarepublik und Oberschlesien.

Dazu kommt die starke Aktivität im "vereinten Europa". Es ist bekannt, daß faschistische Organisationen 1951 in Malmö die Konferenz der europäischen Nationen gegründet haben. Aus der BRD beteiligten sich Otto Strasser und Arthur Erhard, ehemalige SS-Führer und Spezialisten für den Partisanenkampf, aus GB das "Schwarze Hemd", aus Italien das movimento sozial italiano und aus Spanien Francos Falange. Ihr Ziel ist es, im vereinten Europa einen Weg "neben Kommunismus und Kapitalismus" zu finden (Antifa Nachr. Berlin, Nr. 18/92).

IN DIESEM ZUSAMMENHANG MUSS DIE DERZEITIGE ENTWICKLUNG IN GROSSDEUTSCHLAND GESEHEN WERDEN!!

ROSTOCK MUSS ALS GEFAHR DER POLITIK DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS VERSTANDEN WERDEN!!

WIR RUFEN ALLE ANTIFASCHISTINNEN UND KOMMUNISTINNEN AUF, DIESE GEFAHR ERNST ZU NEHMEN!!

ORGANISIERT DIE ANTIFASCHISTISCHE ROTE FRONT!

GREIFT DIE FASCHISTISCHEN schlägertruppe an!!

Antifaschisten aus dem Irak

Der politische und kulturelle Verein der IranerInnen
Kurdische Gemeinde, Darmstadt und Umgebung
26-8-92

FASCHISTENZENTRUM ABGEBRANNT -SCHLAGT DIE FASCHISTEN, WO IHR SIE TREFFT !

wir haben in der nacht zum 3.september den stützpunkt der neonazis in ahrensfelde mit mehreren litern benzin zerstört. dieser stützpunkt, genannt wurzel, wurde direkt vom berliner senat mit mehreren millionen dm aufgebaut und durch einen als jugendbetreuer arbeitenden olizisten abgesichert. trotzdem war es uns möglich, den faschisten diesen schweren schlag zu versetzen. obwohl die meterhohen stichflammen nicht die reichsfahne am mast erreichten, können wir erfreut feststellen, daß dieser faschistentreff zerstört ist. von dort können sie jetzt keine rassistischen straßenfeste mehr organisieren, bei denen sie in sa-uniform auftreten und dabei noch vom jugendsenator krüger und bausenator nagel beglückwünscht werden, jetzt fehlt ihnen erstmal die basis, von der aus sie andersaussehende und -denkende terrorisieren konnten.

wie die ereignisse in rostock, zeigt auch dieser treffpunkt die enge verknüpfung der staatlichen stellen mit den faschisten auf. doch trotz dieser engen verbindung von staat und neonazis, gilt es sich nicht demoralisieren zu lassen. gerade nach rostock ist es notwendig, das feuer, das in den flüchtlingsheimen brennt, in ihre treffpunkt zu tragen, sie anzugreifen und nicht zur ruhe kommen zu lassen. ihre zur zeit laufende offensive kann durch kontinuierliche angriffe gebrochen werden und kann durch koordinierte militärische aktionen in eine unserer offensiven umgeleitet werden. es hat keinen sinn mehr, nur dort hinzufahren, wo die faschisten gerade zuschlugen. laßt uns ihre strukturen aufdecken und zerstören, vorallem dort, wo sie gut organisiert sind, in brandenburg und berlin.

wenn wir diese faschistische offensive nicht stoppen können, dann werden weiterhin ausländer/innen für die menschenfeindliche politik der treuhand und der bonner parteien verantwortlich gemacht und umgebracht.

jede/r antifaschist/in muß sich heute entscheiden, konsequent gegen die faschisten vorzugehen, denn morgen schon kann es zu spät sein. wir rufen deshalb alle auf sich einzureihen, egal ob durch die beteiligung an konkreten aktionen oder durch die unterstützung der militanten. die form des antifaschistischen kampfes ist vielschichtig.

ORGANISIERT EUCH - LEISTET WIDERSTAND !!

DIE TREFFPUNKTE UND ZENTREN DER NEONAZIS ANGREIFEN !!

DIE HETZE GEGEN FLÜCHTLINGE UND AUSLÄNDER/INNEN STOPPEN - DIE DRÄHTZIEHER ENTLARVEN !!

FRIEDE DEN FLÜCHTLINGSHEIMEN - KRIEG DEN SCHULDIGEN FÜR WOHNUNGSNOT UND ARBEITSLOSIGKEIT
HINTER DEM FASCHISMUS STEHT DAS KAPITAL !!

FÜR DEN KUNNUNISMUS !!!!!

Rote Antifaschistische Fraktion

Keum erreichbare ihr!
in den Konzentrationslagern begraben
abgeschnitten von jedem menschlichen Wort
unterworfen den Mißhandlungen
niedergeknüppelt, aber
nicht widerlegte
Verschwundene, aber
nicht vergessene

(B. Brecht 1933)

Kein Vergeben, kein Vergessen, nicht den Tätern und nicht denen, die das Morden leugnen. Wir haben gestern Nacht das Haus von Ernst-Günther Kögel, Remscheid Bornslepen 8, besucht. Wir haben die Fassade mit Farbe verschönert und die Glaseingangstür zerstört.

Kögel ist kein Straßenfaschist, keiner von denen, die sich nachts aufmachen und Flüchtlingsheime angreifen. Er gehört zu den Ideologen des faschistischen Terrors. Kögel ist eine kleine, aber fette Spinne im verzweigten Nazinest. Er taucht überall da auf, wo die Verbrechen und die Kriegsschuld von Nazideutschland geleugnet werden. Er war Verbreiter einer Broschüre über das Leuchtergutachten, in dem pseudo wissenschaftlich bewiesen wird, das Vergasungen in Auschwitz technisch nicht möglich waren. Das OLG Düsseldorf verurteilte ihn dafür zu einer Geldstrafe von 12600 DM.) Er ist darüberhinaus Mitglied in zahllosen revanchistischen und faschistischen Grüppchen: u.a. ist er Vorsitzender der Vereinigung gesamtdeutsche Neutralität, Mitglied im ökofaschistischen "Weltbund zum Schutze des Lebens und arbeitet aktiv im Nazivordenkertreff der Heimvolksschule Vlotho, dem Collegium Humanum mit.

Gerade jetzt, wo aller Orten die "unschönen Vorgänge" der deutschen Geschichte "entsorgt werden, wird die Revisionisten-Kampagne der Faschisten immer wichtiger und fällt auf fruchtbaren Boden.

Mit der Aktion wollen wir dieses Nazischwein ans Licht der Öffentlichkeit zerren. Neben dem Angriff und Kampf auf der Straße gegen die Nazis, wird es immer wichtiger die Drahtzieher und Reisekader, die noch weitgehend ungestört ihre Geschäfte betreiben können, anzugreifen und ihnen die Ruhe zu nehmen.

Wir haben Kögel bewußt in dieser Nacht heimgesucht: Wir hoffen, daß der Berufsschullehrer als ordentlicher Deutscher den ganzen Tag mit dem Aufräumen seiner etwas verunstalteten Wohnung beschäftigt sein wird und die beschwerliche Reise nach WUNSIEDEL gar nicht erst antritt.

Wunsiedel ist zum Wallfahrtsort von Alt und Neunazis geworden, auch dieses Jahr werden Nazis aller Schattierungen zum Gedenkmarsch Rudolf Hess anreisen. Wir hoffen auf eine starke und entschlossene Demo. Grüße auch an die GenossInnen, die die Anfart der Nazis verlustreich gestalten wollen. Auf gutes Gelingen!!

Kein Vergeben, kein Vergessen! Zerschlagen wir das braune Netz!
Freiheit für den in HH verurteilten Antifaschisten Bögelzini!

ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE ARTHUR BECKER

(Becker war aktiver Remscheider Kommunist und fiel im spanischen Bürgerkrieg)

SOFORTIGE FREILASSUNG DER IN ROSTOCK INHAFTIERTEN ANTIFAS !!!

Am Samstag , dem 22.8.92 begann in Rostock das massivste rassistische Pogrom der deutschen Nachkriegsgeschichte. Obwohl schon Wochen vorher Informationen über die bevorstehenden Angriffe bei der "Ostseezeitung" vorlagen, mimten sowohl Politiker, als auch Polizeiführung die "Ahnungslosen". Sie rechtfertigten damit ihren Dilettantismus beim (Nicht-)Vorgehen gegen den rassistischen Mob. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß sich hinter der "Unfähigkeit" eine gehörige Portion Ignoranz und politischer Opportunismus gegenüber den elementarsten Rechten der Flüchtlinge verbirgt.

Politiker ,wie Seite und Kupfer bringen viel Verständnis für die aktiven Rassisten und applaudierenden Bürger auf und machen die angegriffenen Flüchtlinge zu den eigentlich Schuldigen. Das macht deutlich, daß das Pogrom von Rostock nur die drastische Konsequenz der herrschenden Politik ist, die auf den Punkt gebracht lautet: "Das Boot ist voll!"

Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht mehr, wenn die Polizei bei ihrer Jagd auf AntifaschistInnen wesentlich erfolgreicher ist als bei der Verhinderung von Nazi- und Rassistenterror. Bereits in der Nacht zu Montag wurden nach einer friedlichen Kundgebung ca. 60 Antifas von einem Mobilen Einsatzkommando aus Hamburg festgenommen. Ohne Angabe von Gründen wurden sie bis zu 18 Stunden festgehalten, ein Teil von ihnen zusammen mit festgenommenen Faschisten. Ein Antifa soll von Nazis in der Haft zusammengeschlagen worden sein, andere wurden von Polizisten als "linke Zecken "beschimpft. Der andere Teil der Festgenommenen mußte die Nacht stehend, mit Handschellen gefesselt, auf dem Hof verbringen. Auch in den folgenden Nächten versuchte die Polizei ihre Festnahmebilanz durch Verhaftungen von Antifas aufzubessern. In den Medien wurde der antifaschistische Protest größtenteils verschwiegen, sodaß man annehmen mußte, daß es sich bei den Festgenommenen um Rechte handelt. Während etliche der rechten Brandstifter aus "Mangel an Beweisen" nach kurzer Zeit freigelassen wurden, wird gegen die AntifaschistInnen wegen schweren Landfriedensbruch ermittelt. Trotz dürrigster Beweislage sind gegen einige Haftbefehle erlassen worden.

Diese Praxis ist uns nur zu gut bekannt. Bei der Verfolgung und Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand ist die deutsche Justiz traditionell besonders eifrig. Es ist ungeheuerlich, die wenigen Menschen, die vor Ort waren, um sich mit den angegriffenen Flüchtlingen zu solidarisieren, in den Knast zu stecken. Doch auch zunehmende Kriminalisierung wird uns nicht davon abhalten praktische Solidarität mit den Flüchtlingen und ausländischen Menschen zu üben und uns rassistischem Terror entschieden entgegenzustellen.

-Sofortige Freilassung aller inhaftierten AntifaschistInnen !!!

-Keine Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand !!!

-Stoppt die Pogrome !!!

- Bleiberecht für Alle !!!

Anhang

Kommunistische Stellungnahmen aus Westdeutschland:

Aus der Programmatischen Resolution der 1. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung":

- ★ **Prüfsteine des Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus innerhalb Westdeutschlands**

Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus:

- ★ **Dahinter steckt System!**

Neonazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der "Abschreckung" verkünden:

- ★ **Pogrome!**

Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus:

- ★ **Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!**

*(Aus Publikationen von "Gegen die Strömung",
Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands)*

Prüfsteine des Kampfes gegen den deutschen Chauvinismus innerhalb Westdeutschlands

"Marx hatte die Gewohnheit, seinen Bekannten unter den Sozialisten, wie er sich ausdrückte, 'auf den Zahn zu fühlen', sie auf ihre Zielklarheit und Überzeugungstreue zu prüfen. (...)

Marx fragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückernation angehört, über seine Stellung zu der unterdrückten Nation aus und legt sofort den Fehler bloß, der den Sozialisten der herrschenden Nation (der englischen und der russischen) gemeinsam ist: das Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, das Wiederkäuen von Vorurteilen, übernommen von der 'Großmacht'-Bourgeoisie."

(Lenin, "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1914, Werke Band 20, S. 440)

"Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten" gegenüber den vom "eigenen" Imperialismus unterjochten und verfolgten Völkern und Minderheiten, "Wiederkäuen der von der Großmacht-Bourgeoisie übernommenen Vorurteile" - davor warnte Marx zu Recht.

Vom westdeutschen Imperialismus werden die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem aufgehetzt gegen alle angeblich oder wirklich "nicht-deutschen" Teile der Bevölkerung.

Um die Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern, um von den wahren Schuldigen der sicht- und spürbaren Pest- und Eiterbeulen dieses kapitalistischen Systems abzulenken, werden Ideologien wie Chauvinismus und Rassismus gebraucht.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß diese deutsch-chauvinistischen, rassistisch gefärbten oder offen rassistischen Kampagnen - mal vorrangig gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, mal vorrangig gegen Sinti und Roma, dann wieder mehr gegen die politisch Verfolgten und Asylsuchenden, ein anderes Mal vor allem gegen die jüdische Bevölkerung, dann aber wieder verstärkt gegen arbeitssuchende Polen und Polen usw., die in widerlichster Weise beschimpft und diskriminiert werden - ein Grundzug der "Innenpolitik" des westdeutschen Imperialismus sind.

Der westdeutsche Imperialismus benutzt den Chauvinismus und Rassismus zur Einschüchterung und direkten Bedrohung der Angehörigen dieser Gruppen. Er versucht, mit dieser Hetze breite Teile der westdeutschen Bevölkerung an sich zu binden.

Ohne Rassismus und Chauvinismus in die Köpfe der werktätigen Massen zu pflanzen, kann kein imperialistischer Krieg geführt werden. Und ohne Rassismus und Chauvinismus in die Köpfe der Bevölkerung zu pflanzen, kann auch die Herrschaft des Imperialismus im Innern nicht aufrechterhalten werden.

Der Kampf gegen alle Erscheinungen der deutschen "Herrenmenschen"-Ideologie, gegen jegliche Diskriminierung, die unbedingte Solidarität mit den Arbeitern und Arbeiterinnen aus anderen Ländern hier in Westdeutschland, mit den vom Imperialismus politisch Verfolgten, mit der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma ist daher eine Grundvoraussetzung einer wirklich gegen den westdeutschen Imperialismus gerichteten revolutionären Arbeiterbewegung.

Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern in Westdeutschland

Der Kapitalismus ist international. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen, auf dem "Arbeitsmarkt" als Ware anbieten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen gerade aus den vom Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Ländern suchen dort Arbeit, wo sie scheinbar oder wirklich am besten bezahlt wird. Hunger und extrem elende Lebensbedingungen in vielen Ländern sind wesentliche Gründe, außerhalb des eigenen Landes ihren einzigen Besitz, die Arbeitskraft, auf dem Markt in anderen Ländern anzubieten und zu verkaufen.

Der westdeutsche Imperialismus hat in diesen Prozeß der "modernen Völkerwanderung" schon immer so oder so eingegriffen, ihn in die Bahnen seiner ideologischen, politischen und ökonomischen Interessen zu lenken gesucht.

Mal wirbt der westdeutsche Imperialismus offen Arbeitskräfte aus anderen Ländern an (in den 60er Jahren aus der Türkei, Spanien, Jugoslawien, Italien usw.), spielt Arbeitssuchende aus der einen Region gegen jene aus einer anderen aus. Mal propagiert er, daß "das Boot voll" sei, um Pogromstimmungen zu erzeugen, dann wieder verkündet er lauthals die Notwendigkeit eines erneuten Zustroms von neuen Arbeitskräften (aus der DDR, Polen usw.).

Die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter müssen von vornherein, ohne wenn und aber, jegliche Hetze gegen die durch den Kapitalismus zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungenen Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Ländern bekämpfen. Jegliche "Sondergesetze" (wie das "Ausländergesetz"), "Zuzugsregelungen" usw. dienen dem westdeutschen Imperialismus in seinem Bestreben der deutsch-chauvinistischen Verseuchung der westdeutschen Arbeiterklasse. Jede fortschrittliche Arbeiterbewegung muß unbedingt für die **gleichen Rechte** aller in Westdeutschland lebenden Arbeiterinnen und Arbeiter eintreten.

Der westdeutsche Imperialismus, der deutsche Imperialismus kann auf eine lange Tradition der Ausbeutung und Unterdrückung ausländischer Arbeiter, "Fremdarbeiter", "Ostarbeiter" usw. zurückgreifen, hat sein Handwerk unter dem Motto: "Teile und Herrsche" gründlich gelernt. Diese Tradition fand in der Nazi-Zeit ihren blutigen, mörderischen Höhepunkt.

Im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus hier müssen sich die westdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mit denen aus anderen Ländern, die hier arbeiten und leben, zusammenschließen. Egal ob sie nun vor Jahrzehnten aus der Türkei und Spanien "angeworben" wurden oder ob sie angesichts der katastrophalen Krise der revisionistischen Länder nun aus Polen oder auch der DDR hierher kommen, um in Westdeutschland ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Über die Perspektive der gemeinsamen Tageskämpfe hinaus ist die grundlegende Perspektive die der Revolution - hier in Westdeutschland wie auch in den Heimatländern der ausländischen Arbeiter.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei, aus Polen usw. hier in Westdeutschland sind nicht nur Teil der internationalen Arbeiterklasse, sondern auch Teil der Arbeiterklasse ihrer Heimatländer, deren Kampf für die siegreiche Revolution gerade auch von der westdeutschen Arbeiterklasse konkret unterstützt werden muß.

Politisches Asylrecht für die von Imperialismus und Reaktion Verfolgten!

Der westdeutsche Imperialismus war und ist seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 zum staatlichen Unterschlupf für Nazi-Verbrecher auch aus anderen Ländern geworden, die von ihren Völkern zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Heute versuchen die Folter-Offiziere aus Chile, Faschisten aus den Philippinen, Diktatoren, die von ihren Völkern gestürzt wurden, in Westdeutschland unter Berufung auf das "Asylrecht" Unterschlupf zu bekommen.

Schon vor 200 Jahren beschloß die bürgerliche Französische Revolution, das Asylrecht bewußt einzuführen, nämlich für die von den Tyrannen Verfolgten und nicht für die Tyrannen und ihre Henkersknechte.

Das gerade trifft einen Kernpunkt: Die westdeutschen Imperialisten

wollen das Asylrecht noch mehr einschränken für die wirklich vom Imperialismus und von jeglicher Reaktion Verfolgten und wollen es ausweiten für die Faschisten und Reaktionäre aller Länder.

Die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland dagegen kämpfen für das Asylrecht der vom Imperialismus und den Reaktionären Verfolgten. Viele von ihnen können für die westdeutschen Revolutionäre Vorbild sein, von vielen können die Arbeiterinnen und Arbeiter als Revolutionäre und Kämpfer lernen.

Solidarität, wärmste Sympathie, wirkliche Unterstützung - das ist es, was die westdeutsche Arbeiterbewegung für diese vom Imperialismus verfolgten "Verdammten dieser Erde" erlernen und hervorbringen muß. Darüberhinaus muß sie Haß, Kampf auf Leben und Tod gegenüber dem westdeutschen Imperialismus entfalten, der mit einer widerwärtigen Kampagne gegen "Scheinasylanten" etc. zu Felde zieht.

Den Antisemitismus bekämpfen!

Der Antisemitismus war die Ideologie, die in der Praxis der Nazi-Diktatur zum Völkermord an 6 Millionen Juden beigetragen hat, zur industriell und staatlich durchorganisierten Massenerschöpfung der von den Nazis als "Juden" bezeichneten Menschen, vom Säugling bis zum Greis.

Der Antisemitismus in Deutschland hat eine viele Jahrhunderte alte Tradition, ist tief als negatives Erbe in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt und reicht bis in die Reihen der Arbeiterbewegung. Er wurde keinesfalls erst durch die Nazi-Faschisten erfunden, er existierte auch in Westdeutschland von Anbeginn an und existiert heute in vielerlei Formen und Abstufungen. Nach der Ehrung der SS in Bitburg und der antisemitischen Aufführung des Faßbinder-Stücks "Der Müll, die Stadt und der Tod" tritt er wieder ungeniert an die Öffentlichkeit, wird wieder salonfähig und erstarkt.

Der Antisemitismus ist eine der extremsten Formen des Chauvinismus und Rassismus, die unmittelbar die jüdische Bevölkerung in Westdeutschland bedroht, die Gefahr von Pogromen in sich birgt. Gleichzeitig wurde und wird er von der herrschenden Klasse und heute vom westdeutschen Imperialismus genutzt, um als "Blitzableiter" zu dienen, also einen "Sündenbock" zu konstruieren, um von den Verbrechen der herrschenden Klasse, bzw. des westdeutschen Imperialismus abzulenken.

Daher müssen die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland den verschärften Kampf gegen den Antisemitismus in all seinen Formen führen und die jüdische Bevölkerung in Westdeutschland in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Verfolgung solidarisch unterstützen und die Geschichte ihres Kampfes propagieren.

Dabei gilt es gerade auch innerhalb der Arbeiterbewegung, keinerlei Zugeständnisse an Auffassungen zu machen, wie: der Antisemitismus habe angeblich "antikapitalistische Elemente" etc. **In der Tradition von Marx und Engels muß dem Antisemitismus als einer durch und durch reaktionären Erscheinung der Ausbeuterordnungen unbarmherzig und vollständig der Krieg erklärt werden.**

Dabei müssen auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, ihr Kampf zur Verteidigung der jüdischen Bevölkerung gegen die Angriffe der Antisemiten zur Zeit von Marx und Engels, sowie die oft in der Hölle der KZs geführten Anstrengungen der Genossinnen und Genossen der KPD zum Schutz und zur Verteidigung der vom Antisemitismus direkt Betroffenen propagiert werden.

Aber es müssen auch die Unterlassungen und Fehler der KPD und ihrer Kader auf theoretischem, propagandistischem und direkt praktischem Gebiet erkannt und aufgedeckt werden, um bewußt aus diesen Kämpfen wirklich für heute lernen zu können.

Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!

Der Völkermord der deutschen Imperialisten in der Nazi-Zeit hat 500.000 Sinti und Roma vernichtet.

Bereits vor der Nazi-Diktatur hatten Diskriminierung, Hetze, Pogrome, polizeiliche Erfassung eine jahrhundertealte Tradition. Auch nach dem 8. Mai 1945 wurden ungebrochen weiterhin Rassismus, Diskriminierung und Hetze durch die Massenmedien in aller Öffentlichkeit betrieben, sind staatliche Erfassung, Schikane und Verfolgung weiter an der Tagesordnung. Die unmittelbar für die Erfassung, Verschleppung und Ermordung der Sinti und Roma verantwortlichen Nazis wurden in Westdeutschland bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht gerichtlich belangt, befanden und befinden sich auf freiem Fuß.

Das an den Überlebenden des Völkermordes systematisch begangene Unrecht auf materiellem Gebiet wird von den Behörden des westdeutschen Imperialismus als angeblich "rechtmäßig" erklärt. Sämtliche berechtigten Forderungen der Sinti und Roma auf materielle Entschädigungsleistungen wurden fast vollständig abgelehnt.

Die berechtigten Forderungen der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma in Westdeutschland nach völliger Gleichberechtigung - bei selbstverständlicher Wahrung ihrer Identität als deutsche Sinti und Roma, die seit über 500 bzw. fast 100 Jahren in Deutschland leben und arbeiten - werden nach wie vor nicht erfüllt.

Jene Roma, die angesichts der Verfolgungen in der Pogromatmosphäre der revisionistischen Länder Osteuropas nach Westdeutschland geflohen sind, werden hier in Westdeutschland beschimpft, verfolgt und sind von Abschiebung bedroht. Ihr Recht auf Entschädigung angesichts der Nazi-Verbrechen, ihr Recht auf Bleibe, ihr Recht auf Asyl wird ihnen vorenthalten.

Die Hetze der Massenmedien setzt sich innerhalb der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und werktätigen Bevölkerung fest und die reaktionären Maßnahmen des Staates der westdeutschen Imperialisten breiten sich aus.

Die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland müssen daher nicht nur in ihren eigenen Reihen Gefühle der Solidarität wecken und festigen - anknüpfend an dem gemeinsamen Kampf der Genossinnen und Genossen der KPD mit den Sinti und Roma in den Konzentrationslagern der Nazis (ohne dabei zu vergessen, auch kritisch das Verhalten der revolutionären KPD gegenüber den Sinti und Roma zu überprüfen).

Sie müssen auch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Kampf der Sinti und Roma gegen den Staat des westdeutschen Imperialismus unterstützen.

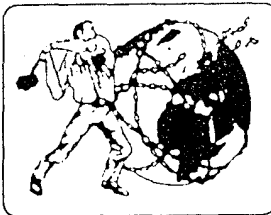
Dabei gilt es, in der Arbeiterklasse und den anderen ausgebeuteten Schichten sämtlichen Vorurteilen gegen Sinti und Roma entschieden entgegenzutreten.

"Gegen die Strömung" stellt sich diese Aufgaben im Bewußtsein der Lehre von Marx, daß die Vorbereitung der sozialistischen Revolution und ihre siegreiche Durchführung ein hohes, gegen den deutschen Chauvinismus gerichtetes Klassenbewußtsein der Mehrheit der Arbeiterklasse voraussetzt. Gerade heute ist das Verhältnis zu den gehetzten und verfolgten Minderheiten der Sinti und Roma ein **Prüfstein** für die Ehrlichkeit und das kommunistische Bewußtsein eines jeden Mitgliedes der Kommunistischen Partei.

(Aus: "Gegen die Strömung", Nr. 48, Februar 1990)

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

9/92

September 1992

Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus:

DAHINTER STECKT SYSTEM!

Im Machtbereich des west/deutschen Imperialismus reißen nächtliche Überfälle durch organisierte neonazistische Totschläger und Mörder auf Flüchtlingsunterkünfte und auf Unterkünfte von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern nicht ab. Tagtäglich kommt es zu mörderischen Bränden - und das keinesfalls nur auf dem Gebiet der Ex-DDR, sondern auch in Westdeutschland. Dennoch, die Ereignisse in Rostock oder jetzt in Quedlinburg hatten in mehrfacher Hinsicht eine besondere Ausprägung: Deutlicher als je zuvor zeigte die Polizei des west/deutschen Imperialismus, daß sie die Geschäfte der neonazistischen Verbrecher betreibt. Aber deutlicher als bei den nächtlichen Brandanschlägen kleiner Gruppen von Neonazis wurde hier auch, daß Hunderte, ja Tausende von nicht organisierten, aber neonazistisch verhetzten Menschen dem mörderischen Tun der Neonazis Beifall klatschte. Soll man "Verständnis" dafür haben, weil es sich doch um angeblich "normale Bürger" handelt?

Kein "Verständnis" und keinerlei Zugeständnisse an Biedermänner und Brandstifter!

Es ist wirklich nötig, sich die Ereignisse der letzten Wochen, insbesondere die Ereignisse von Rostock ungeschminkt und mit allen Konsequenzen vor Augen zu führen: Während in vielen Städten Westdeutschlands und der Ex-DDR nächtliche Anschläge oder Überfälle auf Flüchtlingsheime von einigen Dutzend Tätern bereits auf der Tagesordnung standen - eine Entwicklung die beständig an Umfang und Brutalität zugenommen hat - ergab sich in Rostock schon ein anderes Bild: Mehrere Tage lang bombardierten neonazistische Brandstifter und Totschläger unter dem Jubel und Beifall mehrerer Tausend Anwohner eines Vororts von Rostock ein Flücht-

lingsheim mit Steinen und Brandsätzen. Die Polizei, die stets mit Tausenden von Spezial-Polizisten zur Stelle ist, wenn es gegen antinazistische Kräfte geht, zog sich einfach zurück und überließ dem Nazi-Pack das Feld. Von einer direkten Absprache zwischen Polizeiführung und den führenden Neonazis sprachen nicht nur die Antifaschisten und Revolutionäre, sondern sogar auch viele gutbürgerliche Journalisten, die teilweise fassungslos vor dem zum Schluß brennenden Flüchtlingsheim standen.

Die Politiker becciten sich, dem - zum großen Teil von ihnen selbst mitinitiierten - Druck des neonazistischen Gesindels schon nach wenigen Tagen nachzugeben und die Flüchtlinge zu evakuieren. Das Leben von über 100 vietnamesischen Arbeitern jedoch, die noch zurückgeblieben waren, wurde unmittelbar durch das von den Neonazis gelegte Feuer im Flüchtlingsheim bedroht.

Sie entkamen dem Flammentod nur durch einen Zufall: Westdeutsche Journalisten waren mit ihnen eingeschlossen, diese konnten über Funk auf ihre Lage aufmerksam machen. Ein Entkommen wurde erst in letzter Minute möglich.

Während dieser Pogromnächte in Rostock und danach setzte die dreckige Flut des "Verständnisjournalismus" ein: Nicht nur die Politiker aller Bonner Parteien erklärten ihr "Verständnis" für die Rostocker "Bevölkerung" (es gehört zu den traurigen Wahrheiten, die nicht verschwiegen werden dürfen, daß es während der Pogrome lediglich zu einer Gegendemonstration von 200 bis 300 Teilnehmern in einem anderen Stadtteil von Rostock kam), es wimmelte geradezu von sogenannten "Hintergrundanalysen", wieso alles angeblich so kommen mußte wie es gekommen war, und daß "eigentlich" die braven, Beifall klatschenden Bürger keine Schuld träfe, sondern die Schuld bei den Flüchtlingen selber läge:

Die Gegenwehr gegen die Neonazis organisieren!

Spätestens angesichts der pogromartigen Ausschreitungen der letzten Wochen dürfte jedem fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland deutlich geworden sein, daß die west/deutsche Polizei, der west/deutsche Staatsapparat nicht nur die Aktionen der Neonazis "duldet", mal "beide Augen zudrückt", sondern daß es sich um geplante, aufeinander abgestimmte, sich gegenseitig unterstützende Aktionen handelt: Marschieren die Neonazis auf, um Menschen anderer Hautfarbe, anderer Nationalität zu jagen, zu mißhandeln, zu morden - dann sind die "Ordnungskräfte" schwach, schlecht ausgerüstet, mangelhaft informiert oder haben schlichtweg eine "Wachablösung". Doch wehe, es regt sich Widerstand! Treten Demokraten, fortschrittliche oder revolutionäre Kräfte auf den Plan, um die Flüchtlinge zu schützen, um Brandanschläge und Pogrome zu verhindern, um Solidarität mit den Gejagten zu demonstrieren - dann, ja dann wird das komplette Arsenal des Polizeistaats aufgeföhren: Großräumige Absperzung ganzer Landstriche, Leibesvisitationen, Beschlagnahmen, "Sicherheitsverwahrungen" und Festnahmen und schließlich energisches, d.h. brutales Einschreiten, um die Neonazis vor empörten Gegendemonstranten zu schützen.

In diesen Tagen wird überdeutlich, daß die Illusion, sich im Kampf gegen die Neonazis auf die Polizei und andere Staatsorgane des west/deutschen Imperialismus stützen zu können, nicht nur theoretisch falsch, sondern in der Praxis verhängnisvoll ist.

Um wirksam gegen die Neonazis vorgehen zu können, gilt es, die Selbsthilfe zu organisieren! Die Gruppen, die in den letzten Tagen und Nächten die Asylbewerberheime geschützt haben, geben uns ein Beispiel. Oft sind sie gut organisiert, können über Funk oder Telefonketten in kurzer Zeit Verstärkung herbeiföhren. Auch für militante Auseinandersetzungen sind viele von ihnen gut gerüstet: Schutzhelme, feste Kleidung und Gegenstände, Zaunlatten, Feuerlöscher gegen die Brandstifter, Signalgeräte und was es sonst noch an Gegenständen des alltäglichen Bedarfs gibt, gehören vielfach schon zur Ausrüstung der Antifaschisten.

Auch die Flüchtlinge selbst haben schon an einigen Orten gezeigt, daß sie sich nicht wehrlos ihrem "Schicksal" hingeben. Gar nicht so selten bringen sie schließlich Erfahrungen mit, die sie bei ihrer Verfolgung in ihren Heimatländern gesammelt haben. Dort konnten sie ihr Leben manchmal nur noch durch Waffengewalt retten. Und sie werden diese Erfahrungen sicherlich schöpferisch auf die hiesigen Verhältnisse im Kampf gegen die Nazi-Banden anzuwenden wissen! Dazu brauchen sie unsere Unterstützung, durch Unterstützung der Aktionen der Antifaschisten vor Ort, durch Spenden und durch Versorgung mit dem dafür Notwendigsten...



Ihre bloße Existenz, Ihre "große Zahl" und zudem noch ihr "undeutsches Verhalten" sei Schuld.

Die sogenannten "unhaltbaren Zustände" wurden genau beschrieben, jedoch nicht als Anklage gegen die menschenverachtende Politik des west/deutschen Imperialismus gegenüber den asylsuchenden Flüchtlingen. Nein, den Flüchtlingen selbst wurde die Verantwortung für die katastrophalen Zustände ihrer Unterbringung in die Schuhe geschoben!

Es werden in der Tat unzumutbare Zustände geschaffen: Unzumutbar nämlich für die Flüchtlinge.



Die Hetze gegen die Roma bekämpfen!

Zu den widerlichsten Erscheinungen der letzten Monate gehört die systematische Hetze gegen die Roma aus Rumänien. Angefangen von der "Deutschen Nationalzeitung" über die "Bild-Zeitung" bis hin zur "Frankfurter Rundschau" - vom Fernsehen ganz zu schweigen - wird unisono alles aus dem Arsenal an Vorurteilen und Lügen vom Stapel gelassen, was aus der Zeit der Nazis (und auch schon vorher) fein säuberlich konserviert wurde: "Vorsicht, die Zigeuner kommen!" tönt es da, bis hin zum Bedauern des "Fehlers, daß Hitler die Zigeuner nicht vollständig vergast hat", und ähnliche Haßtiraden mehr.

Daß diese dreckigen Nazi-Sprüche gegen die Roma aus Rumänien, gegen alle Sinti und Roma in Westdeutschland und in der Ex-DDR, in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung verbreitet sind, zeigt, wie lebendig dieser tiefst inhumane, menschenverachtende Nazi-Geist ist, läßt errahnen, wozu nazistisch verseuchte Menschen fähig sind.

Gerade den Roma aus Rumänien, allen Sinti und Roma gilt unsere besondere Solidarität!

Kampf dem deutschen Chauvinismus und Rassismus!

Um es zu konkretisieren: In Rostock wurden die Roma aus Rumänien ganz bewußt in einer so großen Zahl dem Flüchtlingsheim zugewiesen, daß sie wegen Überfüllung vor dem Haus übernachten und "wohnen" mußten. Während sonst bei jedem x-beliebigen Straßenfest sofort Dutzende von WC's bereitstehen müssen, wurden hier den Flüchtlingen jegliche sanitären Anlagen vorenthalten.

Wenn dann einmal in einem Vorgarten die Müitze eines Gartenzwerges mit den unvermeidbaren Konsequenzen aus der Tatsache konfrontiert wurde, daß Menschen, die essen und trinken, eigentlich auch sanitäre Anlagen benötigen, dann wurde dies genutzt, um gegen die Asylbewerber - und nicht gegen die eigentlichen Verursacher dieser unzumutbaren Zustände - vorzugehen.

Der springende Punkt - und das sei allen gesagt, die "Verständnis" für die geifernden Biedermänner bekunden - ist doch der:

Die Zustände für die Flüchtlinge sind wirklich unhaltbar, inhuman und unzumutbar. Es wäre eigentlich die Aufgabe der Anwohner gewesen, die dieses Elend aus nächster Nähe sahen, gemeinsam mit den Flüchtlingen dagegen zu protestieren und zu demonstrieren, also solidarisch zu handeln!

Wenn sie das nicht tun, ja wenn sie gegen die Flüchtlinge vorgehen, die Angriffe der Nazis unterstützen, dann kann und darf es dafür nicht das geringste Verständnis geben.

Verstehen dagegen - und das ist ein himmelweiter Unterschied zu den "Verständnis-Schreibern" muß man den ganzen Mechanismus, der da abläuft schon: wie die Sache aufgezogen wird, wie sie funktioniert und wer eigentlich dahintersteckt.

Ohne die Neonazis und ihre aktiven Helfer zu schonen - vor allem die Politik des west/deutschen Imperialismus bekämpfen! Die braune Pest geht von diesem Staat aus!

Nazis werden nicht als Nazis geboren, sie werden zu Nazis gemacht. Dabei ist es sehr wichtig für unsere Arbeit zu verstehen, daß die Zunahme nazistischer Aktivitäten keinesfalls einfach auf das Konto der gut organisierten und finanziell gut ausgestatteten bestehenden nazistischen Organisationen geht.

Jugendliche, die sich neonazistischen Organisationen zuwenden, wachsen in einer Atmosphäre des Nationalismus und Rassismus auf, die eben den Boden für offene nazistische Organisationen und Ideologien bereitet.

Die Politik der "Abschreckung" durch Konzentration der Flüchtlinge in Sammellagern durch die Bonner Parteien wird ja im Grunde durch die Überfälle der Nazis nur wirkungsvoll verstärkt. Der völlige Einheitschor der Presseorgane des west/deutschen Imperialismus mit der

Hetze gegen Flüchtlinge und der ständigen Forderung an die Politiker, "härter durchzugreifen", tut das Seine. Auch wenn einige Bonner Politiker so tun, als ob sie die Geister, die sie riefen, nun nicht mehr los werden würden: In Wahrheit sind die Angriffe auf Flüchtlingsheime unter dem Beifall der Bevölkerung - teilweise wie in Rostock in offener Absprache mit der jeweils zuständigen Polizeiführung - direkter Bestandteil eines Konzepts des west/deutschen Imperialismus. Des Konzepts nämlich, die eigene Bevölkerung nationalistisch und rassistisch zu verhetzen, um abzulenken von der sich zuspitzenden internationalen und "deutschen" Krise, abzulenken von der Zunahme der Arbeitslosigkeit, der ständigen Erhöhung der Lebenshaltungskosten, von verschärfter Arbeitshetze und so weiter und so fort.

Sie wollen uns glauben machen: Der Schuldige sei nicht das Kapital, seine Politiker, der west/deutsche Imperialismus, die Schuldigen sollen angeblich die Armen der Armen, die auf der Flucht befindlichen "Verdammt dieser Erde", Familien mit Kleinkindern und Greisen sein, die alle nicht aus Jux und Dollerei ihre Herkunftsländer verlassen haben, sondern aus Angst vor politischer Verfolgung, aus Angst um die Zukunft, wegen Elend und Hunger.

Eine notwendige Bemerkung

Rostock liegt nicht in Westdeutschland. Es ist richtig, daß alle wirklich gegen die nazifaschistischen Organisationen ankämpfenden Gruppen und Personen auch aus Westdeutschland in die Ex-DDR gefahren und aktive Solidarität geleistet haben.

Allerdings enthält diese Art von Solidarität das Problem, daß die sich als antinazistisch verstehenden aktiven Kräfte aus Westdeutschland voll und ganz begreifen müssen, daß es in erster Linie in der Hand der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in der Ex-DDR liegen muß und liegen wird, führend den Kampf gegen den Nazi-Terror in ihrem Arbeitsgebiet durchzuführen. Nur auf dieser Basis schließt sich gegenseitige Unterstützung nicht aus und führt nicht zu "besserwesserischen" Führungsansprüchen westdeutscher sogenannter "Linker" im Gefolge des west/deutschen Imperialismus bei seiner Politik der immer vollständigeren Einverleibung der Ex-DDR.

Kapitalismus und Nazis

"Kapitalismus führt zum Faschismus, daher muß der Kapitalismus weg!" - "Wer vom Faschismus spricht, darf über den Kapitalismus nicht schweigen!" - Solche und ähnliche grundlegenden Aussagen, die in der fortschrittlich orientierten Arbeiterbewegung und Jugendbewegung der letzten Jahrzehnte mehr oder minder allgemein anerkannt waren, sind heute kaum noch verbreitet. Ganz zu schweigen davon, daß sie gar erklärt und umfassend begründet würden.

Daß in der Geschichte jedes kapitalistisch-imperialistischen Staates dann, wenn es galt, die Massen der Werktätigen für einen Raubkrieg aufzuhetzen, wenn es galt, die fortschrittlich-revolutionären Kräfte zu zerschlagen, als Alternative zum parlamentarischen System die faschistische Diktatur bereit stand, ist eine unbestreitbare Tatsache. Die Ideologie des Kapitalismus, daß sich - wie im Tierreich - der Stärkere durchsetzt, daß das an oberster Stelle stehende Gesetz des Maximalprofits in zugespitzten Situationen durch die offen terroristische Diktatur, durch massive Gewaltanwendung, durch Krieg und Vernichtung anderer Völker durchgesetzt wird, hat sich am deutlichsten am barbarischsten aller faschistischen Systeme, an der Diktatur des deutschen Nazi-Faschismus gezeigt.

Heute ist der entscheidende Grund für das Heranzüchten der nazistischen Kräfte nicht eine kraftvoll wachsende kommunistische Arbeiterbewegung. Dennoch gilt-trotz aller Problematik historischer Parallelen, die die konkrete Analyse nur unterstützen, nie aber ersetzen

können -, daß es eine vordringliche Aufgabe der kommunistischen Kräfte ist, den inneren Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus aufzuzeigen. Sie müssen den Zusammenhang zwischen einem in der Krise befindlichen kapitalistischen, imperialistischen System, einem imperialistischen Staat und dem Anwachsen der nazistischen Kräfte, ja der Möglichkeit einer Ersetzung des bürgerlich-parlamentarischen Betrugssystems durch ein nazifaschistisches System erklären, um alle antinazistischen Kräfte auf lange Sicht für die Perspektive der Zerschlagung dieses ganzen imperialistisch-kapitalistischen Systems zu gewinnen!

Den aktiven Kampf gegen Nazi-Verbrecher forcieren! Mit aller Kraft eine starke Kommunistische Partei aufbauen

Solidarität mit den vom Nazi-Terror betroffenen Asylbewerbern, mit allen vom Nazi-Terror Betroffenen erfordert selbstverständlich, sich so direkt, so energisch und so wirkungsvoll wie möglich den Nazi-Mörderbanden entgegenzustellen.

Wenn selbst gegen diese offensichtlichste und für jeden sichtbare Form des Terrors kein Widerstand organisiert wird, ist an jede weitergehende Form des Widerstandes gegen reaktionäre Politik überhaupt gar nicht zu denken.

Denn so sehr die Pogrome der Neonazis im Moment im Vordergrund stehen, so ist dennoch die hauptsächliche Form des Terrors gegen die Asylbewerber nach wie vor der staatliche Terror. Daher wäre es völlig falsch, sich beim Kampf gegen die Neonazis auf diesen Staatsapparat stützen zu wollen. Der Kampf muß energischer als bisher nicht nur gegen die Nazi-Banden und den Terror des Staatsapparates geführt werden, sondern gegen den west/deutschen Imperialismus und seinen Staatsapparat selbst!

Wir müssen uns selbst und andere auf einen langen Kampf einstellen, in dem vor allem eine tiefgehende Änderung, die revolutionäre Veränderung, der Kampf für eine gesellschaftliche Umwälzung, der Kampf für eine wirklich sozialistische Revolution, Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder, Seite an Seite mit den "Verdammt dieser Erde" klares Ziel ist!

Der Kampf dafür wird nur möglich sein unter der Führung eines Kampfstabs, der konsequent den Kampf gegen alle Feinde und alle falschen Freunde führt, der Zielklarheit und Organisiertheit in die revolutionäre Bewegung bringt - die Kommunistische Partei. Diese zu schaffen und aufzubauen ist daher unsere vordringlichste Aufgabe.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Kampf gegen Rassismus und Nationalismus!

Soeben erschienen:

Dokumentation des Buchladens Georgi Dimitroff zu den Ereignissen in Rostock:

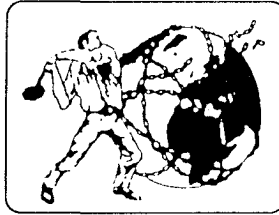
- Zusammenwirken von Nazis, Bonner Politikern und bürgerlicher Presse
 - antifaschistische Proteste und Gegenwehr
- 64 Seiten, DM 5,-

zu bestellen bei:

**BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Koblenzer Str.4, Frankfurt**

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

10/91

Oktober 1991

Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der "Abschreckung" verkünden:

POGRROME!

Nachdem Staatsorgane, Medien und alle Bonner politischen Parteien eine Politik der "Eindämmung durch Abschreckung" gegenüber Asylbewerbern propagiert haben, wurden von neonazistischen Kräften in der Bundesrepublik in den letzten Wochen über 100 Unterkünfte von Asylbewerbern angezündet: Dutzende von Schwerverletzten, der Mord am Asylbewerber Samuel Yeboah aus Ghana und zwei schwer verbrannte Kinder aus dem Libanon - Mukadesh und Zainap Saado - nach einem Brandanschlag in Hunxe sind das Resultat ...und tagtäglich gehen die Brandanschläge weiter.

Seit Monaten, ja seit Jahren wird in der Bundesrepublik eine zutiefst reaktionäre Politik gegenüber den Flüchtlingen, die Asyl beantragen, betrieben. Mit der altbewährten Politik des "Teile und herrsche" wird versucht, - nicht ohne Erfolge - Teile der deutschen Bevölkerung gegen Asylbewerber aufzuhetzen.

Einig sind sich die Bonner Politiker darin, daß es gilt, eine Politik der "Abschreckung" durchzuführen, die Lage für Asylbewerber in der Bundesrepublik so zu gestalten, daß das Leben als Asylbewerber möglichst unerträglich wird - weitere 70 große Sammellager wurden zwischen CDU und SPD abgesprochen. Verschärfte Abschiebepraktiken, materielle Zuwendungen lediglich in Form von - meist fast ungenießbarem - Essen und einem Minimum an Bekleidung - die Nachrichten darüber fluten seit Wochen und Monaten verstärkt über die Medien auf die Bevölkerung ein.

Die Neonazis aber handelten. In einer bisher in der Bundesrepublik noch nicht dagewesenen Art und Weise wurden systematisch täglich Dutzende

von Unterkünften der Flüchtlinge angegriffen.

Der Ablauf der Ereignisse wiederholt sich nach einem bestimmten Muster, einem altbekannten Muster:

- Die Hetze in den Medien gegen Asylbewerber und überhaupt gegen Menschen ohne deutschen Paß, oder die als "undeutsch" gelten, wird verstärkt.
- Nachts werden von neonazistischen Banden im Schutze der Dunkelheit Anschläge verübt, in den letzten Wochen verstärkt Brandanschläge.



Neonazistische Anschläge - eine blutige Chronologie der Ereignisse

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate fielen nicht völlig unerwartet vom Himmel, sie kündigten sich schon lange, schon jahrelang an. Von der bürgerlichen Presse weitgehend verschwiegen oder lediglich "nebenbei erwähnt", gab es schon Morde, Mordanschläge, Brandanschläge und neonazistische Anschläge verschiedenster Art, die deutlich machten und ankündigten, daß es eine immer mehr um sich greifende militante neonazistische Bewegung gibt.

Seit Dezember 1990 wurden bisher - soweit uns bekannt - von Neonazis ermordet:

■ Mord: Nihat Yusufoglu

Ein 18-jähriger Kurde, der mit seiner Familie in Hachenburg im Westerwald lebte und am 28. Dezember auf offener Straße von einer neonazistischen Skinhead-Gruppe erstochen wurde, nachdem zuvor die kurdische Familie schon tagelang mit Steinwürfen terrorisiert worden war.

■ Mord: Alexander Selchow

In der Neujahrsnacht 1990/91 wurde der 28-jährige in Rosdorf bei Göttingen von neonazistischen Skins erstochen.

■ Mord: Jorge Joao Gomondai

In Dresden wurde im April 1991 der 28-jährige aus Mosambik nachts in einer Straßenbahn von Skinheads überfallen. Das faschistische Rollkommando schlug Jorge Joao Gomondai dermaßen brutal zusammen, daß er später im Krankenhaus an den Folgen seiner Verletzungen starb.

Die braune Pest



geht von diesem Staat aus!

■ Mord: Agostinho

Am 16. Juni 1991 wurde in Friedrichshafen am Bodensee ein 34-jähriger Angolaner von einem Neonazi, Ordner auf DVU-Veranstaltungen, mit einem sogenannten Schmetterlingsmesser auf offener Straße erstochen. Der Mord an dem Angolaner Agostinho wurde in der Presse der Bundesrepublik als winzige Meldung gehandelt, faktisch vertuscht. Lediglich das Antifa-Bündnis Friedrichshafen demonstrierte mit 300 Menschen gegen diesen abscheulichen Mord.

■ Mord:

In Gelnhausen hatten sogenannte "Höchster Bürger", wie die FR vom 8. Juli 91 berichtete, - 20 an der Zahl - eine Sinti-Familie überfallen und beschossen. Ein 54-jähriger Sinto erlag den Schußverletzungen.

■ Mord: Samuel Kofi Yeboah

Am 19.9.1991 wurde ein Anschlag in Saarlouis auf ein Wohnheim für Asylbewerber verübt. Bei diesem Anschlag, nachts um 3 Uhr, wurden von Neonazis Brandsätze geworfen, die das Haus anzündeten. Zwei Nigerianer wurden schwer verletzt, Samuel Yeboah aus Ghana starb an seinen Verbrennungen. Die Neonazis hatten die Holztroppe mit Benzin getränkt und so bewußt den Brandanschlag auf die Ermordung der Bewohner angelegt.

☆☆☆

Insgesamt nahmen bereits auch vor dem September 1991 die mörderischen Anschläge zu. Einige Beispiele:

- ♦ Anfang Februar wurden in Überlingen bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylbewerber einige Personen verletzt. (Stuttgarter Zeitung vom 5.2.91) ◊

Solidarität mit den Opfern der Nazi-Anschläge!

- ♦ In Hiltrup bei Münster wurde von Neonazis eine Asylunterkunft in Brand gesteckt. (Münster Anzeiger 18.2.91)
- ♦ Davor brannte in Nidda (Hessen) schon eine Unterkunft für Asylbewerber (FR 29.12.90)
- ♦ Dasselbe geschah bereits vorher in Limburg-Eschhofen (Weltlaer Neue Zeitung 4.12.90)
- ♦ Bereits am 1.11.91 hatten 50 neonazistische Skins ein Haus von Asylbewerbern in Magdeburg (Ex-DDR) überfallen, Scheiben zerschlagen und Bewohner verletzt.
- ♦ Im Juni waren zwei Afrikaner in Wittenberg (Ex-DDR) von neonazistischen Mördern aus dem vierten Stockwerke eines Hauses geworfen worden und überlebten schwer verletzt den Mordanschlag. (TAZ 7.6.91)

Verschiedene Presseberichte gehen von 15 Toten bei neonazistischen Ausschreitungen in den letzten drei Jahren aus. Es gehört zu den Besonderheiten der Lage, gerade auch der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte, daß noch nicht einmal die Namen der Opfer und die Tatorte dieser Morde und Mordanschläge systematisch erforscht und bekannt gemacht werden - auch wir können uns da nicht ausnehmen.

Die Ereignisse in Hoyerswerda ab 17. September 1991

- ♦ Bereits am 15. September hatte in der EX-DDR, in Leisnig (Sachsen), ein Überfall auf eine Unterkunft von Asylbewerbern stattgefunden, wobei ein Vietnamese von Neonazis schwer verletzt wurde.
- ♦ Davor, am 11. September, hatten Neonazis einen Mosambikaner durch Schüssen in den Kopf schwer verletzt und eine schwangere Vietnamesin mit Triten in den Unterleib traktiert. (SPIEGEL 40/91)

In dieser Atmosphäre - die Beispiele könnten fortgesetzt werden - begannen die systematischen, an die Pogrome der Nazi-Zeit erinnernden Ereignisse in Hoyerswerda:

- ♦ Nach einem Überfall auf vietnamesische Händler durch einige Neonazis in Hoyerswerda begann eine dreitägige regelrechte Belagerung der zweier Wohngebäude. Die Polizei sah sich angeblich nicht in der Lage, die neonazistischen Kräfte zu verhaften. Die Arbeiter aus Mosambik wehrten sich mit dem Mut der Verzweiflung gegen die Übermacht der neonazistischen Kräfte, die massiv von Teilen der Bevölkerung unterstützt wurden. Die Polizei sah weiterhin auch einer zweiten und dritten Angriffswelle tatenlos zu. Offizieller Kommentar der Polizei: "Wir haben die Lage völlig im Griff" (TAZ 23.9.91)

Im wesentlichen wurden zwei große Wohnblocks angegriffen:

In der Thomas-Müntzer-Straße wohnten 220 Asylbewerber aus 21 Ländern, vorwiegend rumänische Roma. In der Albert-Schweitzer-Straße wohnten 120 Menschen, vor allem Arbeiter aus Mosambik.

Die Überfälle hatten am 17.9. begonnen und hielten 5 Tage an, bis die Polizei die Mehrzahl der Asylbewerber und Arbeiter aus Vietnam und Mosambik unter dem Beifall der Neonazis umquartierte.

Die Ereignisse in Hoyerswerda hatten Signalwirkung, die Anschläge verstärkten sich massiv.

Nach dem 17.9.91:

- ♦ Brandsätze der Neonazis zündeten in Freital in der Ex-DDR (bei Dresden).
- ♦ Brandanschlag in Tambach-Dietzhart (in Thüringen, EX-DDR).
- ♦ Brandsätze zündeten auch in Bredenbeck bei Hannover.
- ♦ Brandanschlag in March (Südbaden). (SPIEGEL 40/91)
- ♦ Am 18.9. Brandanschlag auf das Aussiedlerheim Bissierstraße in Freiburg; Angriff auf das Asylbewerberheim in Deuben/Tackau (Landkreis Hohenmölsen)
- ♦ 19.9. Feuerwerkskörper auf das Asylbewerberheim Wiesentalstraße in Freiburg.

Am 20.9.91

gab es einen Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber in Saarwellingen, sowie in Freiburg auf das Flüchtlingswohnheim Haslacher Straße.

Am 21./22.9.91

kam es zu einer Fülle von weiteren Angriffen:

- ♦ In Freiburg wurden zwei Heime von Asylbewerbern von Neonazis angezündet.
- ♦ In Springe-Steinkrug bei Hannover wurde eine Unter-



● Die Polizei weiß von nichts und ist angeblich "machlos". Dort, wo Teile der Bevölkerung "Verständnis" für die Anschläge der Neonazis zeigen, gehen die Neonazis auch zu Kundgebungen und Ausschreitungen in den Abendstunden oder am helllichten Tage über.

● Demonstrationen und Aktionen antinazistischer Kräfte, die sich wirklich gegen die Nazis richten und nicht nur "beruhigen" und "die Lage entspannen" sollen, werden von Polizei und Bundesgrenzschutz auf das brutalste auseinandergetrieben und zerschlagen.

So geschah es in Hoyerswerda und anderswo.

Dabei ist nicht nur durch den Umfang solcher Nazi-Aktionen eine neue Stufenleiter des Terrors gegen Asylbewerber, aber auch zunehmend gegen Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen ganze Familien aus anderen Ländern, insbesondere aus der Türkei, die hier in der BRD leben und arbeiten, erreicht worden.

Erstmalig wurden insgesamt fünf Tage lang, mit Zustimmung der reaktionärsten Teile der Bevölkerung, von nazistischen Mörderbanden öffentlich Wohnungen von Asylbewerbern und Arbeitern aus anderen Ländern angegriffen. Mit ganz offensichtlicher Zustimmung der örtlichen Polizei wurden in Hoyerswerda eine Stimmung geschaffen und Handlungen begangen, die nur mit dem Wort *Pogrom* richtig beschrieben werden können.

Polizei auf seiten der Nazis!

Daß die Polizei auf seiten der Nazis stand, daß ihre dümmliche Ausrede, sie wären zu schwach und könnten nichts machen, nicht stimmt, wurde einige Tage später bewiesen, als mit brutalster Gewalt eine *gegen die Nazis* gerichtete Demonstration zusammengeschlagen, gestoppt und zurückgedrängt wurde.

Die ausführliche "Berichterstattung" über Hoyerswerda in den Medien hier war aber nicht Ausdruck der Empörung und Ablehnung der faschistischen Überfälle, sondern diente in erster Linie - neben üblicher Sensationsschere - vor allem dazu, von den in viel größerem Umfang stattfindenden Übergriffen in Westdeutschland abzulenken.

Nach den Morden und Mordanschlägen, etwa auf die zwei sechs und acht Jahre alten Kinder aus dem Libanon, heuchelten die Bonner Politiker "Betroffenheit". Doch ist lediglich *ihre* Saat aufgegangen, hat *ihre* Hetze Früchte getragen.

Dabei ist es sehr wichtig zu sehen, daß Asylbewerber nicht nur tagtäglich Angst vor den nazistischen Überfällen haben müssen, sondern auch tagtäglich von dem Damoklesschwert der Abschiebung bedroht werden, daß tagtäglich die deutsche Polizei ohne jeglichen moralischen Skrupel ganze Familien von Asylbewer-

bern abschiebt - oft genug direkt in die Folterkeller der faschistischen Geheimpolizei in Ländern wie Ghana, Türkei, Indien usw.

Den staatlichen und neonazistischen Terror bekämpfen!

Solidarität mit den vom Nazi-Terror betroffenen Asylbewerbern, mit allen vom Nazi-Terror Betroffenen erfordert selbstverständlich, sich so direkt, so energisch und so wirkungsvoll wie möglich den Nazi-Mörderbanden entgegenzustellen.

Wenn selbst gegen diese offensichtlichste und für jeden sichtbare Form des Terrors kein Widerstand organisiert wird, ist an jede weitergehende Form des Widerstands gegen reaktionäre Politik überhaupt gar nicht zu denken.

- Denn so sehr die Pogrome der Neonazis im Moment im Vordergrund stehen, so ist dennoch die hauptsächlichste Form des Terrors gegen die Asylbewerber nach wie vor der staatliche Terror.

Dies fängt an bei der bürokratischen Gängelung der Asylbewerber und generell der Werktätigen aus anderen Ländern durch "Sondergesetze", reicht über die staatlich organisierte nationalistische und rassistische Hetze bis hin zum Polizei- und Abschiebeterror, zu Polizeirazzien und -überfällen in den Wohnheimen.

Darüberhinaus agieren die Neonazi-Banden ja nicht unabhängig vom Staatsapparat der west/deutschen Imperialisten: sie werden von ihm geduldet, genährt und gefördert. Daher wäre es völlig falsch, sich beim Kampf gegen die Neonazis auf diesen Staatsapparat zu stützen. *Der Kampf muß energischer als bisher sowohl gegen die Nazi-Banden, als auch gegen den Terror des Staatsapparates geführt werden!*

Die dreckige Phrase vom "Verständnis für die Bevölkerung"

Die Neonazis können ihre mörderischen Anschläge in einer Atmosphäre unternehmen, in der ihnen ein gewisses "Verständnis" entgegenschlägt. Da wird angeführt, im Dorf X Y wäre es ja wirklich angeblich eine "Zumutung", wenn soundsoviel Asylbewerber aus Rumänien oder aus Mosambik oder sonstwoher in das Dorf kämen, das wäre schließlich nicht "zu verkraften" und was es derlei Sprüche sonst noch gibt.

Demgegenüber sagen wir mit aller Deutlichkeit - angesichts der neonazistischen Mordanschläge gibt es nur eins:

■ Solidarität mit den Opfern der Nazi-Anschläge!

Das ganze Lamentieren darüber, daß doch die "deutsche Bevölkerung", das Dorf X und das Dorf Y angeblich "überfordert" seien, geht am Kernpunkt vorbei:

■ Die herrschende Klasse will spalten und hetzen, wir müssen frontal dieser Hetze entgegenreten!

Schon im Vorfeld neonazistischer Aktivitäten, oft schon, wenn nur angekündigt wird, daß Asylbewerber in ein Dorf oder in einen Stadtteil aufgenommen werden sollen, kommt es - oft von staatlichen Stellen geradezu provoziert - zur Bildung sogenannter "Bürgerinitiativen", zur Bildung von in Wahrheit reaktionären Bewegungen.

Unter dem Motto "Ein Dorf kämpft um sein Überleben" wird eine einzige reaktionäre Front geschmiedet. Zwischen Arm und Reich, dem Bürgermeister und dem Landarbeiter, zwischen den sich fortschrittlich dünkenden und den finsternen Reaktionären besteht auf einmal "Übereinstimmung": Wenn da in ein Dorf mit 800 Einwohnern 40 "Rumänen", gar rumänische "Zigeuner" (das weit verbreitete Schimpfwort für Roma) kommen, dann ist das "Dorf in Gefahr", dann halten alle zusammen. Es wird das Gefühl von der "Dorfgemeinschaft", die zusammenhält, geweckt. All jene, die sonst - egal ob Bundeswehr oder Großkapital sich

in einem solchen Dorf breitmachen - still halten, sie fangen nun an, "zu demonstrieren" und sich mutig zu fühlen gegenüber Flüchtlingen, über deren Leben sie nichts wissen und nichts wissen wollen.

Auch wenn solche Beispiele (wie dies von Cleeburg in Hessen) nicht verallgemeinert werden können, ein Grundproblem wird deutlich! Die aktuellen Ereignisse haben gezeigt und zeigen es weiterhin, daß solchen reaktionären "Volksgemeinschafts"-Bewegungen in der Bevölkerung nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht werden dürfen:

Gegen die Strömung ankämpfen heißt, aktive Solidarität mit den von den neonazistischen Anschlägen bedrohten Flüchtlingen zu fordern und selber zu üben. Das beginnt zum Beispiel mit Patenschaften für Flüchtlingsunterkünfte, wie von Vertrauensleuten der IG-Metall vorgeschlagen:

Innerhalb der IG Metall wurde auf einer Konferenz von 250 Vertrauensleuten gefordert, daß die Gewerkschafter in den Metallbetrieben Patenschaften für Unterkünfte von Asylbewerbern übernehmen, Delegationen aus den Fabriken in die Unterkünfte schicken. Ein Vorschlag und eine Initiative, die nur begrüßt werden kann! Eine Initiative, die sicherlich unter anderem darin begründet ist, daß gerade in der IG Metall Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei mit wirklich fortschrittlicher Orientierung eine gewichtige Rolle spielen. (Siehe FR vom 5.10.91)

Das geht weiter mit massiver Unterstützung vor und bei Überfällen der Neonazis und erstreckt sich auch

kunft von Asylbewerbern mit Brandsätzen von Neonazis angegriffen.

- ♦ Genau dasselbe passierte in Jüterbog.
- ♦ In Wasendahl, Kreis Strausberg wurde von 25 maskierten Neonazis eine Unterkunft von Asylbewerbern überfallen.
- ♦ In der Ex-DDR warfen Neonazis drei Brandsätze auf ein anderes Heim für Asylbewerber. Einen Brandanschlag gab es auch in Tambach-Dietharz im Kreis Gotha.
- ♦ In Freital bei Dresden versuchten 40 Neonazis, eine Unterkunft von Asylbewerbern zu überfallen.
- ♦ In Thierdorf bei Dresden wurden acht rumänische Asylbewerber bei einem Überfall durch Neonazis verletzt. Dies alles aus den Meldungen von dpa am 22.9.91

Zwischen dem 23.9. und dem 29.9.

werden neonazistische und rassistische Anschläge verübt in Weingarten (Ravensburg), Kenzingen bei Freiburg, Bodelshausen bei Tübingen, March-Neuershausen bei Freiburg, in Dresden, Schwedt (Brandenburg), Tambach-Dietharz (Gotha), Münster, Hamburg, Essen, in Ahlen (Westfalen), Hannover, Brandenburg, Herford, Wallendorf bei Merseburg, Recklinghausen, Weißenfels (Sachsen-Anhalt), Altenow bei Cottbus, Pätz bei Königswusterhausen, Steinhagen (Westfalen), Marl, Datteln und Neubrandenburg!

29. September 1991

- ♦ In München wurden am 29. September ein Wohnhaus mit dem diskriminierenden Namen "Gastarbeiterheim" angezündet und mehrere Menschen verletzt (dpa-Meldung).
- ♦ Am selben Wochenende wurde im niederrheinischen Kerken bei einem Überfall durch Neonazis eine Frau verletzt.
- ♦ In Lünen bei Dortmund verletzten Neonazis ein zehnjähriges Mädchen bei einem Überfall.
- ♦ In Herford griffen Neonazis eine Unterkunft für sogenannte "Aussiedler" mit den Rufen "Russen raus" an.
- ♦ In Steinhagen wurde ein von Indonesiern bewohnter Container mit Steinen beworfen.
- ♦ In Recklinghausen griffen die Neonazis ein Wohnheim von Roma mit Steinen und Brandsätzen an.
- ♦ In Datteln wurden Wäsche und Möbelstücke in einer von Asylbewerbern bewohnten Schule angezündet.
- ♦ In Marl wurden Brandsätze auf zwei sogenannte "Container-Dörfer" mit Asylbewerbern geworfen.
- ♦ In Hagen warfen Neonazis Brandsätze gegen ein mit 100 Personen besetztes Heim mit Flüchtlingen.
- ♦ Mit Brandsätzen wurde auch in Issum am linken Niederrhein eine Unterkunft von Flüchtlingen angegriffen.
- ♦ Neonazis drangen in Saarbrücken-Dudweiler in ein Flüchtlingswohnheim ein und verwüsteten eine Wohnung mit Eisenstangen und Holzknütteln.
- ♦ In Burgwedel bei Hannover wurden gegen eine Asylbewerber-Unterkunft Brandsätze geworfen.
- ♦ In Meckelfeld wurde ein von zwei Familien aus der Türkei bewohntes Haus mit Steinen und Feueröschern angegriffen.
- ♦ In Hafkrug an der Ostsee schlugen neonazistische Skinheads 15 Scheiben einer Flüchtlingsunterkunft ein.

Auf dem Gebiet der Ex-DDR wurden

- ♦ in Altenow (Brandenburg) Scheiben und Türen eines von Vietnamesen und Rumänen bewohnten Hauses zerschlagen.
- ♦ In Pätz wurde von sechs Neonazis eine Unterkunft, ein sogenanntes "Ausländerheim" angegriffen.
- ♦ Mit Brandsätzen wurden solche Heime auch in Reichenbach (Sachsen) angegriffen.
- ♦ Ebenso griffen Neonazis in Chemnitz mit Leuchtspurmunition und Brandsätzen Wohnheime von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern an.
- ♦ In Weißenfels (Sachsen-Anhalt) wurden die Bewohner eines Heims für Asylbewerber von 15 Neonazis mit Schreckschußpistolen überfallen.
- ♦ In Wallendorf bei Merseburg wurden Brandsätze gegen ein Asylbewerber-Quartier geworfen.
- ♦ In Leipzig räumte die Polizei unter dem Gegröhl von 60 Neonazis ein Heim für Asylbewerber - unter dem Vorwand von "Streitigkeiten unter Asylbewerbern".

Dies sind die Meldungen von dpa allein von **einem Tag**, vom 29.9.91 - also bestimmt keine vollständige Aufzählung!

Mit Stalinscher Härte die Nazis bekämpfen!

Folgendes Flugblatt, das zu einem konsequenten Kampf gegen die Nazi-Banden aufruft, wurde uns zugesandt. Der Bitte um Veröffentlichung kommen wir gerne nach!

Mit Stalinscher Härte die Nazis bekämpfen!

● Schluß machen mit dem Gerücht von der angeblichen "Tapferkeit" der Nazis.

Im 2. Weltkrieg war es damit nicht weit her. Ein Nazi zeigte "Tapferkeit" bei der bestialischen Ermordung von wehrlosen Kriegsgefangenen oder der unbewaffneten Zivilbevölkerung. Aber ganz schnell verließ ihn seine "Tapferkeit", wenn er es mit der organisierten Kraft der Roten Armee und den sowjetischen Partisanenverbänden zu tun bekam - dies war die Erfahrung des Kampfes der Roten Armee und den sowjetischen Partisaninnen und Partisanen schon 1942, wie Stalin klarmacht.

Und so ist es auch heute. Nazis beweisen ihren "Mut" beim verprügeln von unbewaffneten Flüchtlingen aus anderen Ländern, geben aber meistens Fersengeld oder sind weit weniger angriffslustig, wenn sie auf gleichviele, gut organisierte, kampferprobte Antifaschisten treffen.

Wenn wir uns also die nötigen Mittel zulegen, uns wirklich organisieren, so brauchen wir keine Angst vor den Nazis zu haben. Dann sind wir stärker und können sie auch entscheidend schlagen, so daß ihnen zumindest für eine Weile die Lust nach einer Konfrontation mit uns vergehen wird. Das beweisen Dutzende von Erfahrungen.

● Schluß machen mit Sorglosigkeit und Gütmütigkeit gegenüber den Faschisten!

Wir dürfen die Nazis nicht unterschätzen. Sie sind gezüchtet, werden hochgepöbelt und geschützt vom westdeutschen reaktionären Staat, seinen Bullen, seinen "Bundesgrenzschützern", seiner Justiz. Deshalb verfügen sie über große materielle Mittel und können sich nahezu ungestört ausbreiten. Ihre Schlagkraft beweisen die Nazimorde der letzten Jahre, die fast täglichen brutalen Angriffe von Nazis gegen Menschen, die für sie "undeutsch" sind.

Wie müssen wir also gegen die Nazis vorgehen? Schonungslos und mit wirklichem Haß die Nazis bekämpfen - das war ein Merkmal des Kampfes aller Anti-Nazi-Kräfte, die mit Stalin, der sozialistischen Sowjetunion zusammen gegen die Naziverbrecher kämpften. In diesem Sinn erzog Stalin die Kämpferinnen und Kämpfer der Roten Armee und der sowjetischen Partisaninnen und Partisanen, in diesem Sinn erzogen die KP's zur Zeit Stalins ihre Genossinnen und Genossen.

Wenn wir am Drücker sind, die Nazis in der Defensive...dann kein Mitleid für dieses Pack!

● Die Nazis in ihren Rattenlöchern angreifen!

Verhinderung von Naziaufmärschen, Büchertische der Nazis abräumen, Flüchtlinge aus anderen Ländern vor Naziangriffen schützen usw. - das alles war und ist ein wesentlicher Bestandteil unseres antifaschistischen Kampfes.

Wenn wir aber dabei stehenbleiben und die Nazis nicht bis in ihre Höhlen verfolgen und sie dort plattmachen, dann können sich die Faschisten immer wieder erholen und neue Kräfte sammeln.

Verfolgen wir die Nazis bis in ihre Lokale und zu ihren Treffpunkten und verpassen ihnen dort eine Lehre, die sie so schnell nicht vergessen werden!

Gruppe Mustafa Suphi/Karl Liebknecht

3. Oktober 1991, "Tag der deutschen Einheit" - der Terror geht weiter

Am "Tag der Deutschen Einheit", dem 3. Oktober häuften sich die Anschläge - und sie gehen weiter!

- ♦ In Mönchengladbach stach vor den Augen von Passanten ein Neonazi einen Türken nieder, der lebensgefährlich verletzt wurde.
- ♦ In Bad Honnef wurde ein Heim mit Stahlkugeln angegriffen.
- ♦ In Ahnatal-Weimar in der Nähe von Kassel überfielen 25 Neonazis mit Äxten, Eisenstangen und Schlagstöcken eine Unterkunft von Asylbewerbern.
- ♦ In Soesens (Niedersachsen) wurde ein von deutschen und türkischen Familien bewohntes Reihenhaus mit Brandsätzen beworfen - drei Kinder mußten mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus.
- ♦ In Bad Münde am Deister (Niedersachsen) wurde ein jüdischer Asylbewerber aus der Sowjetunion von vier Jugendlichen überfallen und zusammengeschlagen.
- ♦ In Pielenhofen bei Regensburg wurde ein Brandanschlag gegen eine Unterkunft von Asylbewerbern verübt.
- ♦ In Hünxe wurden bei einem Brandanschlag zwei libanesischen Kinder im Alter von 6 und 8 Jahren lebensgefährlich verletzt.

In der Ex-DDR:

- ♦ In Zwickau haben am 3./4. Oktober etwa 80 Neonazis eine Unterkunft für Asylbewerber angegriffen. Nach Polizeiangaben wurden auch in vier weiteren sächsischen Orten Asylbewerber überfallen. (FR vom 5.10.91)
- ♦ In Gatersleben (Sachsen-Anhalt) wurde die Wohnung rumänischer Asylbewerber von Neonazis vollständig verwüstet.
- ♦ In Schmöllin (bei Gerda in Thüringen) bewarfen Neonazis eine Unterkunft von Asylbewerbern, die allerdings zwei der Neonazis zu lassen bekamen!

Am Wochenende

5./6. Oktober 1991

vermeiden die Nachrichtenagenturen reuter/dpa:

- ♦ In Halstenbek wurden Scheiben einer Flüchtlingsunterkunft von Neonazis eingeworfen.
- ♦ In Osnabrück und in Winsen/Luhe kam es zu Angriffen der Neonazis.
- ♦ In Bruhl überfielen neonazistische Skins eine Gruppe von Nigerianern. Ein Nigerianer erlitt schwere Kopfverletzungen.
- ♦ In Kirchheim/Teck wurde ein von Familien aus der Türkei bewohntes Haus mit einem Brandsatz beworfen.

In der Ex-DDR:

- ♦ In Luckenwalde, Rheinsberg, Trepenbrützen und Jüterbog wurden Flüchtlingsunterkünfte von Neonazis mit Steinen, Stangen und Brandsätzen angegriffen.
- ♦ In Storkow schändeten Neonazis einen sowjetischen Friedhof und bewarfen mit den herausgerissenen Grabsteinen ein Heim für Asylbewerber.
- ♦ In Gotha warfen vier Neonazis einen sowjetischen Soldaten aus dem dritten Stock eines Hauses. Er wurde schwer verletzt.
- ♦ Auch in vier Orten in Thüringen kam es zu neonazistischen Überfällen auf Flüchtlingsheime, die mit Steinen, Flaschen und Brandsätzen beworfen wurden. So in Meiningen, Gotha, Greiz (Kreis Gera) und Streildorf (Kreis Hildburghausen).
- ♦ In Frohnau (Kreis Annaberg) warfen etwa 30 Neonazis Scheiben und die Eingangstür eines Flüchtlingsheims ein.
- ♦ In Eilenburg kam es zu heftigen Straßenschlachten zwischen Dutzenden von Neonazis und den sich wehrenden Asylbewerbern.

(Stand 6. 10. 91)

Vom 1. Januar bis zum 9. Oktober 1991 gab es "offiziell registriert" 177 Brandanschläge, davon allein 59 in Nordrhein-Westfalen, weitere 70 in den anderen "alten Bundesländern" (FR 11.10.91). Allein im September wurden über 200mal Asylbewerber sowie überhaupt Werktätige aus anderen Ländern und ihre Familien oder deren Unterkünfte angegriffen (FR 12.10.91).

Laut BKA könne angeblich eine "Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen" nicht ausgemacht werden!

und gerade auf die Unterstützung der Flüchtlinge bei drohender Abschiebung.

Argumentieren, wo möglich, zuschlagen, wo nötig!

Angesichts der Flut neonazistischer Terroranschläge steht die massive **Notwehr** im Vordergrund: Mit Geschwätz und guten Worten, "Betroffenheit" weit ab von den Überfällen läßt sich gar nichts ändern. Abwiegelei mit der Phrase "bloß keine Gewalt" sowie die reaktionäre Berichterstattung in den bürgerlichen Medien über erfolgreiche Gegenwehr fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte, gemeinsam mit den Asylbewerbern gegen die Nazis, sind gleichermaßen große Gefahren. Dieser Art von Druck darf auf keinen Fall nachgegeben werden. Gegen aktive Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln, mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden. Mit aller Kraft, überall, wo die Neonazis auftreten, muß die Selbsthilfe gegen den Nazi-Terror organisiert werden!

Die gesamte Situation in der Bundesrepublik erfordert aber auch, überall wo es möglich ist, tiefgehend über eine ganze Fülle von Fragen zu diskutieren und zu argumentieren, Veranstaltungen und Debatten durchzuführen, mit Flugblättern und Plakaten deutlich zu machen, daß es um mehr geht als um eine aktuelle, fürchterliche Welle von nazistischen Anschlägen:

Verschiedene Abteilungen der herrschenden Klasse wollen mit verteilten Rollen die Mehrheit der Bevölkerung dazu aufhetzen, dem Terror - neonazistischem oder aber staatlichem - tatenlos zuzuschauen oder zuzustimmen. So oder so wird von der herrschenden Klasse deutscher Nationalismus und Rassismus angeheizt.

Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit, der Krise und der Bereitschaft der Bundeswehr, in anderen Ländern für die Interessen des deutschen Kapitals in Kriege einzugreifen und selbst Kriege zu führen soll

die Bevölkerung in der Bundesrepublik abgelenkt werde. Sie soll aufgehetzt werden gegen die so beschimpften "Asylanten", um an ihnen Enttäuschung und Verbitterung über die ständige Verschlechterung der Lebenslage eines großen Teils der Bevölkerung abzulassen.

Unsere Aufgaben

Es muß deutlich werden, gerade in der Arbeiterklasse, den unteren Schichten auf den Dörfern, allen ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen, daß **auf der ganzen Welt die "Verdammten dieser Erde" um ihr Recht auf bloße Existenz, auf Arbeit und Essen, kämpfen und deswegen verfolgt und gejagt werden.**

Es geht darum, die ganzen Mechanismen dieser sogenannten "Weltwirtschaftsordnung", der imperialistischen Ausbeutung aller Völker der Welt durch einige imperialistische Großmächte aufzuzeigen. Es geht darum, die Folgen dieser "Ordnung", nämlich unter anderem verstärkte sogenannte "moderne Völkerwanderungen" bewußt zu machen, selber zu verstehen und anderen zu erklären, die bereit sind, die braune Pest zu bekämpfen.

Es geht vor allem darum, angesichts der sich weltweit zuspitzenden Krise, der zunehmenden Gefahr von reaktionären Raubkriegen und großen imperialistischen Kriegen, diesem ganzen System, das auf Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats und der anderen Werktätigen beruht, den Krieg zu erklären. Wir müssen uns selbst und andere auf einen langen Kampf einstellen, in dem vor allem eine tiefgehende Änderung, die revolutionäre Veränderung, der Kampf für eine gesellschaftliche Umwälzung, der Kampf für eine wirklich sozialistische Revolution, Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse aller Länder, Seite an Seite mit den "Verdammten dieser Erde" klares Ziel ist!

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Ayhan Öztürk gab die richtige Antwort auf den Nazi-Terror!

Am Abend des 16. November 1990 war Ayhan Öztürk in der S-Bahn in Ostberlin von mehreren Neonazis überfallen worden. "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus" brüllend, hatten sie die S-Bahn bestiegen und Ayhan und seine Begleiter angepöbelt. Doch der 22jährige Kraftfahrer aus der Türkei ließ sich nicht einschüchtern und bot den Neonazis Paroli. Daraufhin stürzten sich die Neonazis auf ihn. Einer von ihnen richtete eine Pistole auf Ayhan und drohte: "Ich knall dich ab. Scheißtürke!"

Derart in Bedrängnis geraten, wehrte sich Ayhan Öztürk mit seinem Messer. Drei Neonazis wurden verletzt, ihr Angriff abgewehrt! Einer der drei, René Gruber, Mitglied der "Reps", erlag seinen Verletzungen. Die Rechnung der Rassisten war nicht aufgegangen!

Solidarität mit Ayhan Öztürk!

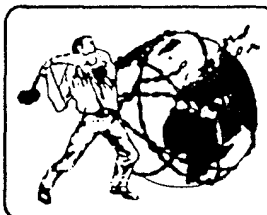
Letzte Meldung: Ayhan Öztürk mußte von dem Gericht freigesprochen werden!

Vier Monate saß er in Untersuchungshaft, jetzt steht Ayhan Öztürk vor Gericht. Am Dienstag, dem 8. Oktober 1991 wurde vor der 28. Strafkammer des Kriminalgerichts Moabit jedoch nicht Anklage erhoben gegen neonazistische Überfälle, gegen deutschen Nationalismus und Rassismus. Vor die Schranken des Gerichts gezerrt wurde Ayhan Öztürk, der sich mutig und entschlossen gewehrt und uns allen ein Beispiel gegeben hat! Er wird angeklagt des Totschlags und des versuchten Totschlags in zwei weiteren Fällen!

Am ersten Prozeßtag versammelten sich mehrere hundert Demonstranten vor dem Gericht in Westberlin. "Freiheit für Ayhan" forderten sie, auf Transparenten drückten sie ihre Sympathie mit dem Angeklagten aus: "Ayhan hat das Richtige getan".

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands

Oktober 1989

Angeichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus:

Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!

Am 2. Oktober räumten zwei Hundertschaften der Polizei auf Geheiß des Hamburger SPD-Innensenators das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme bei Hamburg. Dort hatten seit Ende Juli zeitweise mehrere Hundert Roma gegen die drohende Abschiebung von rund 1500 vor allem aus Jugoslawien geflüchteten Roma protestiert und damit ihrer Forderung nach einem Bleiberecht Nachdruck verliehen.

Die gewaltsame Räumung war nur der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Schikanen seitens der Hamburger Behörden, der anschließende Demonstrationen wurde durch massive Polizeikräfte vom Hamburger Rathaus ferngehalten. Auch in Köln hatten sich in den vergangenen Monaten Roma gegen die angeordnete Abschiebung durch die Behörden des westdeutschen Imperialismus gewehrt.

Die westdeutschen Behörden nutzen dabei - unterstützt durch die Presseorgane - die vorhandenen tief-sitzenden Vorurteile gegen die als "Zigeuner" beschimpften Sinti und Roma aus.

In dieser Auseinandersetzung stehen wir solidarisch aufseiten der gegen ihre drohende Abschiebung kämpfenden Roma in Köln, Hamburg und anderswo.

Dieser Konflikt ist von umso größerer Bedeutung, weil eine Fülle von Problemen sichtbar wird, die alle zeigen, wie der westdeutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in wesentlichen Bereichen in der Tradition des deutschen Imperialismus und des Nazi-Faschismus steht.

Die ungebrochene Tradition des Rassismus gegen Sinti und Roma

Über eine halbe Million Sinti und Roma wurden von den Nazis systematisch - egal ob Frauen, Kinder oder Erwachsene - ermordet. Die Umsetzung der Ideologie der Nazis vom angeblich "unwerten Leben" bedeutete in der Praxis: systematisches Ausforschen, Erfassen, systematisches Verhaften und Deportieren, systematisches Ermorden!

Eine der Voraussetzungen für diese mörderische Praxis der Nazis waren die über Jahrhunderte in Deutschland verbreiteten Vorurteile gegenüber den so bezeichneten "Zigeunern", angeblich herumziehenden Gau-nern, die neben Diebstahl, Spionage usw. natürlich auch für alle sonstigen schlechten Dinge der Welt verantwortlich gemacht wurden.

Die Nazis arbeiteten nicht nur mit barbarischem Terror gegenüber der Arbeiterklasse in Deutschland, sie versuchten auch - leider mit großem Erfolg - durch Demagogie sich selbst eine Massenbasis zu verschaffen. Um erfolgreich die drohende sozialistische Revolution zu verhindern, die Macht ihrer eigentlichen Auftraggeber - das Kapital in Deutschland - zu festigen und auszuweiten, mußten die Nazis den "Deutschen" schmeicheln, sie hofieren. Sie mußten den deutschen Chauvinismus ausbauen, und den nicht revolutionären Teilen der Massen immer und immer wieder einhämmern, daß "Deutsch-Germanisch-Sein" angeblich heißt, etwas besseres zu sein. Ein wesentliches Mittel dabei war es, einen "Sündenbock" für die miserable wirtschaftliche, politische und soziale Situation der Werktätigen zu präsentieren. Tatsachen interessierten die Nazis dabei überhaupt nicht.

Ihre Konstruktion einer "arischen Rasse", ihre Theorie vom "deutschen Blut" und ähnlicher Unsinn sollte den rückständig gehaltenen Massen einreden, daß sie etwas besseres, zu Höherem berufenen seien, gegenüber jenen Menschen, die

angeblich anderen "Rassen" angehörten.

Zwei große Bevölkerungsgruppen innerhalb Deutschlands wurden herausgegriffen: Die jüdische Bevölkerung in Deutschland und die so genannten, genauer gesagt: so beschimpften "Zigeuner". Mit den berühmten Nürnberger "Rassegesetzen" von 1935 wurden sie als Beispiele benutzt, um die angebliche "Überlegenheit" der deutschen "Herrenmenschen" und der "arischen Rasse" sogar in Gesetzen festzulegen.

Trotz vieler existierender Unterschiede gegenüber der Art und Weise der Hetze gegen die jüdische Bevölkerung (hier wurde u.a. gerade auch auf die über Jahrhunderte praktizierte antisemitische Hetze der Kirchen zurückgegriffen) war in einem wesentlichen Punkt die Praxis der Nazis gegenüber den so beschimpften "Zigeunern" die gleiche: Sie wurden nicht nur als "minderwertig" eingestuft, und als "Untermenschen" bezeichnet. Vor allem aber wurde das geschichtlich einzigartige Programm eines staatlich organisierten, administrativ durchgeführten und militärisch abgesicherten Völkermords an 6 Millionen Juden und über 500 000 Sinti und Roma in die Praxis umgesetzt!

Schon im 15. Jahrhundert wurden von den damals Herrschenden die als "Zigeuner" beschimpften Angehörigen des Volkes der Roma für "vogelfrei" erklärt.

In der Zeit der Weimarer Republik wurden nach jahrhundertelanger Diskriminierung die entscheidenden Weichen gestellt. 1926 wurde durch ein "Zigeuner- und Arbeitsscheuen-Gesetz" die Erfassung aller persönlicher Daten der deutschen Sinti und Roma eingeleitet, im November 1927 die Registrierung sämtlicher Fingerabdrücke angeordnet und durchgeführt.

Dies war eine wesentliche Voraussetzung, um den Nazis die Massenverhaftungen ab 1936 und die Deportationen zu erleichtern. Es zeigt deutlich, wie die zwei Formen der Herrschaft der deutschen Imperialisten, die bürgerliche Republik und die Nazi-Diktatur, aufeinander aufbauten, wie aus der Realität der Diskriminierung und Verfolgung dann die Realität des Völkermordes wurde.

Auschwitz-Birkenau...

Das größte Vernichtungslager der Nazis wurde einer

Ungebrochene Tradition



des Rassismus gegen Sinti und Roma

der berühmtesten Orte der Ermordung auch der deutschen Sinti und Roma durch das von den Nazis extra dafür eingesetzte Giftgas Zyklon B.

In einer besonderen Abteilung dieses Vernichtungs-

Ungebrochene Tradition der Verfolgung von Sinti und Roma

♦ Ab 1935 wurden den Sinti und Roma durch die "Reichsbürger- und Blutschutzgesetz" wegen ihres sogenannten "artfremden Blutes" die deutsche Staatszugehörigkeit aberkannt. Nach 1945 verweigerten ihnen die Behörden regelmäßig die Rückgabe der Staatsbürgerschaft. Stattdessen wurden den Sinti und Roma "Fremdenpässe" ausgestellt, die sie zu "Ausländern" machten und die jederzeitige Abschiebung ermöglichten.

♦ Die Tradition der Sondererfassung der "Zigeuner" wurde in Westdeutschland fortgeführt und ausgebaut. Die "Zigeunerkarteien" der Nazis wurden umbenannt in "Landfahrerkarteien" und existierten offiziell bis in die 70er Jahre bei den Landeskriminalämtern. Danach wurden sie angeblich aufgelöst. In

Wirklichkeit wurden diese durch elektronische Speicherung mit dem "INPOL"-System (Internes polizeiliches Informationssystem) zu einer einzigen großen "Zigeunerkartei" zusammengefaßt. Die Kennzeichnung in den Polizeiakten durch "ZN" ("Zigeunernummer") wurde seit 1983 durch "HWA0" ("häufig wechselnder Aufenthaltsort") ersetzt. Polizeiterrör, Razzien mit vorgehaltener Maschinenpistole usw. gehören zu den Alltagserfahrungen der Sinti und Roma.

♦ Ganz in der Tradition der Zwangsdeportationen der Nazis stehen die verschiedenen Maßnahmen der westdeutschen Behörden, Sinti und Roma aus den Städten fernzuhalten, sie ins Ausland abzuschieben.

♦ Entschädigungsansprüche zwangssterilisierter Sinti

und Roma wurden von den westdeutschen Behörden durchweg abgelehnt. Sie gingen davon aus, daß die Sterilisationen im Rahmen der "Verhütung erbkranken Nachwuchses" zurecht erfolgten und nicht Teil der rassistischen Verfolgung waren.

♦ Polizeibeamte, die bis 1945 in Himmlers Reichssichererhaltungshauptamt für das Vernichtungsprogramm an Sinti und Roma verantwortlich waren, traten bis in die 60er Jahre als "Gutachter" in sogenannten "Wiedergutmachungsverfahren" von Sinti und Roma auf und rechtfertigten die Rassenpolitik der Nazis als "Kriminalitäts- und Asozialbekämpfung".

♦ Es ist einer der größten Skandale in Westdeutschland nach 1945, daß die Sinti und Roma im wesentlichen von der sogenannten "Wiedergutmachung" ausgeschlossen wurden!

(Quelle: Romani Rose, "Bürgerrechte für Sinti und Roma", Heidelberg 1987)

lagers, dem sogenannten "Zigeunerlager", wurden in der Nacht des 2. August 1944 die letzten Häftlinge, über 3 000 Alte, Kranke, Mütter und Kinder in der Nacht innerhalb weniger Stunden in der Gaskammer ermordet.

Die Kinder wurden mit Knütteln und Peitschen unter den Betten hervorgetrieben, wo sie sich vor der Ermordung verstecken wollten. Die Älteren, die sich wehrten, wurden an Ort und Stelle niedergemacht, die Schreie "Mörder, Mörder" schallten über das Gelände.

Auschwitz-Birkenau: 90 Prozent der dort registrierten 21 000 Sinti und Roma aus elf europäischen Ländern wurden ermordet.

...nach 1945

Keiner der für den Völkermord Verantwortlichen wurde nach 1949 in Westdeutschland wirklich bestraft. Vielmehr erhielten sehr viele der "Spezialisten" der Nazis Posten im Staat des westdeutschen Imperialismus, um unter neuen Bedingungen die von den Nazis so benannte angebliche "Zigeunerplage" weiter zu bekämpfen. So "bearbeiteten" zum Teil die einstigen Mörder und Helfershelfer nach 1945 die Anträge der überlebenden Sinti und Roma auf Wiedergut-

machung..., was natürlich reihenweise Ablehnungen bedeutete.

Die deutschen Sinti und Roma leben seit 500 bzw. 100 Jahren in Deutschland. Ihre Nachfahren, die heute noch 50 000 bis 60 000 deutschen Sinti und Roma kämpfen nach wie vor um ihre Gleichberechtigung und um die Anerkennung als von den Nazis "aus rassischen Gründen Verfolgte"!

Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland müssen diesen durch und durch berechtigten und gerechten Kampf als ihre ureigenste Sache betrachten und diesen Kampf nach Kräften unterstützen. Sie müssen dem westdeutschen Imperialismus die "demokratische" Maske vom Gesicht reißen, die ungebrochene Tradition des Rassismus aufzeigen und wahrhaft geschwisterliche Gefühle für die leidgeprüften deutschen Sinti und Roma entwickeln.

Doch nicht nur die deutschen Sinti und Roma sind den diversen Diskriminierungen ausgesetzt. Die jugoslawischen Roma in Köln und Hamburg, die gegenwärtig einen von Verzweiflung geprägten Kampf um eine Bleibe führen, werden gleich doppelt und dreifach unter Druck gesetzt:

Zunächst einmal werden sie als "Zigeuner" beschimpft. Abgesehen davon, daß es für eine Bewer-

tung der berechtigten Anliegen der Sinti und Roma völlig unerheblich ist, muß dennoch festgestellt werden, daß das von Presse und Fernsehen verbreitete Klischee von den "umherziehenden Zigeunern" nicht der Realität entspricht. Über 90 % der deutschen Sinti und Roma haben längst einen festen Wohnsitz, entsprechen also ganz und gar nicht den Vorstellungen des deutschen Spielbürgers. Nun ergibt sich für die Hetze der Medien die Möglichkeit, "echte Zigeuner", eben die Roma aus Jugoslawien vorzuführen.

Weiteren Diskriminierungen sind sie als Asylbewerber ausgesetzt. Zu den eingepägten Vorurteilen gegen die als "Zigeuner" Beschimpften kommt nun die jahrelange Hetze gegen alle Asylbewerber. Gerade wo das Schauspiel der "DDR-Flüchtlinge" durch die Medien publikumswirksam aufbereitet und verbreitet wird, passen Tausende von verfolgten Roma nicht in das Westdeutschland der 80er Jahre.

Wir müssen klarmachen: Es sind Überlebende des Völkermordes, von den Pseudokommunisten in Jugoslawien politisch Verfolgte, Menschen, die wissen, was Ausbeutung und Unterdrückung ist.

"Zigeuner, Asylant, Ausländer..." So tönt es aus allen Ecken - ob aus Bonn oder vom nächstgelegenen Stammtisch. Wir müssen dieser Hetze offensiv entgegenreten! Unsere Antwort ist:

Solidarität mit den um ihre Bleibe in Westdeutschland kämpfenden Roma!

Die revisionistisch-chauvinistischen Herrschercliquen in Polen, Rumänien und vor allem Jugoslawien verfolgen die Roma Osteuropas!

Seit Ende der 50er Jahre, vor allem aber nach 1968, als durch Polen eine antisemitische Welle rollte, um von der Krise des polnischen Revisionisten-Regimes abzulenken, wurden die Roma dort diskriminiert. Sie flohen nach Schweden, Dänemark, aber auch nach Hamburg und Bremen.

In der CSSR wurde ebenfalls seit 1968, um einen Sündenbock für die Probleme des revisionistischen Systems zu schaffen, die Hetze auf die Roma begonnen.

Der selbst in Polen und Ungarn noch zugestandene offizielle Status als eigene Nationalität wird den 400 000 Roma in der CSSR verweigert.

Ähnlich wie in Polen und der CSSR ergeht es auch den Roma in Ungarn heute. Die fast 500 000 Roma leben, meist abgedrängt in den Osten Ungarns, weit unter dem Lebensstandard der anderen Werktätigen.

In Jugoslawien breitet sich gegenwärtig der Chauvinismus aller Schattierungen explosionsartig aus. Die Bürgerkriegssituation für die Minderheit der Kosovo-Albaner, die an Mussolinis Demagogie erinnernde großserbische Hetze der neuen "Führer" der serbischen Chauvinisten machen auch vor den Roma in Jugoslawien nicht halt. Selbst der formale Status einer Nationalität wird ihnen aberkannt. Vor den Verfolgungen und Ausschreitungen flohen über 10 000 Roma nach Westeuropa.

Wir fordern:

Asylrecht und jede nur denkbare Unterstützung für die aus Jugoslawien vertriebenen Roma, Überlebende des Nazi-Völkermordes!

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff
Koblenzer Str.4, Frankfurt

* Antifaschistische, antiimperialistische Literatur

* Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN

* Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwoch bis Freitag 15.30 - 18.30 Uhr,

Samstag 9 - 14 Uhr

Montag/Dienstag geschlossen

Das vorliegende Flugblatt "Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!" erscheint demnächst auch in serbokroatischer Sprache.

OVA LETKA SE USKORO IZDAJE NA SRBSKO-HRVATSKIM JEZIKU.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Hofmann, Homburger Landstraße 52, 6000 Frankfurt/M.

Nazi-Morde

- eine unvollständige Chronik -

7. 1. 1990 Berlin: **Mahmud Azhar** wird von einem rassistischen Deutschen niedergeschlagen. Er stirbt am 6. 3. 1990.
- Nov. 1990 Eberswalde: Der Angolaner **Antonio Amadeo** wird von Nazis erschlagen.
17. 11. 1990 In Kempten (Allgäu) stirbt ein **Mann aus der Türkei** nach einem Brandanschlag.
17. 11. 1990 Berlin: Ein **Äthiopier** wird erstochen aufgefunden.
28. 12. 1990 Hachenburg (Westerwald): Der 18jährige **Nihat Yusufoglu** wird von einem Skinhead erstochen.
1. 1. 1991 Rosdorf bei Göttingen: **Alexander Selchow** wird von zwei Neonazis erstochen.
23. 2. 1991 Sachsen: Ein **Mann aus Afghanistan** stirbt nach einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim wegen nicht erhaltener medizinischer Hilfe.
31. 3. 1991 Dresden: Der mosambikanische Arbeiter **Jorge Joao Gomondai** wird in einer Straßenbahn zusammengeschlagen und aus der fahrenden Bahn geworfen. Er stirbt kurz darauf.
8. 5. 1991 Gifhorn: Der 23jährige **Mathias Knabe** wird von 20 Skinheads angegriffen und vor ein fahrendes Auto gehetzt. Am 4. 3. 1992 erliegt er seinen Verletzungen.
1. 6. 1991 Leipzig: Ein **43jähriger Mann** wird von Skinheads aus der fahrenden Straßenbahn geworfen, er stirbt an den Folgen seiner Verletzungen.
4. 6. 1991 Käsorf (Niedersachsen): **Helmut Lega** wird von zwei Neonazis angegriffen und erstochen.
16. 6. 1991 Friedrichshafen: Der 34jährige Angolaner **Agostinho** wird von einem "DVU-Ordner" erstochen.
19. 9. 1991 Saarlouis: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim stirbt **Samuel Kofi Yeboah** aus Ghana.
29. 9. 1991 München: Ein **Mann aus Rumänien** wird von 10 Neonazis überfallen und brutal mißhandelt. Er stirbt am 10. 12. 91.
12. 11. 1991 Berlin: Nach einer Auseinandersetzung mit rassistischen Deutschen stirbt der 19jährige **Mete Eksi** an seinen Verletzungen.
3. 12. 1991 Hohenseelchow (Mecklenburg-Vorpommern): Ein **30jähriger Mann** wird von Neonazis erschlagen.
5. 1. 1992 Augsburg: Ein **Nigerianer** stirbt nach einer Auseinandersetzung vor einer Diskothek.
31. 1. 1992 Lampertheim (Hessen): Eine **dreiköpfige Familie aus Sri Lanka** kommt bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in den Flammen um.
14. 3. 1992 Saal bei Rostock: Der 18jährige **Dragomir Christinel** aus Rumänien wird von rund 40 rassistischen Deutschen in einem Flüchtlingsheim bei Rostock überfallen und erschlagen.
18. 3. 1992 Buxtehude: Der 53jährige Kapitän **Gustav Schneeclaus** wird von zwei Skinheads zusammengeschlagen, weil er Hitler einen Verbrecher genannt hat. Drei Tage später erliegt er seinen Verletzungen.
19. 3. 1992 Flensburg: Der 31jährige Obdachlose **Ingo Finner** wird von einem Skinhead zusammengeschlagen und in ein Hafenbecken geworfen. Dort ertrinkt der Mann.
24. 4. 1992 Ostberlin: In Marzahn wird der 29jährige Vietnamese **Nguyen Van Tu** auf offener Straße von einem Skinhead erstochen. Die zahlreich herumstehenden Deutschen sehen dabei tatenlos zu.
10. 5. 1992 Magdeburg: 60 Neonazis überfallen ein Gartenlokal. Der 23jährige **Thorsten Lamprecht** stirbt zwei Tage später an den Folgen eines schweren Schädelbruchs.
1. 7. 1992 Neuruppin (Brandenburg): Ein Skinhead ersticht den 50jährigen **Emil Wendland**. Zuvor war dieser von mehreren Skinheads durch Schläge und Fußtritte mehrerer Skinheads mißhandelt worden.
8. 7. 1992 Kemnat-Ostfildern (b. Stuttgart): Sieben Skinheads erschlagen den Arbeiter **Sadri Berisha**, einen 55jährigen Kosovo-Albaner, in einem Bauarbeiter-Wohnheim.
1. 8. 1992 Bad Breisig (Rheinland-Pf.): Der 49jährige Obdachlose **Klaus Dieter Klein** wird von zwei Neonazis erstochen.
3. 8. 1992 Stotternheim (Thüringen): Drei Skinheads, die als Rausschmeißer in einer Diskothek arbeiten, schlagen einen **Polen** so brutal zusammen, daß der Mann kurz darauf stirbt.
24. 8. 1992 Koblenz: Ein Skinhead erschießt den 35jährigen Obdachlosen **Frank Bönisch**

Nichts vergessen, nichts vergeben!

Als Plakat zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 6000 Frankfurt/Main 1